Nr. 241. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Regierung und Konservative.

Wie die neuere preußische Geschichte lehrt, hat dann, wenn die Junkerschaft mit der preußischen Regierung über wirtschaftliche Interessenfragen in Konflikt geriet, regelmäßig nicht die Regierung, sondern die Junkerkaste gesiegt. Nicht nur öffentliche Erklärungen des Gesamtministeriums, selbst feierliche Versicherungen der preußischen Monarchen halten nicht stand, wenn sie dem Willen und den Absichten der „Edelsten und Besten" der preußischen Nation und der unter ihrem Einfluß stehenden Bureaukratie widersprechen. Das krasseste Beispiel dafür, daß im preußischen Kulturstaate nicht der Wille des Volkes, auch nicht der der industriellen und kommerziellen Bourgeoisie oder der des preußischen Königs entscheidet, sondern selbst dann, wenn diese drei sich über die Notwendigkeit bestimmter Reformen einig sind, schließlich die Junkerschaft das bestimmende letzte Wort spricht, zeigt die Tragikomödie der Geschichte des Mittelland-Kanals in den Jahren 1899/1904.

Mit Nachdruck forderte die königliche Thronrede im Januar 1899 den unverzüglichen Ausbau der Wasserstraßen, und im März erschien denn auch die verheißene Vorlage über den Dortmund—Rhein- und den Mittellandkanal. Doch die ostelbischen Junker befürchteten von dem neuen Kanal eine Verbilligung der Einfuhr ausländischer Landbauprodukte; die Konservativen lehnten deshalb in der Kommission den Kanalbau ab. Fürst Hohenlohe gab im Plenum des Abgeordnetenhauses eine höchst feierliche Erklärung ab. Die Regierung suchte durch allerlei Versprechungen die Konservativen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und am 11. August 1899 trat Wilhelm II. selbst in Dortmund in Aktion und hielt jene vielerörterte Rede, in der er verkündete, **daß er und seine Regierung fest und unerschütterlich an dem geplanten Kanalbau festhielten.** Er setzte sogar sein Wort zum Pfand, indem er feierlich und stolz erklärte: **„Dafür werde ich stehen!"**

Aber die Junker haben immer nur dann vor Königsworten Respekt bewiesen, wenn sie davon Vorteil hatten. Trotz der kaiserlichen Wortverpfändung lehnte das von ihnen beherrschte Abgeordnetenhaus am 18. August 1899 in zweiter Lesung den Mittellandkanal ab, mit 228 gegen 126 Stimmen. Auch der Rhein-Dortmundkanal fiel mit 212 gegen 209 Stimmen. Die Regierung drohte. Fürst Hohenlohe verhieß **„weittragende Folgen"** und eine Revision des Dienstverhältnisses der Regierung zu den Konservativen. Mehrere Landräte wurden diszipliniert. Herr v. Thielen erklärte noch im Sommer 1900 bei der Einweihung des Elbe-Trave-Kanals: **„Gebaut wird er (der Mittelland-Kanal) doch!"**

Stolze Worte, aber ohne Nachhalt, die den Konservativen natürlich noch weniger imponierten, als das verpfändete Königswort. In der Erkenntnis ihrer Schwäche brachte die Regierung im Januar 1901 eine zweite, mit allerlei „Kompensationen" für den ostelbischen Grundbesitz gespickte Vorlage ein, und Bülow sprach in der Einführungsrede mit der ihm eigenen staatsmännischen Oeligkeit von der **„ausgleichenden Gerechtigkeit".** Die Konservativen hörten sich das Gerede lächelnd an; trieben aber bei der Beratung unentwegte Obstruktion, so daß die Regierung plötzlich, um der Komödie ein Ende zu machen, am 2. Mai den Landtag schloß, nachdem Bülow nochmals mit dem ihn auszeichnenden Selbstbewußtsein der Welt verkündet hatte, **daß die Regierung die Vorlage als ein Ganzes betrachte,** aus dem **wesentliche Teile** nicht herausgenommen und ausgeschaltet werden dürften.

Naive Liberale, die ihre Begriffe von preußischer Regierungskunst aus den Hohenzollernlegenden preußischer Hofhistoriographen bezogen haben, erwarteten damals einen energischen Kampf der Regierung gegen die Konservativen: Säuberung der hohen Bureaukratie, speziell der Landratsbureaukratie von den Elementen, die sich nicht an Hohenzollernworte kehrten, Auflösung des Dreiklassenparlaments, Neuwahlen unter Einstellung des Regierungsapparats gegen die ostelbischen Junker.

Nichts geschah. Ruhig steckte die Regierung die ihr von der „Blüte" der preußischen Nation versetzten Ohrfeigen ein. Diensteifrig stellte sie sich bei den Zollkämpfen im Reich den Agrariern zur Verfügung und beförderte verschiedene gemaßregelte „Kanalrebellen" in besser dotierte Stellungen, als sie 1899 innegehabt hatten. Und nachdem die preußische Regierung dieser Art die Junker durch allerlei Vorteilszuwendungen beschwichtigt hatte, wagt sie im Jahre 1904 eine neue Kanalvorlage einzubringen. Aber nicht mehr trotzig sich versteifend auf ihre früheren Versprechungen und Wertverpfändungen, sondern, wie es sich geziemt, bittend und devot. Das Stück des Mittelland-Kanals, gegen das die Konservativen am meisten einzuwenden gehabt hatten, war weggelassen; dafür aber war als „Kompensation" für den agrarischen Osten die Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, die Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel und die Kanalisierung eines Teiles der oberen Oder mit in die Vorlage aufgenommen. Dadurch erhielt die Vorlage eine den Ansprüchen der Junker angepaßte Gestalt. Und nachdem die Edelsten noch allerlei Bedingungen und Einschränkungen durchgesetzt hatten, nahm schließlich das Abgeordnetenhaus die Vorlage an.

Wortlos versank das Mittellandkanalprojekt in der Versenkung. Trotz aller großen Worte am Regierungstisch, trotz der Wortverpfändung Wilhelms II. **wurde er nicht gebaut!**

Es ist sehr nützlich, diese für die Machtstellung des Junkertums so außerordentlich charakteristische Episode aus der jüngsten Geschichte Preußens wieder ins Gedächtnis zurückzurufen — und zwar **gerade jetzt;** denn wieder steht die Regierung vor einer bedeutenden Reform, der Finanzreform, und wieder geben sich so manche Wortführer und Mitglieder des Bürgertums der einfältigen Illusion hin, als wenn Zusicherungen und Verheißungen der Minister irgend welchen Wert hätten. Zwar handelte es sich damals um Preußen, diesmal um des Reiches Herrlichkeit; doch, was die Stellung der Regierung anbelangt, ist das im Grunde einerlei. Auch im Reiche entscheidet schließlich die Junkerkaste. Es ist eine naive Annahme, die Regierung werde den Kampf gegen den Einspruch des Großagrariertums aufnehmen und im Reichstage energisch Steuerforderungen vertreten, die der preußische Großgrundbesitz ablehnt. Es war deshalb auch geradezu lächerlich, daß, als kürzlich Herr Sydow, der Reichsschatzsekretär, in der „Deutschen Rundschau" sich bewogen fühlte, dem beschränkten Untertanenverstande einiges aus seinem Steuerprogramm mitzuteilen, liberale Blätter in seinem Eintreten für die Erweiterung der Erbschafts- bezw. für die Einführung einer Nachlaßsteuer eine gewisse Gewähr darin erblicken wollten, daß die Regierung gewillt sei, als Ausgleich für die dem werktätigen Volk zugedachte weitere Steuerbelastung seines Konsums auch eine speziell den Besitz treffende Steuer durchzusetzen, nämlich die Nachlaßsteuer. Allerdings hat Herr Sydow in der „Deutschen Rundschau" geschrieben:

„Ich für meine Person bin fest davon überzeugt, daß eine Finanzreform lediglich auf Verbrauchsabgaben hin **ein Ding der Unmöglichkeit** ist, und daß die **Hinzufügung der allgemeinen Nachlaßsteuer eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bildet."**

Doch wer ist Sydow? Haben schon Königs- und Kanzlerworte in der Politik einen recht problematischen Wert, so noch mehr die Verheißungen eines Mannes, der kein selbständiges Ressort hat und dem Reichskanzler gegenüber gewissermaßen nur die Rolle eines Bureauchefs spielt.

Die Agrarier haben sich denn auch durch die Sydowsche „conditio sine qua non" nicht im geringsten imponieren lassen. Sie haben in ihren Blättern die „Nachlaßsteuer" von ihrem Interessenstandpunkt scharf kritisiert und zugleich ihre landbündlerische Gefolgschaft zum Protest aufgestachelt. Wie es scheint, bereits mit Erfolg; denn die „Kreuzzeitung" berichtet mit einer gewissen Genugtuung:

„Wer den Sydowschen Artikel in der „Deutschen Rundschau" genau liest, wird nicht zweifeln können, daß es ihm, und wohl auch den verbündeten Regierungen, **nicht so sehr auf die Nachlaßsteuer** selbst als auf eine ausgiebige Besteuerung mittlerer und größerer Vermögen ankommt, und da alle Parteien, vorab die konservative, fest entschlossen sind, der Regierung hierin zu folgen, so sollte man doch wohl annehmen, es ließe sich eine Steuerform finden, die das Vermögen selbst nicht antastet, sondern es durch jährliche Abgaben zu den erforderten Mehreinnahmen des Reiches heranzieht. In der Tat: wie heute die Parteien zur Sache stehen, **ist für die Nachlaßsteuer kaum noch eine Chance.** Es wird **immer wahrscheinlicher,** daß sich die große Mehrheit des Reichstages mit der Regierung auf eine **Vermögenssteuer** einigt, die nicht in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift."

Und zugleich meint die „Deutsche Tageszeitung":

„Der Ertrag dieser mit einander verbundenen Steuerpläne (der Nachlaßsteuer und der Einziehung derjenigen Erbschaften für das Reich, deren Erblasser ohne letztwillige Verfügung und ohne nahe Verwandtschaft gestorben ist) soll auf 80 Millionen Mark veranschlagt sein, nicht der Ertrag der Nachlaßsteuer allein. **Wenn aus dem Gesetzentwurfe die Nachlaßsteuer auf Erbschaften, die an Kinder und Ehegatten fallen, herausgenommen wurde,** so würde der Ertrag nach unserer Schätzung **vielleicht nur 35 Millionen Mark** betragen, so daß für die fehlenden 45 Millionen Mark Ersatz geschaffen werden müßte. Die Aufgabe der grundsätzlichen Gegner der Erbschaftssteuer wird es also sein, zu suchen, auf welche Weise die 45 Millionen Mark ersetzt werden können. Einen solchen Ersatz zu finden, dürfte nicht sonderlich schwierig sein, und mit einem zweckmäßigen Ersatze werden **sich die Liberalen schließlich ebenso gern abfinden wie der Reichsschatzsekretär."**

Wenn nicht beide Blätter allzu voreilig in der Berichterstattung über schwebende Unterhandlungen gewesen sind, **dann ist demnach die Regierung bereits zur Nachgiebigkeit gegen die konservativen Ansprüche bereit.** Sie verzichtet darauf, Ehegatten und Kinder zur Nachlaßsteuer heranzuziehen und schränkt diese Steuer auf entferntere Verwandte ein. Damit aber der hierdurch entstehende auf ca. 45 Mill. Mark veranschlagte Ausfall gedeckt wird, akzeptieren die Konservativen eine Art Vermögenssteuer.

Die Regierung hat also gar nicht mehr gewagt, einen Konflikt heraufzubeschwören. **Sie ist schon vorher zusammengeknickt,** und zwar recht plötzlich, denn noch in vergangener Woche haben die Bundesratsausschüsse über die Nachlaßsteuer und die Einschränkung des Intestaterbrechts beraten. Was noch vor vierzehn Tagen eine „Conditio sine qua non" des Zustandekommens der Reichsfinanzreform für Herrn Sydow war, ist es jetzt nicht mehr; und mit derselben Festigkeit der Ueberzeugung, mit der er im anderen Fall für die Notwendigkeit der Ausdehnung der Nachlaßsteuer auf Ehegatten und Kinder eingetreten wäre, wird er jetzt für die Notwendigkeit der von den Konservativen geforderten Einschränkungen plädieren.

Vielleicht könnte man mit diesem Steuertausch zufrieden sein, wenn nicht die „Kreuz-Zeitung" hinzufügte, daß es sich um eine Vermögenssteuer handelt, **„die nicht in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift",** und wenn nicht ferner in Anbetracht der Profitgier der Junker sicher wäre, daß diese Vermögenssteuer in einer Form geplant ist, die sie dem Großgrundbesitz wenig fühlbar macht. Vielleicht plant man bestimmte Zuschläge zu den von den Einzelstaaten erhobenen Vermögenssteuern und ihre Abführung an die Reichskasse!

Wenn auch der Sozialdemokratie im allgemeinen die Reichsvermögenssteuer ebenso berechtigt erscheint als die Reichserbschaftssteuer, hat sie doch nicht den geringsten Anlaß, derartige hinter den Kulissen vorgenommene Schiebungen, die auf nichts anderes hinauslaufen, als den Agrariern auf Kosten anderer Bevölkerungsschichten Steuervorteile zuzuwenden, irgendwie zu begünstigen. Verstehen sich die Regierung und die konservativen Parteien jetzt zur Reichsvermögenssteuer, gut, so nehme man diese in das Steuerprogramm auf — aber nicht zum Zweck der Ermäßigung der Nachlaßsteuer, sondern der geplanten Verbrauchssteuererhöhungen.

Tatsächlich ließe sich durch eine rationelle Erbschaftssteuer leicht der größte Teil der geforderten neuen Steuersumme decken. England hat im letzten Etatjahr 19,07 Millionen Pfund Sterling (zirka 385 Millionen Mark) aus der Erbschafts-, Nachlaß- und Schenkungssteuer gezogen, und im laufenden französischen Etat ist der Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit 264 Millionen Franken (zirka 211 Millionen Mark) veranschlagt. Dabei hat Frankreich nur eine Bevölkerung von 39 und England (mit Schottland und Irland) von 42 Millionen Köpfen, während Deutschland 61 Millionen Einwohner zählt. Würde der Reichstag die englischen Besteuerungsprinzipien akzeptieren, **so ließen sich leicht in Deutschland aus der Erbschaftssteuer 300 Millionen Mark herausschlagen.** Aber die Konservativen sträuben sich dagegen aufs äußerste, ist es doch weit bequemer und ihrem Wohl weit zuträglicher, die Lebens- und Genußmittel der arbeitenden Volksmassen mit neuen Steuern zu belasten, als selbst in den Beutel zu greifen.

Die Balkankrise.

Die Nachrichten aus **Serbien** klingen etwas friedlicher. Die Demonstrationen scheinen sich zu vermindern und die Meldungen über die Versuche serbischer Banden, in Bosnien einzudringen, finden keine Bestätigung. Allerdings muß man in diesem Ländchen auf allerlei Ueberraschungen gefaßt sein, da weder die Stellung der Regierung, noch die des Königs sehr fest ist. Doch bietet die Tatsache, daß die serbische Heeresverwaltung über keinen genügenden Vorrat an Patronen und über keine Artilleriemunition verfügt, immerhin eine ziemliche Garantie. Auch die fortgesetzten Nachrichten über Mobilisierungen und Truppenverschiebungen in der Türkei und Bulgarien werden in beiden Ländern energisch dementiert. Und nachdem nicht einzusehen ist, was diese Länder bei einem Kriege gewinnen könnten, wird man ihren Friedensversicherungen wohl Glauben schenken können.

Unterdessen macht der **Konferenzgedanke** Fortschritte. Die **russische** Presse führt zwar eine maßlos heftige Sprache gegen Oesterreich und greift auch den Minister des Aeußeren Iswolski fortgesetzt an, weil er die Annexion geschehen hat lassen. Trotzdem werden die Forderungen Rußlands nach Kompensationen nicht allzu unbescheiden sein dürfen. Rußland bedarf dringend einer neuen Anleihe, die ohne die Zustimmung Frankreichs und Englands nicht zu haben ist. **England** hat aber keinen Grund, Rußlands Stellung im Orient allzusehr zu stärken, und kann dies am allerwenigsten auf Kosten der Türkei tun. Ob aber die **Türkei** ihre Zustimmung zur Gewährung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen geben wird, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft. Die **deutsche Regierung** zeigt ziemliche Zurückhaltung. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Ereignisse selbst sie zu einer **Zusammenarbeit mit den Westmächten** drängen, da die Interessen Deutschlands, Englands und Frankreichs im nahen Orient durchaus gleichartig sind. Es zeigt sich eben auch in dieser Frage wieder, daß die wirklichen Interessen unseres Landes **eine Verständigung mit den Westmächten** fordern.

Die österreichische Sozialdemokratie über die Annexion.

In der Ausschußsitzung der österreichischen Delegation gab Genosse Pitteni im Namen unserer Partei folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich hält an ihrem Prinzip fest, daß nur den Völkern selbst das Recht der Bestimmung ihres eigenen Schicksals zusteht und sie wird in Zukunft wie bisher mit allen Kräften dahin wirken, daß durch die Demokratisierung des Staates die Vorbedingungen zu einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Völker geschaffen werden. Sie erblickt in der Angliederung der okkupierten Länder Bosnien und Herzegowina nicht mehr als die formelle Feststellung einer längst bestehenden Tatsache, die an sich für die ruhige Entwickelung und Erfüllung der Bedürfnisse der dort lebenden Völker keine einzige Garantie mehr bedeutet, als heute schon besteht. Wenn wir auch erwarten und mit aller Entschiedenheit fordern, daß dieser staatsrechtliche Akt unverzüglich der verfassungsmäßigen Genehmigung des österreichischen Reichsrates vorgelegt werde, so müssen wir uns doch dagegen verwahren, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches in einer so wichtigen Sache im Wesen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir können auch die Besorgnis nicht verschweigen, daß durch diese Aktion die Bedrohung des Friedens keineswegs vermindert und daß sie zum Vorwand genommen werden wird, den Völkern Oesterreichs neue militärische Lasten aufzuerlegen.

Der Einfluß der Aktion auf unsere Orientpolitik erscheint auch keineswegs geeignet, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkanländern sonderlich zu fördern. Eine Gefahr ist naheliegend: daß die Festigkeit des jungtürkischen Regimes, an das sich die Hoffnungen für eine gedeihliche Entwickelung der Verhältnisse auf dem Balkan knüpfen, erschüttert und in seiner Betätigung gehemmt werde. Zugleich konstatieren wir, daß die Balkanpolitik unseres Auswärtigen Amtes in schroffstem Widerspruch steht zur agrarischen Aussperrungstendenz, die unsere Handelspolitik auf dem Balkan beherrscht. Wir müssen auch bei diesem Anlaß die Anklage erheben, daß die bisherige Verwaltung der okkupierten Länder es verabsäumt hat, die Völker kulturell und politisch zu fördern, ja daß sie sich so schwere Mißbräuche zuschulden kommen ließ, daß sie darum noch heute von einem großen Teil der Bevölkerung als fremde, ja feindliche Macht angesehen wird. Darum müssen wir auch in allererster Linie und mit allem Nachdruck verlangen, daß dieses Versäumnis schleunigst gutgemacht wird und daß die für Bosnien und die Herzegowina in Aussicht gestellte Verfassung ernste Garantien für die politische Entwickelung schaffe und daß den arbeitenden Klassen jener Länder mindestens jenes geringe Ausmaß politischer Rechte und sozialpolitischer Einrichtungen gewährt werde, das Oesterreich heute schon besitzt."

Die Lage in Bulgarien.

Sofia, den 10. Oktober. (Eig. Ber.)

Je mehr Licht über die Vorgeschichte der Unabhängigkeitserklärung verbreitet wird, um so mehr greift im Volke an Stelle des anfänglichen Jubels eine besonnene Ueberlegung Platz. Der erfolgte Staatsstreich wird von der oppositionellen Presse kritisch besprochen, wodurch der Glanz des neuen Zarats in den Augen der Bevölkerung stark abgeschwächt wird. Die kühne Tat erscheint immer mehr als ein Akt der persönlichen Politik des Fürsten Ferdinand, der in der letzten Zeit beim bulgarischen Volke an Popularität stark eingebüßt hatte und nun seinen Ruf wieder auffrischen will. Die Regierung sollte sich diesem Wunsche fügen, obwohl ihr das nicht ohne Preisgabe ihrer demokratischen Prinzipien möglich war. Denn die erfolgte Staatsumwälzung ist nicht nur eine Verletzung völkerrechtlicher Verträge, sondern auch eine Verletzung der bulgarischen Verfassung, die den Titel des Staatsoberhauptes bestimmt und besagt, daß dieser ohne Zustimmung der großen Nationalversammlung nicht abgeändert werden kann.

Man befürchtet keinen Krieg. Schon von Anfang an war man allgemein der Ansicht, daß die Jungtürken es zu einem Kriege nicht kommen lassen würden, zumal die türkische Armee sich in einem Zustande großer Zerrüttung befindet, während die bulgarische Armee ziemlich schlagfertig dasteht. Mit dieser Sachlage wird auch die bulgarische Regierung gerechnet haben, als sie die Verantwortung für das fürstliche Abenteuer übernahm. Jedoch vermag diese Hoffnung nicht, die Bevölkerung vollständig zu beruhigen. Man geht den kommenden Ereignissen vielmehr in gedrückter Stimmung entgegen, weil man sich sehr wohl der Schwierigkeiten bewußt ist, denen Bulgarien ausgesetzt sein wird.

Die Bulgaren haben das größte Interesse an der friedlichen Erneuerung der Türkei, aber die durch sein Vorgehen hervorgerufene Spannung wird nicht ohne ungünstige Folgen auf die weitere Entwickelung der Lage auf dem Balkan bleiben. Die Bulgaren haben wegen eines bloßen Zarentitels eine ganze Reihe wichtiger wirtschaftlicher Vorteile — vielleicht auf längere Zeit hinaus — opfern müssen. Die junge bulgarische Industrie wie die bulgarische Viehzucht fanden bisher auf dem für sie günstig gestalteten türkischen Markt einen ansehnlichen Absatz, der nun durch die fürstliche Politik mit einem Schlage vernichtet ist. Selbst die Frage der Uebernahme der orientalischen Eisenbahnen durch den Staat, woran der bulgarische Handel ein wichtiges Interesse hat, gestaltet sich jetzt viel schwieriger als früher. Es ist kein Zweifel, daß die Bahngesellschaft nunmehr die verwickelte Lage, in die Bulgarien durch seinen diplomatischen Bocksprung geraten ist, ausnützen wird, um für sich günstige Ablösungsverhältnisse herauszuschlagen.

Außerdem befürchtet man nicht mit Unrecht eine Erstarkung der alttürkischen Reaktion in der Türkei, die eine unglückliche Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben müßte. Die Jungtürken haben allerdings eine geschickte Taktik eingeschlagen und werden sich hoffentlich aus der heiklen Lage herausziehen. Leider sind durch den Streich des Fürsten dem im jetzigen Augenblick so notwendigen Zusammengehen der jungtürkischen Reformatoren mit den bulgarischen Revolutionären in Mazedonien große Hindernisse in den Weg gelegt, und das ganze Werk der türkischen Revolution erscheint durch die Ereignisse in Bulgarien in seinen Grundlagen gefährdet. Wenn aber die Reaktion in der Türkei an die Macht kommt, dann ist der türkisch-bulgarische Krieg sicherlich unvermeidlich, und welche verhängnisvolle Folgen dieser für ganz Europa haben könnte, ist nicht abzusehen.

Schon zeitigt der fürstliche Staatsstreich für das bulgarische Volk verschiedene ungünstige Folgen, die alle etwaigen Vorteile bei weitem überwiegen. Die „demokratische" Regierung benutzt die jetzige Situation, um ihre Unfähigkeit, die versprochenen demokratischen Reformen durchzuführen, zu vertuschen. Seit dem Konflikt mit der Türkei befinden sich die Regierungskreise in einer Abenteurerstimmung; man hofft, durch glänzende Erfolge nach außen die im Innern wegen Nichtausführung der versprochenen Reformen ihr Haupt erhebende Opposition ersticken zu können. Die Minister gingen in der festen Absicht zur Zusammenkunft mit dem Fürsten in Rutschuk, entweder eine großen nationalen Erfolg für ihre Partei davonzutragen oder aber ihre Demission einzureichen. Wir wissen nun, wie sich die demokratische Regierung in Tirnowa der großen nationalen Aufgabe entledigte. Die Demokraten haben sich eines neuen Verrats an ihren demokratischen Pflichten schuldig gemacht, die ihrer eigenen Herrschaft ein schmähliches Ende bereitet. Aus dem Katzenjammer des patriotischen Pöbels steigt die Allgewalt des Hofabsolutismus empor. Für die Willkürherrschaft des neuen Zaren scheint der Boden geebnet zu sein.

Die Kundgebungen gegen Oesterreich.

Konstantinopel, 13. Oktober. Die Pforte sowie das jungtürkische Komitee haben an die Lokalbehörden neuerdings den dringenden Befehl erlassen, bei allen Kundgebungen gegen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien Ausschreitungen energisch zu verhindern. Entgegen übertriebenen Nachrichten sei konstatiert, daß Ansammlungen vor österreichischen Geschäften zu dem Zweck, dem Publikum den Eintritt zu verwehren, bisher nur vor einigen Kleiderfirmen stattfanden und zweifellos teilweise auch von hiesigen und von Kaufleuten aus Saloniki aus Konkurrenzgründen inszeniert wurden. Im übrigen beschränkt sich der Boykott auf eine durch Preßartikel, öffentliche Reden, Flugblätter und Straßenplakate betriebene Propaganda. Der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini hat heute persönlich nachdrückliche Schritte bei der Pforte getan; diese erwiderte, sie werde ihr Möglichstes tun, um Ansammlungen vor österreichischen Geschäften zu verhindern.

Militärische Vorbereitungen Bulgariens?

Konstantinopel, 13. Oktober. Entgegen anderen Meldungen erklärt die Zeitung „Sabah", es sei offiziell festgestellt worden, daß die militärischen Vorbereitungen Bulgariens zunehmen. Auf türkischer Seite erfolgten dagegen keine außerordentlichen militärischen Maßnahmen und keine Truppenbewegungen. Nach Adrianopel seien zum Zwecke von Neubewaffnungen 118 Waggons Schnellfeuergeschütze und Munition abgegangen. Damit seien die dorthin bestimmten Transporte beendigt. Nach Saloniki werden, wie das Blatt ferner meldet, 114 Waggons abgesandt. Die Transporte dorthin sind damit noch nicht beendigt.

Sofia, 13. Oktober. Die „Agence Bulgare" teilt mit: Die im Auslande verbreitete Meldung, Bulgarien bereite ein Ultimatum an die Türkei vor, in dem dieser für den Fall, daß sie binnen dreier Tage die Unabhängigkeit Bulgariens nicht anerkenne, mit der Kriegserklärung gedroht werden soll, ist vollkommen unbegründet. Bulgarien wünscht keinen Krieg mit der Türkei und war stets ein Gegner eines solchen Krieges. Im Gegenteil, man ist hier überzeugt, daß eine Entente mit der Türkei möglich und durch die gegenseitigen Interessen der beiden Staaten geboten ist. Die Einberufung dreier neuer Reservistenjahrgänge hat ihren Grund in der Entlassung der früher einberufenen Jahrgänge. Die Einberufung erfolgte gemäß dem bisherigen Brauche, nach dem in jedem Jahre die Reservisten zu Waffenübungen auszurücken haben. Bis zur Stunde ist kein einziger Soldat an die Grenze geschickt worden.

Das Kongreßprogramm.

Paris, 13. Oktober. Bezüglich der Verhandlungen über die „Internationale Konferenz" will „Petit Parisien" wissen, daß die Dardanellenfrage nicht ausgeschaltet werden dürfte; England werde in diesem Punkte ein Opfer bringen. Aber es handle sich nicht nur um die grundsätzliche Zulassung der Erörterung dieser Angelegenheit, man müsse sich vielmehr auch darüber einigen, ob Rußland allein des Rechtes der Durchfahrt durch die Meerenge teilhaftig werden, oder ob man nicht zwei verschiedene Regeln über die Durchfahrt in Friedens- und in Kriegszeiten aufstellen solle. Von anderer Seite wird behauptet, daß die Dardanellenfrage der Prüfung der Mächte nicht unterbreitet werden solle, sondern den Gegenstand besonderer Verhandlungen zwischen der Türkei und Rußland bilden dürfte.

London, 12. Oktober. Offiziös wird mitgeteilt, daß kein Grund zu der Vermutung besteht, daß irgend eine Erweiterung des englisch-russischen Uebereinkommens erörtert werde, und ferner, daß die Verhandlungen zwischen Sir Edward Grey und Iswolski sich ausschließlich mit der Lage im nahen Osten befassen. Ebenso kann mit Bestimmtheit aufs neue festgestellt werden, daß die jetzigen Besprechungen im Auswärtigen Amte, die den dem gleichen Gegenstand gewidmeten Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland folgen, einige Schwierigkeiten, die vorgelegen hatten, beseitigt haben. Es wird nun als wahrscheinlich angesehen, daß die letzten Ereignisse im nahen Osten es nötig machen werden, den Kreis der auf der Konferenz zur Erörterung gelangenden Fragen zu erweitern. Von seiten der Mächte sind in Konstantinopel gemeinsame Erklärungen abgegeben worden, in denen in aller Form aufs neue der Grundsatz vertreten wird, daß keine Abänderung eines Vertrages ohne die Zustimmung der Vertragsparteien gestattet werden kann.

Konstantinopel, 13. Oktober. Das Organ des jungtürkischen Komitees „Schur Ammet" sagt, die Türkei könne die Oeffnung der Meerengen niemals gestatten, weil dann die russische Flotte eine beständige Gefahr für das Ottomanentum bilden würde.

Der Streit der Diplomaten.

Wien, 13. Oktober. Gegenüber den Meldungen, daß keine Macht vorher von der Annexion Bosniens verständigt worden sei, wird offiziös mitgeteilt, daß Italien und Rußland aus Anlaß der Entrevue in Salzburg und Buchlowitz von der bevorstehenden Annexion verständigt worden seien und keine Einwendungen erhoben hätten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober 1908.

Landtagswahl in Oldenburg.

Heute fanden die Oldenburger Landtagswahlen statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, bedeutet das Ergebnis einen Ruck nach rechts.

In Delmenhorst haben die Bauernbündler sechs Abgeordnete gewählt und den liberalen Delmenhorster Bürgermeister aus Gnaden mitgenommen. In Jever ist der liberale Abgeordnete durch einen Bauernbündler verdrängt worden. In Stadt und Land Oldenburg sind fünf Liberale und zwei Agrarier gewählt. Das Oldenburger Münsterland stellt wie bisher Zentrumsleute. Im Wahlkreise Vant sind unsere Genossen Hug, Schulz, Mayer und Heidmann gewählt. Hier tritt Mayer als neuer Abgeordneter hinzu, da der Wahlkreis an Stelle von drei Abgeorordneten diesmal vier nach der Bevölkerungszahl stellt.

Im Fürstentum Lübeck siegte das liberal-agrarische Kartell. Wir verlieren hier ein Mandat.

* * *

Oldenburg, 13. Oktober. Heute fanden im ganzen Großherzogtum Oldenburg die Wahlen zum Landtage statt, und zwar das letzte Mal vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Es wurden heute 44 Abgeordnete gewählt gegen 40 im Jahre 1905. Die Führer der Liberalen, Reichstagsabgeordneter Ahlhorn und Bürgermeister Koch-Delmenhorst sind wiedergewählt worden. Im übrigen haben die Liberalen und Sozialdemokraten ihren Besitzstand gewahrt. —

Landtagswahlen in Anhalt.

Aus Dessau meldet Wolffs Telegr.-Bureau:

Bei den Wahlen zum Anhaltinischen Landtage wurden gewählt 11 Nationalliberale, 6 Freisinnige, 1 Sozialdemokrat und 6 Abordnete unbestimmter Parteistellung.

* * *

Dessau, 13. Oktober.

(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Genosse Voigt wurde in Nienburg mit 40 gegen 23 Stimmen gewählt. In Bernburg unterlagen die Genossen Günther und Peus mit 63 gegen 66 bezw. 64 Stimmen. Vier von unseren Wahlmännermandaten wurden auf Antrag des Wahlkommissars für ungültig erklärt, das Mitstimmen der betreffenden Wahlmänner verboten, weil bei der Wahlmännerwahl die Aufforderung unterblieben sei, bis zur Beendigung der Stichwahl zu bleiben. Es herrscht große Erregung.

Herr Erzberger.

In Köln hat am Montagabend eine der bekannten Schaustellungen des Zentrums stattgefunden. Erzberger, der kleine Gernegroß, der sich neuerdings erst wieder lächerlich gemacht hat durch seine widerspruchsvolle Schwätzerei über die Finanzreform, fühlte das Bedürfnis, auch in Köln sein Licht leuchten zu lassen. Er verkündete, daß das Zentrum an der Reichsfinanzreform mitarbeiten wolle, aber abwarten werde, in welcher Weise der Block und Fürst Bülow die Frage lösen würde. Ehe das Zentrum einen Pfennig neuer Steuern bewillige, müsse dem Volk die Garantie dafür gegeben werden, daß die Schuldenwirtschaft aufhöre und die Regierung sich größerer Sparsamkeit befleißige. Das Zentrum werde ein ausreichendes Ministerverantwortungsgesetz fordern, damit der Reichstag nicht wieder in die Lage komme, nachträglich die Ausgaben zu bewilligen, die die Regierung — ohne den Reichstag vorher befragt zu haben — gemacht hat. (China-Expedition! Südwestafrika!) Vor allem müßten von den laufenden Ausgaben gestrichen werden: die vielen Adjutanten des Kaisers, die Paraden und die glänzenden Ausstattungen bei der Kavallerie, die keinen Kriegswert haben.

Wenn die Regierungsmänner diese Bramarbasiereien Erzbergers lesen, werden sie vermutlich in schallendes Hohngelächter ausbrechen, sie wissen zu gut, daß unter der Löwenhaut ein sehr harmloses Tierchen steckt. Wenn es dem Zentrum um die Ministerverantwortlichkeit und um wirkliche Ersparnisse beim Militarismus zu tun gewesen wäre, ei, warum denn damit warten, bis es in der Opposition ist und nichts mehr zu sagen hat?

Und wie sehen die von Erzberger verlangten Ersparnisse auch jetzt noch aus? Die Adjutanten des Kaisers: vielleicht ein paar hunderttausend Mark! Paraden und bunter Flitter an der Kavallerieuniform: vielleicht ein paar Millionen Mark! Was ist das bei einem Militäretat von 860 Millionen Mark? Will man hier etwas, dann heißt es grundsätzliche Umgestaltung des Landesverteidigungswesens!

Witwen- und Waisenversicherungsgesetz.

Das Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung ist, wie eine Berliner Korrespondenz zu melden weiß, bereits vollständig fertiggestellt und wird gemeinsam mit den drei Versicherungsgesetzen (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) im Monat November dem Bundesrat zugehen. Es besteht die Absicht, sogleich nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform die neuen Versicherungsgesetze dem Reichstage zur Beratung vorzulegen. Dagegen kann mit Sicherheit angenommen werden, daß das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten den Reichtag in dieser Session nicht mehr beschäftigen wird, da zwischen den beteiligten Kreisen eine Einigung über die Grundzüge der Versicherung bisher nicht zu erzielen war. —

Zum ehrengerichtlichen Verfahren gegen Liebknecht.

Der Vorsitzende des Ehrengerichtshofes der deutschen Rechtsanwälte sandte dem „Leipziger Tageblatt" eine Berichtigung auf Grund § 11 des Preßgesetzes zu, worin es heißt:

„Der in Nr. 282 Ihres Blattes veröffentlichte Bericht über die Verhandlung des Ehrengerichtshofes gegen den Rechtsanwalt Liebknecht enthält — außer anderen tatsächlichen Unrichtigkeiten — namentlich im ersten Teil die unrichtige Mitteilung, daß der Vorsitzende einem Antrag des Angeklagten, Vertreter der Presse als Zuhörer zuzulassen, nicht stattgegeben habe. Der Angeklagte hat einen solchen Antrag nicht gestellt. Der Vorsitzende war deshalb nach § 82 der Rechtsanwaltsordnung gesetzlich nicht befugt, andere Personen als Mitglieder der beteiligten Anwaltskammer zuzulassen." —

Sammelpolitik.

Zu einem sonderbaren Bündnis haben sich unter Führung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Junck in Leipzig die gegensätzlichsten Interessengruppen zusammengefunden. Der Zweck ist, der Sozialdemokratie bei der kommenden Stadtverordnetenwahl einige Sitze zu entreißen.

Hausbesitzer und Mietervereinler, Mittelständler, Lehrer, Beamte, „nationale" Arbeitervereine und Gehilfenorganisationen haben sich zusammengeschlossen. Eine geniale Idee, Hausbesitzer und Mietervereinler zusammenzubringen. Nicht minder interessant ist die Koalition der Lehrer und Beamten mit den Mittelständlern und Hausbesitzern, da die 24 Mann starke Fraktion — ein Drittel der Vertretung — stets gegen jede Gehaltserhöhung dieser Beamten gestimmt hat. Den „nationalen" und sonstigen Arbeiterorganisationen wurde erst in der vergangenen Woche ein Antrag, der die Sicherung des Koalitionsrechtes verlangt, von den Mittelständlern in den Papierkorb befördert. Unsere Partei hat von den 24 Sitzen der dritten Abteilung 23 inne und ist die Tätigkeit unserer Genossen den Mittelständlern sehr unbequem. Das „Leipziger Tageblatt" registriert schmunzelnd die krankhafte Sammelpolitik in Erwartung einer Neuauflage der Reichstagswahlerfolge mit folgenden Worten:

„Trotz entgegengesetzter wirtschaftlicher Interessen haben sich diese bürgerlichen Gruppen — mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen — geeinigt, um dieselben auf nationaler Grundlage erfolgreich (!) durchzuführen."

Warten wir ab. —

Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen enthält, wie verlautet, außer den zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen auch solche polizeilicher Art, von denen die seitens der Bundesregierungen festzusetzenden Grundsätze für die Befähigungszeugnisse der Chauffeure die wichtigsten sind. Es ist nun in Aussicht genommen, diese Materie, ebenso wie die bisher geltenden Polizeivorschriften über den Verkehr mit Kraftwagen auf öffentlichen Straßen, gleichmäßig in den Bundesstaaten zu regeln, um ungeeignete Personen nicht nur durchweg von der Führerschaft auszuschließen, sondern ihnen auch allgemein das Befähigungszeugnis aberkennen zu können, falls sie keine ausreichenden Bürgschaften für ihren Beruf bieten. Die Verhandlungen der beteiligten Stellen haben zu dem Ergebnis geführt, daß bei den Chauffeurprüfungen nicht nur auf Fahrsicherheit und Geistesgegenwart, sondern auch auf moralische Qualifikation zu sehen ist, wobei auch etwaige Vorstrafen für Roheitsverbrechen zu berücksichtigen sind. Man nimmt an, daß mit der Verbesserung des Chauffeurpersonals auch viele Klagen über die Gefährlichkeit der Kraftwagen verstummen werden, da diese weit weniger in der Unsicherheit des Materials als in der übertriebenen Schnelligkeit des Fahrens begründet sind. —

Aus einer kleinen Residenz.

Der von uns unter dieser Spitzmarke veröffentlichte Artikel hat auch in der bürgerlichen Presse Aufsehen erregt und ist u. a. auch vom „Berliner Tageblatt" abgedruckt worden. Diesem Blatt hat nun ein Rechtsanwalt im Auftrage des Fürsten v. Ysenburg-Wächtersbach eine Berichtigung übermittelt, die behauptet, es habe keine Aussperrung, sondern ein Streik der Porzellanarbeiter bestanden. Weiter heißt es:

„Zwischen Dr. Ehrlich und einer der Prinzessinnen-Töchter haben niemals Beziehungen irgendwelcher Art bestanden."

Nachdem Dr. Ehrlich auf den 1. Oktober d. J. gekündigt worden war, hatte er an diesem Tage seine Dienstwohnung zu verlassen. Da er dies nicht tat, so wurde gegen ihn Klage auf Räumung erhoben. Selbstverständlich hörte die Lieferung von Licht und Brennmaterialien, die ihm als Direktor zugestanden hatte, von diesem Tage an auf; die Wasserleitung ist nicht abgeschnitten worden, auch befindet er sich gegenwärtig noch in seiner früheren Dienstwohnung."

Die von uns mitgeteilten Auslassungen sind tatsächlich in einer Verhandlung des Prozesses gemacht worden, den Dr. Ehrlich gegen den Fürsten angestrengt hat. Die Berichtigung stützt sich lediglich auf recht nebensächliche Dinge. —

Schweiz.

Die Mißhandlung Wassiliews — eine schwere Anklage gegen die Schweiz.

Die bürgerliche „Tribüne de Lausanne" veröffentlicht nachstehenden Brief über das Schicksal des von der Schweiz so schnöde an die russischen Henker ausgelieferten Tyrannenmörders Wassiliew, der von Freunden desselben an einen Herrn Gehrig in Morges am Genfer See gerichtet ist und lautet:

Pensa, den 28. September 1908.

Wassiliew wird hier in einer der „geheimen" Zellen des Regierungsgefängnisses gefangen gehalten. Es ist dies ein feuchter und dunkler Keller. Die Luft darin ist verpestet, stinkig, da derselbe fast ganz mit Schaffellen gefüllt ist, die einen durchdringenden Gestank verbreiten. Wassiliew wird nie im Hof des Gefängnisses spazieren geführt. Die Familie Wassiliews hat vom Chef des Gefängnisses die Erlaubnis zu Spaziergängen im Hof verlangt; der Chef sandte die Petition an den Inspektor und dieser an den Direktor; aber getan wird nichts. Wassiliew bleibt in seinem Gewölbe und erstickt fast. Seit er hier ist, erhielt er nur ein einziges Mal Wäsche, weshalb das Ungeziefer ihm das Leben zur Qual macht. Die Administration des Gefängnisses verweigert hartnäckig die Erlaubnis zum Tragen seiner eigenen Wäsche. Bücher und Korrespondenz sind ihm untersagt.

V. Wassiliew und seine Frau wollten die gesetzliche Anerkennung ihrer Ehe verlangen; aber nicht einmal dies ist bis jetzt möglich gewesen und man gestattet der Frau Wassiliew den Besuch ihres Gatten nicht, solange ihre Ehe von der Kirche nicht eingesegnet ist.

Seit mehr als zwei Wochen hat seine Mutter, der das Recht zum Besuche zusteht, keine Nachricht mehr von ihrem Sohn erhalten können. Seit dem letzten Besuche konnte man nur noch in Erfahrung bringen, daß er sich das Leben nehmen wollte durch Erhängen. Man konnte ihn jedoch noch rechtzeitig herunternehmen. Die ganze Stadt spricht davon. Und es gibt nicht einmal ein Mittel, um unserer Sorge ein Ziel zu setzen. Oh! Welche Folterqualen hat man ersonnen, um ihn so weit zu bringen? Man weiß nichts! Die Mauern unserer Gefängnisse sind schweigsam wie das Grab!

Ich schreibe Ihnen dies, werter Herr, weil ich weiß, welche Gefühle Sie hegen. Sie sind Bürger des Landes, welches Wassiliew ausgewiesen hat an Rußland. Ich bitte Sie, etwas zu tun, um uns zu Hilfe zu kommen; vielleicht indem Sie das Mitgeteilte an die Presse leiten. Tun Sie, was Sie für möglich und das Beste halten. Tun Sie, was das Herz Ihnen eingibt, aber tun Sie etwas! Wir sind ohnmächtig hier. Sie wissen in welchem Maße und können uns an niemand wenden, ausgenommen an Sie. Ungeachtet des Vergangenen hoffen wir, daß die Schweiz es nicht zuläßt, daß derart mit dem Manne verfahren wird, an welchen sie immer noch ein gewisses Recht hat. Wir hoffen, daß die Schweiz sich für ihn verwenden wird. Wir haben die Gewißheit, daß Sie unsern Appell nicht unbeantwortet lassen werden und versichern Sie unserer Hochachtung! —

Diese ergreifende Schilderung des entsetzlichen Schicksals Wassiliews ist eine furchtbare Anklage gegen die Mehrheit des schweizerischen Bundesgerichts und die Schweiz überhaupt, die sich zu Mitschuldigen an den Verbrechen der russischen Henkersknechte machten. Sie sollte es nun als ihre Pflicht erachten, in Rußland zu reklamieren und anständige Behandlung für Wassiliew zu fordern. —

Frankreich.

Parlamentsbeginn.

Paris, 13. Oktober. Die parlamentarische Session wurde heute in vollkommenster Ruhe eröffnet.

Die Sitzung des Senats dauerte etwa 20 Minuten. Man beschäftigte sich nur mit der Festsetzung der Tagesordnung. Darauf vertagte sich das Haus bis nächsten Dienstag.

Die Kammer beschloß auf Antrag des Ministerpräsidenten Clemenceau, am Montag die Budgetberatung zu beginnen. Der Donnerstag wurde für die Beratung des Einkommensteuerentwurfs vorbehalten. Die Kammer vertagte sich sodann bis Donnerstag.

Dänemark.

Die neue Regierung.

Kopenhagen, 11. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Finanzminister Knorgaard erhielt den Auftrag, das neue Ministerium zu bilden, womit sich nach einer offiziellen Erklärung die „zwei Gruppen der Regierungspartei" einverstanden erklärt hatten. Die Regierungspartei war bis zu Albertis Fall die Linkenreformpartei, die 56 Abgeordnete im Folkething zählt, aber sie hat sich nun der nur neun Folkethingsmänner starken gemäßigten Partei, der Knorgaard angehört, untergeordnet. Es ist dies jene Fraktion, die 1894 aus der alten Linken ausschied, indem sie dem damaligen Ministerium Estrup das Budget bewilligte und zugleich auch die Festungsbauerei des Kriegsministers Bahnson sowie die damit zusammenhängende Verstärkung des Militärwesens gutheiß. Bis dahin hatte die gesamte Linke das Budget abgelehnt, und Estrup hatte mit provisorischen, nur vom Landsthing bewilligten Budgets gewirtschaftet, also verfassungswidrig regiert. Knorgaard und seine Partei, die damals 40 Abgeordnete zählte, verschafften also dem verhaßten Reaktionsministerium die verfassungsmäßige Grundlage. Natürlich wurden sie von den übrigen, noch radikal gebliebenen Linkenmännern als Verräter behandelt, und die gemäßigte Folkethingsgruppe ist denn auch bei den Wahlen erst auf 26, dann auf 16 und schließlich, 1906, auf 9 Mann zusammengeschmolzen. Die alte Linke hat sich nun allerdings allmählich gänzlich der Politik der gemäßigten Gruppe ergeben, hat aber gleichwohl bis zur Eröffnung der neuesten Reichstagssession die Personen dieser Gruppe kalt gestellt, sie von allen wichtigen Aemtern ausgeschlossen. Erst die furchtbare Blamage, die die Aufdeckung der Albertischen Schwindeleien der Reformpartei brachte, veranlaßte sie, wieder mit den Gemäßigten zusammenzugehen, zwei ihrer Leute in die Präsidien des Reichstages zu wählen, was seit 14 Jahren nicht geschehen war, bei der Albertidebatte einen gemeinsamen Vorschlag im Folkething einzubringen und schließlich sogar dem Führer der Gemäßigten die Bildung des neuen Ministeriums zu überlassen.

Dies war übrigens eine sehr schwierige Aufgabe, weil die Reformpartei, wenn sie auch eingesehen hatte, daß so schwer kompromittierte Leute wie ihr letzter Ministerpräsident Christensen und der Minister des Innern Berg nicht mehr in Frage kommen konnten, doch von Knorgaard unbedingt verlangten, daß er einige andere Mitglieder des alten Ministeriums mit aufnehmen sollte. Verschiedene Personen, die Knorgaard für Ministerposten geeignet hielt, weigerten sich, mit Leuten zusammen zu arbeiten, die zu Albertis „hinterlassenen" Ministern gehören. Nach viertägigen Bemühungen ist es aber doch gelungen, das Ministerium in dieser Weise zusammen zu bringen.

Von den vier Ministern, die ihre Aemter behalten, hat sich Anders Nielsen am allerärgsten bei den Alberti-Debatten im Folkething blamiert. Er wurde in gewissem Sinne „Albertis Schlächterhund" genannt, weil er seinerzeit, als Genosse Borgbjerg im Folkething Albertis Amtsverbrechen brandmarkte, die Debatte abschlachtete und er unseren Genossen verhinderte, auch auf Albertis mehr private Geldgeschäfte näher einzugehen. Er ist also ganz besonders daran mitschuldig, daß Alberti seine Schwindeleien noch weiter fortsetzen konnte. Der Kultusminister Sörensen gehörte als Minister des Innern schon dem ersten Linkenministerium an, war also seit 1901 Albertis Kollege. Er hat sich unter anderem dadurch blamiert, daß er einen als Wucherer bekannten Rechtsanwalt zu einem der zwölf Landsthingssitze verhalf, die der König zu vergeben hat.

Von den neuen Ministern ist nur Klavs Bernthen ein bekannter Politiker. Er ist seit vielen Jahren Folkethingsmann und neben Knorgaard der bedeutendste Führer der gemäßigten Gruppe. Graf Ahlefeldt-Laurvigen, der neue Minister des Aeußern, sowie der neue Finanzminister Charles Brun (nicht Braun) gelten beide als etwas liberale Konservative. Der für das neu geschaffene Amt eines Ministers für Handel und Schiffahrt ernannte Großhändler und Vizekonsul Johan Hansen ist Stadtverordneter in Kopenhagen und gehört als solcher den Antisozialisten an, einer kleinen Gruppe, die namentlich Albertis antisozialistischer Agitation ihr Dasein verdankt.

Ob dieses Ministerium die Folkethingswahlen im nächsten Frühjahr lange überleben wird, scheint sehr fraglich. Seine größte Schwäche wird wohl darin bestehen, daß es Leute in seiner Mitte birgt, die als jahrelange Mitarbeiter und Kollegen Albertis sich nicht fähig zeigten, dessen Schandtaten zu entdecken, oder nicht die nötige sittliche Kraft hatten, ihm entgegenzutreten.

Rußland.

Der Universitätsstreik.

Moskau, 13. Oktober. Der Rektor der Universität erließ folgende Bekanntmachung: Infolge der gestrigen Obstruktion der Studenten und deren grober, für die Professoren beleidigenden Handlungsweise beschloß das Bureau des Universitätsrates, den Rektor zu ersuchen, daß er für heute eine Extrasitzung des Rates anberaume und die vorläufige Einstellung der Vorlesungen anordne.

Persien.

Erfolge der Revolutionäre.

Täbris, 13. Oktober. Nach mehrtägiger Schießerei hat das dem Schah ergebene Stadtviertel Dawatschi in vergangener Nacht die Waffen gestreckt und sich den Anhängern Sattar Chans mit vier Geschützen ergeben, nachdem es vier Monate mit den Revolutionären gekämpft hatte. Auch die Stadtviertel Surgab und Mickdam haben sich ergeben.

Marokko.

Die Antwort Frankreichs.

Paris, 13. Oktober. Die neue französisch-spanische Note über Marokko wird voraussichtlich noch heute an die Vertreter Frankreichs und Spaniens behufs Ueberreichung an die Signatarmächte der Algecirasakte abgesandt werden.

Die Kostenrechnung.

Paris, 13. Oktober. Die Regierung hat in der Kammer eine Vorlage eingebracht, welche für die militärischen Operationen in Marokko während des laufenden Trimesters insgesamt 19700000 Frank verlangt.

Amerika.

Verrat an selbständiger Arbeiterpolitik.

Washington, 13. Oktober. Der Arbeiterführer Gompers hat an die Arbeiterschaft ein Rundschreiben zugunsten der Wahl Bryans erlassen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

„Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat mit schwerem Bedauern festgestellt, daß Genosse Dr. Zadek, ohne sich hinreichend zu informieren, in bezug auf unsere Zustimmung zum Etat Berlins eine vollkommen unrichtige Auskunft erteilt hat, die er nachträglich selbst nicht mehr aufrecht zu erhalten vermochte."

Genosse Goldstein erkrankt?

Der „Frankfurter Zeitung" wird, wie ein Herold-Telegramm meldet, aus Dresden vom 13. Oktober telegraphiert, daß Genosse Reichstags- und Landtagsabgeordneter Goldstein einen Schlaganfall erlitten habe.

Direkte Nachrichten fehlen uns. Hoffen wir, sofern sich die Meldung bestätigen sollte, daß unser alter bewährter Kampfgenosse den Anfall glücklich überstehen wird.

Parteiliteratur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Nürnberger Parteitages und über die Verhandlungen der fünften Frauenkonferenz ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen.

Die Verhandlungen dieses Parteitages haben das ganz besondere Interesse der Genossen und Genossinnen erweckt. Im Vordergrund dieses Interesses stand die Diskussion über die Budgetbewilligung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten. Aber auch die Befriedigung des Bildungsbedürfnisses in unserer Partei hat allgemeine Aufmerksamkeit erheischt. An den Verhandlungen über: „Maifeier" und „Sozialpolitik" sind die Gewerkschaften besonders interessiert, während die Ausführungen des Referenten über die drohende „Reichsfinanzreform" der Beachtung bei der agitatorischen Tätigkeit der Genossen empfohlen sei. Daneben weisen wir noch hin auf die gleichfalls erledigte Frage der „Jugend- und Frauenorganisation". Aus den Verhandlungen der Genossinnen sei auf die Referate über Jugenderziehung in der Familie und durch Organisationen der Genossinnen Duncker und Zetkin verwiesen, deren Studium den Frauen besonders empfohlen sei.

Die Verhandlungen sind ausführlich wiedergegeben. Das Protokoll ist 568 Seiten stark, kann durch alle Buchhandlungen und Kolporteure bezogen werden und kostet broschiert 1,25 M. und gebunden 1,75 M.

Die Abstimmung über die Budgetfrage auf dem Nürnberger Parteitag.

Der Parteitagsbericht des „Vorwärts" wies bei der Abstimmung über die Budgetfrage eine Lücke auf. Es war lediglich das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen mitgeteilt, es fehlte die Abstimmungsliste selbst. Wir geben sie daher jetzt, nachdem das Protokoll des Parteitags erschienen ist.

Die Resolution Frohme wurde bekanntlich mit 216 gegen 160 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten: Adler, Adelung, Arnold, Auer, Baisch, Bartels, Baumann, Baumeister, Bérard, Bischoff, Bleuel, Böhle, Bömelburg, Bohl, Bollmann, Bredow, Brey, Bruhns-Wandsbek, David, Deichmann, Deckelmann, Dietz, Dörnke, Dorn, Ehrlicher, Eilken, Eisner, v. Elm, Endmann, Engelmann, Engelsmann, Engler, Erfurth, Evers, Felh, Feuerstein, Fischer-Stuttgart, Fischer-Mittweida, Fischer-Berlin, Frank, Freudenberger, Frohme, Geiß, Geller, Grünberg, Guggenheim, Hähnsen, Hasenzahl, Haupt, Hegenwald, Herzog, Hehmann, Hierl, Hildenbrand, Höhne, Hoffmann-Bielefeld, Honrath, Huber, Hue, Hug, Jacobsen-Lockstedt, Jasper, Joos, Kahmann, Kaßner, Keil, Käppler, Klupsch, Klühs, Knapper, Knieriem, Koch, Kolb, Kreft, Krüger, Lachenmeyer, Langer, Lau, Legien, Leinert, Leimpeters, Lesche, Liebold, Lippl, Maier, Mehrens, Merkel, Mehrlein, Müller-München, Max Müller, Müller-Hamburg, Niensdorf, Nimmerfall, Nitsch, Robis, Roske, Röthlich, Paeplow, Panzer, Pelikann, Pickelmann, Poling, Quarck, Quessel, Raab, Raith, Rauch, Reichel, Rollwagen, Sachse, Säckler, Saenger, Seelmann, Segitz, Simon, Schlegel, Schlomer, Schmid-München, Schmidt-Lindau, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schmitt-Offenbach, Schmitz, Schneider, Schnettler, Schreck, Schrader, Schröder, Schumann, Schütz, Stabel, Stark, Stegen, Steling, Stockinger, Stolle, Stolten, Strasser, Stuber, Thiele-Halle, Thöne, Timm, Trautewein, Trinks, Ullmann, Ulrich, Vogel, Walter-Augsburg, Walther-Nürnberg, Weill, Weiß-Oberstein, Weiß-Marktredwitz, Weißheimer, Werner, Wettermann, Wizirowski, Wunderlich, Ziegler, Zimmermann, Zorn.

Mit Nein stimmten: Agnes, Albrecht, Baader, Baerer, Bahr, Barth, Basner, Baudert, Bebel, Bellert, Bendler, Benther, Berten, Biniszkiewicz, Beckmann, Bock, Böske, Borchert, Borgmann, Brandler, Braun-Königsberg, Braun-Rüstrin, Brückner, Brühne, Bruns-Berlin, Budde, Büchner, Bühler, Colditz, Crispien, Daschmann, Denther, Deuper, Diehl, Drechsler, Drescher, Düwell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Emmel, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Förster, Fuchs, Fröbel, Geck, Gehrmann, Gerisch, Geyer, Grübert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hackelbusch, Heine, Hengsbach, Henke, Hetzschold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Horn, Hörsing, Jahn, Jahrmarkt, Jacobsen-Oberschöneweide, Jungnickel, Kaden, Kautsky, Kawier, Kayser, Kißling, Knauer, Knipping, Kögel, Köhncke, Koenen, Kohnen, Krohnberg, Kuhnert, Küter, Kurzhals, Laukant, Leber, Ledebour, Lehmann, Leidner, Lensch, Leopoldt, Lewerenz, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Löwenstein, Ludwig, Luxemburg, Matschke, Metzger, Michaelis, Milenz, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Grabow, Müller-Forst, Müller-Köln, Müller-Berlin, Remitz, Neuhäuser, Neumann, Nürnberg, Otto, Paetzel, Pankert, Pfannkuch, Picard, Pieck, Pohl, Pollender, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reitze, Richter, Rietz, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Rößler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schäfer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schirmer, Schlesmann, Schlucht-mann, Schmidt-Kehin, Schmidt-Gmünd, Schmidt Carl, Fritz Schmidt-Berlin, Schöpflin, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Cossebaude, Schulze-Köln-Sülz, Schwartz, Stadthagen, Stegner, Steinkopf, Stollberg, Stolpe, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Tinius, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wackwitz, Wagner, Waldheim, Weber, v. d. Wehd, Weihnacht, Weinheber, Wels, R. Wengels, Margarete Wengels, Werner-Rostock, Werner-Bischofsheim, Westmeyer, Wicki, Winklmann, Winter, Witte, Wolderstv, Wulff, Wurm, Zeikin, Zitzmer, Zietsch, Zieh, Zubeil, Zucht.

Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrolleure wurde mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmten: Adler, Agnes, Albrecht, Baader, Baerer, Bahr, Bartels, Barth, Basner, Baudert, Baumann, Bebel, Bellert, Bendler, Benther, Berten, Biniszkiewicz, Beckmann, Bleuel, Bock, Böske, Bollmann, Borchert, Borgmann, Brandler, Braun-Königsberg, Braun-Rüstrin, Brückner, Brühne, Bruns-Berlin, Budde, Büchner, Bühler, Colditz, Crispien, Daschmann, Deichmann, Denther, Deuper, Diehl, Drechsler, Drescher, Düwell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Eilken, Emmel, Endmann, Erfurth, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Fischer-Berlin, Förster, Fuchs, Fröbel, Geck, Gehrmann, Gerisch, Geyer, Geller, Grübert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hackelbusch, Hähnsen, Haupt, Hegewald, Hengsbach, Henke, Hetzschold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hörsing, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Honrath, Horn, Jacobsen-Lockstedt, Jacobsen-Oberschöneweide, Jahn, Jahrmarkt, Joß, Jungnickel, Kaden, Kahmann, Kaßner, Kautsky, Kawier, Kayser, Käppler, Kißling, Klupsch, Knauer, Knipping, Kögel, Köhncke, Koenen, Kohnen, Kreft, Krohnberg, Kuhnert, Küter, Kurzhals, Laukant, Leber, Ledebour, Lehmann, Leidner, Lensch, Leopoldt, Lewerenz, Liebold, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Loewenstein, Ludwig, Luxemburg, Matschke, Mehrens, Metzger, Michaelis, Milenz, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Grabow, Müller-Forst, Müller-Köln, Müller-Berlin, Remitz, Neuhäuser, Neumann, Niensdorf, Nitsch, Robis, Nürnberg, Otto, Paetzel, Pankert, Pfannkuch, Picard, Pieck, Pohl, Pollender, Poling, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reitze, Richter, Rietz, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Rößler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seelmann, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Sievert, Simon, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schaefer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schirmer, Schleßmann, Schlosser, Schluchtmann, Schmidt-Kehin, Schmidt-Gmünd, Carl Schmidt, Fritz Schmidt-Berlin, Schmitz, Schneider, Schöpflin, Schreck, Schroeder, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Cossebaude, Schulze-Köln-Sülz, Schwartz, Stadthagen, Stegner, Steintopf, Steling, Stollberg, Stolle, Stolpe, Stolten, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Tinius, Trautewein, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wackwitz, Wagner, Waldheim, Walter-Augsburg, Weber, v. d. Wehd, Weihnacht, Weinheber, Wels, R. Wengels, Margarethe Wengels, Werner-Rostock, Werner-Bischofsheim, Westmeyer, Wicki, Winklmann, Winter, Witte, Wizirowski, Wolderstv, Wulff, Wurm, Zeikin, Ziegler, Zimmer, Zietsch, Zieh, Zubeil, Zucht.

Mit Nein stimmten: Adelung, Arnold, Auer, Baisch, Baumeister, Bérard, Bischoff, Böhle, Bömelburg, Bohl, Bredow, Brey, Bruhns-Wandsbek, David, Deckelmann, Dietz, Dörnke, Dorn, Ehrlicher, Eisner, v. Elm, Engelmann, Engelsmann, Engler, Evers, Felh, Feuerstein, Fischer-Stuttgart, Fischer-Mittweida, Frank, Freudenberger, Frohme, Geiß, Grünberg, Guggenheim, Hasenzahl, Heine, Herzog, Hehmann, Hierl, Hildenbrand, Höhne, Hoffmann-Bielefeld, Huber, Hue, Hug, Jasper, Keil, Klühs, Knapper, Knieriem, Koch, Kolb, Krüger, Lachenmeyer, Langer, Lau, Legien, Leinert, Leimpeters, Lesche, Lippl, Maier, Merkel, Mehrlein, Müller-München, Max Müller, Müller-Hamburg, Nimmerfall, Roske, Röthlich, Paeplow, Panzer, Pelikann, Pickelmann, Quarck, Quessel, Raab, Reith, Rauch, Reichel, Rollwagen, Sachse, Säckler, Saenger, Segitz, Schlegel, Schlomer, Schmid-München, Schmidt-Lindau, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schmitt-Offenbach, Schneitler, Schrader, Schumann, Schütz, Stabel, Stark, Stegen, Stockinger, Strasser, Stuber, Thiele-Halle, Thöne, Timm, Trinks, Ullmann, Ulrich, Vogel, Walther-Nürnberg, Weill, Weiß-Oberstein, Weiß-Marktredwitz, Weißheimer, Wettermann, Wunderlich, Zimmermann, Zorn.

Soziales.

Ungültige Polizeivorschrift über Kost- und Quartiergängerwesen.

Die Polizeivorschrift des Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 11. November 1891, betreffend das Kost- und Quartiergängerwesen, schreibt u. a. vor, daß für je zwei Kost- oder Quartiergänger mindestens ein Waschgeschirr vorhanden sein müsse. Gräfen, der dagegen verstoßen haben sollte, wurde wegen Ungültigkeit dieser Vorschrift vom Kammergericht freigesprochen. Begründet wurde das Urteil damit, daß die hier angewendete Vorschrift ihre Stütze im Polizeiverwaltungsgesetz und im § 10, II. 17 Allgemeinen Landrechts nicht finde. Für ihre Gültigkeit würde Voraussetzung sein, daß sie eine nahe bevorstehende Gefahr vom Publikum oder Teilen desselben abwenden solle. Davon könne hier nicht die Rede sein. Wenn statt zwei Personen sich zum Beispiel drei Personen mit einer Waschschüssel behelfen müßten, so würde damit nicht die Wahrscheinlichkeit einer nahen Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit eintreten. Die Ungültigkeit der Vorschrift ziehe die Freisprechung des Angeklagten nach sich.

Das formell zutreffende Urteil zeigt von neuem, wie notwendig eine reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens einschließlich des Kost- und Quartiergängerwesens ist.

Sächsische Gaukonferenz des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes.

Der Gau IV (Königreich Sachsen) des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes hielt am Montag in Chemnitz seine Konferenz ab, die aus allen Teilen des Landes besucht war. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die in Chemnitz in „Stadt Meißen" tagende Gaukonferenz Sachsens des „Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes" erwartet von allen Arbeiterorganisationen, daß sie energischer als bisher daran gehen, der Resolution Wurm vom Essener Parteitage nachzuleben, durch Wort und Schrift für Aufklärung über die Gefahren des Alkoholgenusses zu sorgen und jeden Trinkzwang bei allen Zusammenkünften zu beseitigen."

Gewerkschaftliches.

Der Papst und die christlichen Gewerkschaftsführer.

Mit 25 000 Lire beladen zog kürzlich eine Abordnung der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) nach Rom, um dem Papst zu huldigen. Und die Gesandten der katholischen Fachabteilungen hatten Glück; huldvollst geruhte Pius X., sie von ihrem Ballast zu befreien und ihnen dafür Segenswünsche mit auf den Weg zu geben. Unter anderem sagte er ihnen, daß er mit ihren Bestrebungen sehr zufrieden sei,

„weil Ihr in Eurem Verband gemäß den kirchlichen Prinzipien arbeitet unter kirchlicher Autorität und dadurch Euch den Frieden des Gewissens und die irdische Wohlfahrt verbürgt. So bleibt Ihr einig und seid sicher, den rechten Weg zu gehen und Ihr habt an der kirchlichen Autorität einen zielbewußten Führer und Verteidiger Eurer mit Gerechtigkeit und Liebe in Einklang stehenden Grundsätze. Ich freue mich, daß Ihr mir Gelegenheit gebt, Euren Gehorsam gegen die kirchliche Autorität anzuerkennen und zu loben. Haltet fest die große Wahrheit, daß die Kirche verteidigt, beschützt und fördert Handwerk und Gewerbe, und denkt daran, daß, wo der Herr nicht das Haus bauet, die Arbeiter umsonst bauen."

„Ich danke Euch nochmals und wünsche, daß Ihr mit dem bisherigen Mut auch fernerhin dem Vaterlande und den Familien dient. Jeder Arbeiter, der zufrieden ist mit seinem Lose, findet die Ruhe und den Frieden des Gewissens. Sagt allen Mitgliedern, wenn Ihr nach Hause kommt, daß der Papst Euch wohl will."

Der Papst bekundet hier eine Meinung von den Fachvereinlern, die nicht alle Menschen mit ihm teilen. Es gibt Leute, welche die vom Papst Gelobten als sehr gehässige, skrupellos hetzende, wüst schimpfende Schleicher bezeichnen, die lügen und verleumden und ehrliche Menschen mit vergifteten Pfeilen beschießen. Die Christen und Oberchristen werden einwenden: wenn böse Sozialdemokraten so etwas sagen, dann ist das Verleumdung; der Papst gibt seinen Segen nur für anständige, brave Christen, und wer das Gegenteil behauptet, der beleidigt den heiligen Vater, der ist ein arger Sünder und Missetäter. Wir brauchen uns gegen solche Einwendungen nicht zu wehren, denn die vorstehende Charakteristik der Berliner stammt von — christlichen Gewerkschaftführern! So schrieb z. B. kürzlich die christliche „Baugewerkschaft" von den päpstlich Gesegneten folgendes:

„Die „Berliner" Schleicher arbeiten nicht offen, aber um so schlimmer wirken ihre geheim abgeschossenen vergifteten Pfeile. Die ganze traurige Misere dieser Tätigkeit tritt in dem Berliner Vereinsleben politisch wie religiöser Natur zutage."

Die christliche „Metallarbeiter-Zeitung" machte sich diese Zeichnung der Brüder in Christo zu eigen und bemerkte dazu:

„Diese Mitteilungen der „Baugewerkschaft" können wir bestätigen. . . . Von hier aus soll er seine Hetz- und Minierarbeiten gegen die christlichen Gewerkschaften betreiben."

In einer anderen Nummer der christlichen „Metallarbeiter-Zeitung" schreibt der bekannte Herr Wieber:

„Die Kampfesweise der „Berliner"

gegen unsere christlichen Gewerkschaften hat seit der Züricher Konferenz geradezu wüste, widerliche Formen angenommen. Jeder anständige Mensch fragt sich unwillkürlich, ob eine solche skrupellose Hetzerei mit christlicher, erst gar mit angeblich „allein echt katholischer Gesinnung" solcher Leute zu vereinbaren ist? Gott sei Lob und Dank haben mindestens 95 Prozent aller deutschen Katholiken eine ganz andere Auffassung von christlicher Demut, Bescheidenheit und Nächstenliebe, wie die „Berliner" Fachabteilungsführer. Das darf unser größter Trost bei diesem unchristlichen Schauspiel sein. Was die Berliner Führer jetzt an den Tag legen, ist nicht prinzipielle Gegnerschaft, nein, es ist krankhafter fanatischer Haß. . . .

Es ist auch ganz unmöglich und zudem überflüssig, alle Angriffe und Verleumdungen der „Berliner" zurückzuweisen."

Dasselbe Organ macht in seiner Nr. 30 den Berlinern den Vorwurf, daß sie ihre eigenen Mitglieder beschwindeln und sagt:

„Die Berliner Fachabteilungen sind nur ein gewerkschaftliches Zerrbild und können keine Zugkraft besitzen. Ihre bisherige Tätigkeit und ihr ganzer Erfolg hat nur darin bestanden, innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung Brunnenvergiftung zu betreiben und Zersplitterung und Verwirrung anzustiften. . . ."

Und erst noch in der allerjüngsten Zeit veröffentlichte die christliche Gewerkschaftspresse folgenden Bericht:

„Berliner Moral" vor Gericht.

Herr Holz, seines Zeichens Arbeitersekretär (Berliner Richtung), gehört auch zu denjenigen, welche Tag für Tag Moral und Sitte predigen, aber in der Praxis nach dem Grundsatze handeln: „Folget meinen Worten, aber nicht meinen Werken". Denn dem Nächsten gegenüber verhalten sich die Berliner Moralprediger mitunter sehr unchristlich. Den besten Beweis hierfür hat die Betriebsversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes am 22. Mai in Malstatt-Burbach geliefert, in welcher Herr Arbeitersekretär Kloos den Gewerkschaftssekretär Peter Bäcker in einer höchst unchristlichen Art und Weise beschimpfte und sich des Hausfriedensbruches schuldig machte. Gegen Herrn Kloos hat bereits die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet.

Nach der genannten Versammlung hatte der Arbeitersekretär Holz den früheren Arbeitersekretär (Berliner Richtung) Johann Nalbach, jetzt christlicher Gewerkschaftler, schwer beleidigt, indem Holz zu Nalbach sagte: „Bleib Du doch ruhig, Du hast Dir die Taschen voll Verbandsgelder gestopft, bist dann im Bezirk herumgereist, ohne später eine Abrechnung einzuschicken. Dir, Nalbach, geht es nur ums Geld, Du bist ein Judas; Judas hat den Beutel weggeworfen, Du hast ihn aber in die Tasche gesteckt." Am 30. Juli fand diese Beleidigung vor dem Schöffengericht in Saarbrücken ihre Sühne. Holz bestritt alles. Das Gericht nahm aber keine Rücksicht auf die Aussagen des Herrn Holz und verurteilte ihn zu 20 M., eventuell vier Tagen Haft. So bekam wiederum ein Berliner „Arbeiterführer" seine Moral und „christliche Nächstenliebe" vor Gericht ins richtige Licht gestellt.

Kein Mensch wird behaupten wollen, daß sich die Ansicht des Papstes und die der christlichen Gewerkschaftsführer über die katholischen Arbeitervereinler und Fachabteiler miteinander vertragen. Nur wissen wir nun nicht: wer hat recht, der unfehlbare Papst oder die christlichen Führer mit den 95 Prozent der katholischen Bevölkerung und den Bischöfen, die sich gegen die Berliner erklärt haben? Wie wird der Konflikt sich lösen?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Betrieb der Firma Schwieger u. Frankfurter, Mühlenstraße, ist für Schlosser, Dreher und Werkzeugmacher gesperrt. Die arbeitsuchenden Kollegen werden ersucht, den Betrieb streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Metallarbeiter!

Aus Oesterreich erhalten wir die Nachricht, daß Streikbrecheragenten von dort nach Berlin gefahren sind, um Arbeitswillige unter den Berliner Metallarbeitern anzuwerben. Sollten diese Seelenverkäufer irgendwo auftauchen, dann ersuchen wir, uns sofort zu benachrichtigen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Beilegung der Differenzen bei der Firma Mosse.

Zu der in der gestrigen Nummer des „Vorwärts", die Firma R. Mosse betreffenden Notiz, haben wir folgendes zu berichtigen, daß der Vorwurf des Tarifbruchs der Firma, nach Einsichtnahme des Protokolls des Tarifamts in der Klagesache der Firma gegen die Stereotypeure, ein unberechtigter gewesen ist. Die Stereotypeure haben, nachdem ihnen die Firma Mosse am letzten Sonnabend den seit etwa 2 Jahren bestehenden Vertrag gekündigt, und die vom Tarifamt festgesetzten Arbeitszeiten für ein neues Arbeitsverhältnis noch nicht vorlegen konnte, ebenfalls ihre Kündigung eingereicht, weil sie in der Annahme sich befunden hatten, es sei die Maßnahme der Firma ein Tarifbruch, den sie als tariftreue Gehilfen nur durch die Kündigung beantworten konnten, und zumal die Firma den Vertrauensleuten gegenüber äußerte, sie wolle weniger durch sie belästigt werden. Wir stellen hiermit diesen Irrtum richtig, hätten aber von der Firma, ehe sie weitere Schritte unternahm, erwartet, daß sie mehr nach den Bestimmungen des Organisationsvertrages gehandelt hätte, die dahin gehen, daß bei Massenkündigungen die Tarifinstanzen in erster Reihe zu hören sind. — Der Konflikt ist gestern nach mehrstündigen Verhandlungen beigelegt worden. Der Gauvorstand.

Die Arbeitsvermittelung im Holzgewerbe

bildet schon seit einiger Zeit den Gegenstand von Debatten im Holzarbeiterverband. Es wird lebhaft darüber geklagt, daß der paritätische Arbeitsnachweis von einem Teil sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter nicht die wünschenswerte Beachtung findet. Neben der Vermittelung durch den paritätischen Arbeitsnachweis spielt die Besetzung von Arbeitsplätzen durch die Zeitung und durch Umschauen immer noch eine große Rolle. Dieser Uebelstand macht sich besonders jetzt, wo eine große Arbeitslosigkeit herrscht, sehr fühlbar. Würde der Arbeitsnachweis ausschließlich benutzt, so würde, da ja hier die Zuweisung von Arbeit der Reihe nach erfolgt, die Last der Arbeitslosigkeit annähernd gleichmäßig auf die Arbeitsuchenden verteilt. So lange aber neben dem Arbeitsnachweis noch andere Arten der Arbeitsvermittelung üblich sind, wird ein gewisser Teil der Arbeiter immer bald wieder Arbeit finden, während der andere Teil um so länger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Für eine obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises sind die Arbeitgeber nicht zu haben. Sie wollen sich die Möglichkeit erhalten, auch auf andere Weise die Arbeitsstellen zu besetzen. So kommt es, daß das Arbeitsuchen unter der Hand und durch Zeitungsinserate immer noch einen großen Raum einnimmt. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, soll den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes eine möglichst allgemeine Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises zur Pflicht gemacht werden. Mit dieser Angelegenheit hat sich kürzlich eine Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes beschäftigt. Sie hat auch bestimmte Grundsätze für das Arbeitsuchen aufgestellt. Dieselben sind in Form einer Resolution den Mitgliedern zur Beratung vorgelegt worden. Am Montag hielt der Verband in verschiedenen Stadtgegenden acht Mitgliederversammlungen ab, welche über die Resolution diskutierten. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Resolution soll einer Gesamt-Vertrauensmännerversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Sie lautet:

Die heutige Versammlung erkennt an, daß durch das Anfragen um Arbeit, sogenanntes Umschauen, die Löhne herabgedrückt und Maßregelungen der Verbandskollegen herbeigeführt werden, daß ferner dadurch viele Kollegen materiell stark geschädigt werden und eine lange Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Deshalb muß es Aufgabe der Organisation sein, das Umschauen abzuschaffen und eine geregelte Arbeitsvermittelung durch den Arbeitsnachweis anzustreben.

Da jedoch eine sofortige Durchführung solcher Maßnahmen zurzeit noch nicht möglich ist, so macht es die Versammlung den Mitgliedern zur Pflicht, daß sie nach jeder Richtung bemüht sind, eine bessere Benutzung des Arbeitsnachweises durch die Arbeiter wie Unternehmer herbeizuführen.

Ist in den einzelnen Branchen die Organisation genügend erstarkt, so sollen die Kollegen der Branche gehalten sein, unter Zustimmung der Ortsverwaltung das Umschauen zu verbieten und die regelmäßige Einstellung durch den Arbeitsnachweis zu beschließen.

Wo es noch nicht möglich ist, die regelmäßige Einstellung durch den Nachweis durchzusetzen, dort gelten bis auf weiteres folgende Regeln:

1. Beim Bedarf von Arbeitskräften ist der Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen, daß er die Arbeiter vom Nachweise bezieht.
2. Weigert sich der Arbeitgeber, den Nachweis zu benutzen, so sollen die Kollegen die zu besetzenden Stellen selbst melden.
3. Unzulässig ist es, daß von Kollegen selbst Arbeitskräfte unter Umgehung des Nachweises nach den Betrieben bestellt werden.
4. In Branchen, in denen das Umschauen durch Beschluß verboten ist, dürfen auch die Angehörigen anderer Branchen nicht durch Umschauen in Arbeit treten.
5. Jeder anfangende Kollege soll sich durch die Arbeitsnachweiskarte beim Werkstattvertrauensmann legitimieren.
6. Die Nachweise anderer Vereine sind gesperrt.

Sonntagsruhe im Photographenberuf.

Die Filiale VI (Photographen) des Verbandes der Steindrucker, Lithographen und verwandter Berufe nimmt in der Woche vom 11. bis zum 18. Oktober bei den Inhabern photographischer Ateliers eine Urabstimmung in der Frage der Sonntagsruhe vor. Gleichzeitig findet am Donnerstag, den 15. Oktober, in Wendts Prachtsälen, Münzstr. 17, nochmals eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Ucko über das Thema: „Warum ist die Verlängerung der Sonntagsruhe eine Notwendigkeit und welche Vorteile bringt sie unserem Berufe?" referieren wird. Zu dieser Versammlung sind an sämtliche Prinzipale und Gehilfen Groß-Berlins direkte Einladungen ergangen. Es muß sich nun entscheiden, ob die Inhaber photographischer Ateliers gewillt sind, mit den Mißständen in ihrem Berufe zu brechen, oder ob in dem alten Schlendrian, welcher seit Jahrzehnten in demselben herrscht, weiter fortgefahren werden soll. Wenn letzteres der Fall sein sollte, so bleibt nur der Weg einer Organisation der Gehilfen, um mit dieser dann einen Fortschritt nach dem anderen zu erkämpfen.

Deutsches Reich.

Eine Terrorismuslüge.

Durch die bürgerliche Presse geht unter der Ueberschrift „Ein Blick hinter die Kulissen der freien Gewerkschaften" eine Notiz, in der über eine Verhandlung in Bamberg in tendenziösester Weise berichtet wird. Es handelt sich um die Privatklage des Former Georg Bauer gegen die Genossen Gastwirt Hans Gentner und Eisendreher Josef Forster in Pegnitz wegen Beleidigung, wobei Gentner freigesprochen wurde, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, während Forster zehn Mark Geldstrafe erhielt wegen formaler Beleidigung. In dem Verhandlungsbericht der bürgerlichen Presse wird behauptet, die Arbeiter des Geschäfts, wo Bauer arbeitete, hätten mit Niederlegung der Arbeit gedroht, wenn Bauer nicht entlassen werde, bis ihn die Firma wirklich entlassen habe. Man habe ihn deshalb terrorisiert, weil er einen katholischen Arbeiterverein begründet habe, nachdem er aus dem Metallarbeiterverbande ausgetreten sei. Bauer habe dann in Bamberg Arbeit gefunden, allein auch dorthin habe man ihn verfolgt und ihn aus der Arbeit getrieben. Die ganze Sache ist nach Reichsverbandsmanier total verdreht. Der wirkliche Sachverhalt ist folgender: Bauer fühlte schon im Jahre 1906 das Bedürfnis, einen katholischen Arbeiterverein und eine christliche Gewerkschaft zu gründen. Niemand kümmerte sich um die Bauersche Organisation, da sie gänzlich bedeutungslos war, bis Bauer sich zu fühlen und in der Werkstätte sehr provokatorisch aufzutreten begann. Als seine Mitarbeiter darauf nicht reagierten, versuchte er seinen Mut seinem Meister gegenüber und hörte infolge von Differenzen mit diesem plötzlich auf, er sollte dann aber wieder in die Werkstätte hineingebracht werden. Inzwischen hatten jedoch die Mitarbeiter erfahren, daß er dem Werkstätteningenieur gegenüber geäußert hatte, die Kernmacher leisteten nicht mehr so viel wie früher; das Gegenteil war indessen der Fall. Die Arbeiter faßten diese Aeußerung als Denunziation auf und protestierten gegen die Wiedereinstellung des Bauer. Dieser begab sich dann nach Bamberg und fand in einer dortigen Gießerei Arbeit, wobei er sich den Anschein gab, als ob er freiorganisiert sei. Seine Kollegen schlossen jedoch aus seinem Verhalten, daß mit ihm nicht alles in Ordnung sei, weshalb sie sich in Pegnitz brieflich erkundigten, ob Bauer wirklich Mitglied des Metallarbeiterverbandes sei. Im Auftrage der dortigen Ortsverwaltung erteilte Genosse Gentner wahrheitsgemäßen Aufschluß und erwähnte dabei selbstverständlich auch den Denunziationsfall. Der Brief wurde von dem Bamberger Bevollmächtigten, Genossen Forster, in einer Werkstättenversammlung verlesen. Bauer fühlte sich beleidigt und stellte Klage; das Schöffengericht sprach jedoch Gentner frei und verurteilte Forster zu zehn Mark. Hiergegen ergriff Bauer Berufung, die vom Landgericht Bamberg zurückgewiesen wurde. In beiden Verhandlungen wurde zeugeneidlich festgestellt, daß erstens Bauer, als er zum zweiten Mal nach Pegnitz kam, seinen Werkstättenvertrauensmann über seine Verbandszugehörigkeit anlog; zweitens, daß er, während er noch in der freien Gewerkschaft war, für die christliche Bewegung agitierte; drittens, daß er seine Werkstättenvertrauensleute, als sie sich deshalb wider ihn bei der Verbandsverwaltung beschwerten, wider besseres Wissen als Verleumder hinstellte, die ihn nur unterdrücken wollten; viertens, daß er seine Mitarbeiter fortgesetzt beim Meister beschuldigte, als machten sie ihm die Arbeit absichtlich kaput, trotzdem dies nicht der Fall war; fünftens, daß er bei Verhandlungen wegen seiner Wiedereinstellung dem Betriebsingenieur behauptete, in seiner Werkstatt sei kein „Schlag" mehr, es würde weniger geleistet wie früher; sechstens wurde er vor Gericht durch seine eigenen Zeugen der Unwahrheit überführt. Mit Recht konnte der Verteidiger in seinem Plaidoyer den Satz aussprechen, die Christlichen brauchten auf diese Leuchte nicht stolz zu sein, und er konnte sich dabei auf die Zustimmung des anwesenden christlichen Arbeitersekretärs berufen, der ihm zunickte. Es sei noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß Bauer nach Beginn seiner Gründertätigkeit noch ein ganzes Jahre mitten unter freiorganisierten Kollegen arbeitete, dann infolge von Differenzen mit dem Meister freiwillig aufhörte und jetzt in Bamberg, trotz seiner Vergangheit, wieder ein Jahr unter freien Gewerkschaften arbeitet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Albertis Wahlkreis.

Koege, 13. Oktober. (W. T. B.) Bei der heute im früheren Wahlkreis des Ministers Alberti stattgehabten Folkething-Wahl wurde Redakteur N. Bransagar (linksradikal) mit 1432 Stimmen gewählt. Rechtsanwalt Lund (Linke Reformpartei) erhielt 1035 Stimmen. Bei der Folkething-Wahl im Jahre 1906 war Alberti mit 1419 Stimmen gewählt worden, Bransagar erhielt 1330 Stimmen.

Ein Zwischenfall im englischen Unterhause.

London, 13. Oktober. Im Unterhause trug sich in Verbindung mit den Demonstrationen für das Frauenstimmrecht, die heute abend vor dem Gebäude stattfanden, ein Zwischenfall im Hause selbst zu, während dort die Beratung des Gesetzes über Kinderschutz stattfand. Eine Dame, die das Haus besuchte, und von einem Mitgliede der Liberalen im Foyer umhergeführt wurde, stürzte plötzlich in den Sitzungssaal hinein und rief laut, man solle aufhören, über die Kinder zu diskutieren und zuerst den Frauen das Stimmrecht geben. Ihr Begleiter ergriff sie sofort und schaffte sie unter dem Hohngelächter der Parlamentsmitglieder aus dem Hause. Die Diskussion wurde dann fortgesetzt, ohne daß man von dem Zwischenfall weitere Notiz nahm.

Schluß der außerordentlichen Skupschtina-Session in Serbien.

Belgrad, 13. Oktober. (Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Bureau.) Die Skupschtina hat auf Antrag des Altradikalen Cositsch einstimmig beschlossen, die gestrige Rede Jowanowitschs und die gestrige Resolution der Skupschtina in sämtlichen Gemeinden des Landes anzuschlagen. Die außerordentliche Session wurde alsdann durch königlichen Ukas geschlossen. Morgen tritt die Skupschtina zur ordentlichen Session zusammen.

Aufgeschobene Wahlen in Bulgarien.

Sofia, 13. Oktober. (Meldung des Wiener k. k. Telegr. Korr.-Bureau.) Heute erscheint ein Ukas, womit die für den 18. Oktober anberaumten Sobranje-Ersatzwahlen wegen der Einberufung der Reservisten zur Waffenübung auf den November verschoben werden.

Liebestragödie.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. (W. H.) In Wiesbaden spielte sich, wie die „Kleine Presse" meldet, in der Kirchgasse eine Liebestragödie ab. Der Fabrikarbeiter Lochbauer aus Fechenheim lauerte seiner Geliebten, dem 23jährigen Dienstmädchen Frankenbach auf Schloß Born, auf und brachte ihr mehrere Messerstiche in die Brust bei; darauf schoß er sich eine Kugel in die linke Schläfe. Im städtischen Krankenhause starb er noch während der Nacht. Das Mädchen liegt hoffnungslos danieder.

Erdbeben.

Mexico, 13. Oktober. (W. H.) Gestern abend wurde hier ein starkes Erdbeben von vierzig Sekunden Dauer verspürt.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zur Reform der Krankenversicherung.

Die offiziöse „Berliner Korrespondenz" teilt folgendes mit:

„Der Staatssekretär des Innern hat zu den Ende Oktober im Reichsamte des Innern stattfindenden Sitzungen über die Reform der Arbeiterversicherung Vertreter folgender Interessentengruppen eingeladen:

I. Zur Besprechung der Fragen der Krankenversicherung: Vertreter der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, der Knappschaftskrankenkassen, der freien Hilfskassen sowie der Kassenbeamten.

II. Zu den Konferenzen über die Umgestaltung der anderen Zweige der Arbeiterversicherung: Vertreter der Landesversicherungsanstalten, und zwar sowohl beamtete Mitglieder als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Vorständen; Vertreter der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Unfallberufsgenossenschaften sowie als Vertreter der der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter eine Reihe nichtständiger Mitglieder des Reichsversicherungsamts.

III. Für die Beratungen der Verhältnisse der Krankenkassen zu den Zahnärzten und den Apotheken: Vertreter der Krankenkassen, der Zahnärzte, Zahntechniker, der Apotheker und der Drogisten.

Außerdem werden an den Konferenzen teilnehmen: Vertreter des Reichsversicherungsamts, der Landesversicherungsämter, des Kaiserlichen Gesundheitsamts sowie der Reichs- und Landeszentralbehörden.

* * *

Den Verhandlungen über die Reform der Krankenversicherung dient der nachstehende Fragebogen als Unterlage:

I. Wie ist bei einer Reform der Krankenversicherung die äußere Organisation der Krankenkassen zu gestalten? Wie ist dabei dem Bedürfnisse nach größerer Zentralisation Rechnung zu tragen?

Insbesondere:

a) Ist die Gemeindekrankenversicherung als zulässige Form der Versicherung zu beseitigen?

b) Welche der nach dem Krankenversicherungsgesetz zugelassenen Kassenarten sind beizubehalten, welche zu beseitigen?

c) Inwieweit ist die Zentralisation namentlich der Ortskrankenkassen durch Gesetz vorzuschreiben, inwieweit für die Beteiligten nur zu erleichtern?

d) Wie soll für den Fall des Zusammenschlusses die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Kassen (hinsichtlich des Vermögens, des Personals usw.) geregelt werden?

e) Wie ist für die Folge das Verhältnis der eingeschriebenen Hilfskassen zu den Pflichtkassen des Krankenversicherungsgesetzes zu gestalten?

II. Welcher Abänderungen bedarf die innere Organisation der Krankenkassen?

Insbesondere:

a) In welchem Verhältnisse sollen Rechte und Pflichten bei der Kassenverwaltung zwischen den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgebern geregelt werden?

b) Empfiehlt sich zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen widerstreitenden Interessen beider Gruppen die Einsetzung eines unparteiischen Vorsitzenden?

c) Ist durch gesetzliche Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen auch den Minderheitsgruppen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung zu sichern?

d) Wie sind die Verhältnisse der Kassenbeamten zu regeln?

III. Wie ist das Verfahren und der Instanzenzug in Streitsachen der Krankenversicherung zu gestalten? Insbesondere ist eine Uebereinstimmung mit dem Verfahren und dem Instanzenzuge bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung anzustreben?

Der Fragebogen für die Erörterung der zu II benannten Angelegenheiten enthält nach Aufführung einiger für die Reform der Arbeiterversicherung besonders in Betracht kommender Gesichtspunkte die nachstehenden Fragen:

a) Wie ist der gemeinsame örtliche Unterbau (das „Versicherungsamt") zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere seine Anlehnung an die untere Verwaltungsbehörde?

b) Welche Aufgaben sind dem „Versicherungsamte" zuzuweisen? Soll es insbesondere neben solchen Aufgaben, die bisher staatliche oder kommunale usw. Stellen erledigten, dazu berufen werden, die Versicherungsträger auch in der Wahrnehmung gewisser ihnen eigener Geschäfte zu unterstützen oder sie dabei kraft gesetzlichen Auftrages zu vertreten. Bejahendenfalls, welche Aufgaben der Versicherungsträger könnten dabei in Betracht kommen?

c) Wie ist die mittlere Instanz (das „Oberversicherungsamt") zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere ihre Anlehnung an die obere Verwaltungsbehörde unter gleichzeitiger Uebertragung der bisher den Schiedsgerichten obliegenden Aufgaben?

d) Empfiehlt es sich, dem Oberversicherungsamt einen Teil derjenigen Verwaltungsentscheidungen zu übertragen, für die gegenwärtig das Reichsversicherungsamt zuständig ist (z. B. in Katasterstreitigkeiten, bei Tarifbeschwerden und dergl.), unter Vorbehalt der Revisionsbeschwerde an letzteres (d. h. der Beschwerde für Rechts- und grundsätzliche Tatfragen)?

e) Wie kann bei rechtlich erzwingbaren Ansprüchen der Versicherten unter Wahrung des Rechtes des Versicherungsträgers, zu solchen Ansprüchen an sein Vermögen zunächst selbständig Stellung zu nehmen, dem Akte der Rentenfestsetzung mehr als bisher der Charakter einer wirklichen ersten Instanz gegeben werden? Soll insbesondere das Reichsversicherungsamt berufen sein, die Entscheidung vorzubereiten? Ist seiner amtlichen Aeußerung für die Entscheidung die Bedeutung eines bloßen Gutachtens beizulegen oder darüber hinaus die eines Vorschlags, der für den Versicherungsträger zwar nicht bindend ist, über den er sich aber auch nicht ohne weiteres hinwegsetzen darf?

f) Wie ist der Instanzenzug für das Rentenfestsetzungsverfahren zu gestalten?"

* * *

Diese Fragen sollen nicht ein irgendwie bindendes Programm darstellen oder den Kreis der zu besprechenden Fragen beschränken; sie sind vielmehr lediglich dazu bestimmt, einen vorläufigen Anhalt für den äußeren Gang der Verhandlungen zu bieten. Die Erörterung weiterer die Reform der Arbeiterversicherung betreffender Einzelfragen grundsätzlicher Art soll jedenfalls mit der Aufstellung dieser Frage nicht abgeschnitten sein.

Bei der zu III bezeichneten Besprechung wird es sich insbesondere um die Erörterung darüber handeln, ob bei der Behandlung von Zahnkrankheiten neben den Zahnärzten auch die Zahntechniker gesetzlich allgemein für die Krankenkassenmitglieder zugelassen sind; ob die freie oder die beschränkte Apothekenwahl gesetzlich festzulegen ist und ob den Krankenkassen in besonderen Fällen die Entnahme bestimmter Heilmittel aus den Drogerien zu gestatten ist. Auch wird die Frage des Selbstdispensierrechts der Krankenkassen berührt werden können."

Die Grundzüge lassen erkennen, daß seit Jahrzehnten spruchreife Fragen, z. B. Beseitigung der Gemeindekrankenversicherung, der Betriebs- und Innungskrankenkassen abermals erst erörtert werden sollen. Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter sind nach obigem nicht zugezogen. Demnach dürfte nach wie vor das Programm des Staatssekretärs nicht sein: wie ist die Krankenversicherung im Interesse der Arbeiterklasse auszubauen, sondern was soll geschehen, um entgegen dem Interesse der Arbeiter den Einfluß der Unternehmer zu mehren und die Geldinteressen der Aerzte, Apotheker usw. wahrzunehmen? Das ist die Art, um ein Rückwärts der Versicherungs„reform" in die Wege zu leiten.

Die sozialistische Internationale über die politische Lage.

Brüssel, 11. Oktober. (Eig. Ber.)

Am Sonnabend, dem Vortag der internationalen sozialistischen Konferenz, deren Beratungen diesmal hauptsächlich der gegenwärtigen politischen Situation galten, sprachen über dieses Thema die Delegierten des internationalen sozialistischen Bureaus auch vor den Brüsseler Arbeitern und den zahlreichen ausländischen Arbeitergruppen der belgischen Hauptstadt. Trotz des hier für Versammlungen nicht günstigen Sonnabendes war der Festsaal des „Maison du Peuple" gefüllt. Die den ganzen Abend herrschende Stimmung, der brausende Beifall, der insbesondere jene Worte der Redner begleitete, die das Urteil über die ränkesüchtige, machtgierige europäische Diplomatie sprachen; nicht minder das demonstrative Zujubeln, als die Redner der Kriegsgefahr und dem Kriegsgeschrei das aus dem Sozialismus geborene Völkerrecht, das Selbstbestimmungsrecht der politisch mündig gewordenen Nationen entgegensetzten: — all das bewies, das nicht ein Haufen Neugieriger zum Hören von „berühmten" Rednern sich eingefunden, sondern ein Teil von jenem Völkerganzen, auf dessen Rücken und dessen Kosten die europäische Diplomatie ihre Intrigenkünste betreibt. . .

Um ½9 Uhr eröffnete De Brouckère mit einer einleitenden Rede die Versammlung, indem er auf die politischen Ereignisse der Gegenwart verwies und im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise das Erwachen der mündig gewordenen Nationen hervorhob. Wir begrüßen, sagte er, dieses Ereignis als einen Fortschritt, denn auf diesem neuen Boden erwächst das Terrain für den Klassenkampf. Nachdem De Brouckère noch der räuberischen Kolonialpolitik gedacht, gibt er das Wort dem Vertreter Ungarns,

Genossen Buchinger,

der die Taktik der ungarischen Regierung geißelt, die mit einem „Haltet den Dieb"-Wahlspruch in geeigneten Momenten das ungarische Volk gegen Oesterreich hetzt. Das ungarische Volk, das eben mit wunderbarer Energie für sein Elementarrecht kämpft, wird in den Ereignissen der Gegenwart nicht die Hand dazu bieten, daß die Herren Magyaren die Beraubung einer anderen Nationalität zu einem Schachzug gegen das elementare Bürgerrecht im eigenen Lande benutzen. (Beifall.)

Eine demonstrative Ovation wird dem Redner der türkischen Sozialisten,

Genossen Varandian.

Er überbringt die brüderlichen Grüße der sozialistisch-revolutionären Partei der Türkei, die seit 18 Jahren gegen das Regime des Sultans kämpft. Er verweist auf den gemeinsamen Kampf der christlichen und muselmanischen Bevölkerung, der erst den Sieg brachte. Welch Schauspiel! Die gegeneinander gehetzten Völker umfangen sich in einer brüderlichen Vereinigung. Aber die Intrigen der Mächte, die das Emporkommen des Volkes nicht dulden können, bedrohen bereits die junge Türkei . . . Und man will dem Despoten und seinem reaktionären Anhang den Vorwand liefern, das alte Regime wiederherzustellen. Man sucht das Nationalgefühl der jungen Türken zu verwunden, um erst den Krieg und nachher die Reaktion zu entfesseln. . . . Die sozialistische Internationale wird sich all diesen Attentaten entgegenstellen. Möge sie in den einzelnen Ländern allen Aspirationen ihrer Regierungen entgegenarbeiten! Geben Sie der neuen Türkei diese Zuversicht, daß sie in der westlichen Welt nur einen Freund hat: Das Proletariat! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der bulgarische, ebenfalls mit demonstrativem Beifall begrüßte Delegierte

Genosse Avramoff

führte aus, daß die Unabhängigkeit Bulgariens den Arbeitern keine neuen Freiheiten gebracht hat. Die Arbeiterklasse ist rechtlos, außerhalb des Gesetzes. Er erklärt, daß die bulgarische Partei weder mit der militaristischen noch mit der chauvinistischen Bewegung etwas gemein hat. Wir sind mit der „Internationale" solidarisch! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Nemec (Böhmen),

der letzten deutsch-tschechischen Ereignisse gedenkend, stellt aufs neue den Kampf der Proletarier der beiden Nationen über die nationalen Querellen der Bourgeoisie. In launig-witzigen Worten charakterisiert Nemec „unseren modernen Premier", der links und rechts mit immer neuem Warenangebot sein Schifflein lenkt. Er erinnert an den Wahlrechtskampf und die Aufgaben des neuen Oesterreichs, das den Beweis erbringen wird, daß die Arbeiterklasse auch in diesem sprachlich vielgestaltigen Lande in der Verwirklichung seiner Forderungen fortschreitet.

Pernerstorfer (Oesterreich),

lebhaft begrüßt, unternimmt mit seinem, auch von den Ausländern sehr geschätzten markigen Humor einen Ausflug in das Gebiet der politischen und nationalen Psychologie Oesterreichs und bezeichnet den Oesterreicher, das Wort Mommsens variierend, als den Uebergang vom Asiaten zum Westeuropäer. . . . Er vermerkt das Nationalitätengemengsel Oesterreichs und sagt: Wir leben aber trotz alledem, und zwar als — Sozialisten! — Nun kommen wir auch noch in die Lage, unsere Brüder in Bosnien und der Herzegowina ans Herz zu drücken! — Zum Schluß seiner Rede gedenkt Pernerstorfer der belgischen Genossenschaften, die hier die Wege für die sozialistische Entwickelung geschaffen haben. Die Rede erweckte herzlichen und lebhaften Beifall.

Kleines Feuilleton.

Der Kientopp wird literarisch. Die Mischung von nervenspannenden Sensationen, prickelnden Verhülltheiten und groben Geschmacklosigkeiten, die das Repertoire der Kientöppe bisher bei uns darbot, bedarf dringend der Reform. Das Kinematographen-Theater, das Belehrung und genußreiche Unterhaltung bieten könnte, müßte zu diesem Zwecke allerdings an Haupt und Gliedern umgestaltet werden. Eine bekannte Pariser Kinematographengesellschaft scheint dergleichen in Berlin zu beabsichtigen. Sie will hier ein besonderes Theater gründen und macht inzwischen Propaganda unter den Schriftstellern. In Frankreich, besonders in Paris arbeiten in der Tat die dramatischen Schriftsteller schon länger an diesen Unternehmungen mit. Sie liefern die Ideen, die von den Regisseuren für die kinematographische Aufnahme in Leben und Bewegung umgesetzt werden. Es scheint, daß ein ganz gutes Geschäft damit zu machen ist. Sind doch an 600 französische Schriftsteller und eine Reihe bedeutender Darsteller für die Kinematographentheater tätig. Ob allzu viel dabei für die künstlerische Hebung der Kientöppe herausschaut, muß die Erfahrung lehren. Vorläufig wird wohl noch der „starke Tobak", die Detektivgeschichte und ähnliches überwiegen. Aber es ist immerhin ein Weg eröffnet, auf dem Besserung möglich erscheint.

Ein zeitgemäßer Einfall. Die Ereignisse im europäischen Orient haben einem Mitarbeiter des römischen „Messaggero" ein ebenso zweckmäßiges als zeitgemäßes Verfahren nahegelegt, über das er in folgender Weise berichtet:

„Unter dem Datum des heutigen Tages habe ich meinem Schneider ein handschriftliches Schreiben übersandt, in dem ich ihm mitteilte, daß im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse der auswärtigen Politik auch ich mich entschlossen habe, an dem Glück der Völker mitzuwirken durch Annexion all der Anzüge, die er mir in letzter Zeit angefertigt hat. Weiter habe ich einen Freund, der sich auf internationale Rechtsfragen versteht, beauftragt, ihm zu erklären, daß mein Brief lediglich eine tatsächliche Sachlage in eine rechtliche verwandelt, da die Anzüge seit längerer Zeit in meinem unumstrittenen Besitze waren und andererseits keinerlei nahe oder fernliegende Aussicht auf Bezahlung aus meiner Tasche vorlag. Um dem Schneider andererseits eine greifbare Entschädigung zu bieten, habe ich ausdrücklich erklärt, daß ich darauf verzichtete, auch seinen Laden zu annektieren. Mit anderen Worten habe ich auf die Vorteile des Artikels 25 des Berliner Vertrages Verzicht geleistet.

Gleichzeitig habe ich durch besondere Proklamation meinem Mädchen befohlen, die Anzüge mit größter Sorgfalt zu bürsten und ihnen eine Extraration Benzin zukommen zu lassen. Auf diese Weise habe ich bewiesen, daß nur eine besondere Besorgnis um ihr Wohl sowie der Wunsch, auch sie des Reformregimes teilhaftig werden zu lassen, mich zu diesem äußersten Schritt getrieben hat, und nicht etwa, wie mein Schneider oder boshafte Leute argwöhnen könnten, irgend welche persönlichen Gründe und Interessen."

Das erste bulgarische Buch. Vor kurzem hätte man die Hundertjahrfeier der Geburt der bulgarischen Literatur begehen können: erst im Jahre 1806 ist das erste bulgarische Buch erschienen! Die Tatsache ist bezeichnend für die Geschichte des bulgarischen Volkes, das heute als selbständiges Glied in die Reihe der europäischen Nationen treten will, und seine geistige Entwickelung, die noch sehr jung ist. Infolge des weltlichen Jochs der Türken und des geistigen der Griechen sind die Bulgaren lange in völliger geistiger Abhängigkeit geblieben; selbst die Buchdruckerkunst ist lange nicht bis zu ihnen gekommen, und ihre Kirchenbücher bezogen sie von den Russen und Serben. In der Kirchensprache, im Slawischen, waren alle Bücher geschrieben, die den Bulgaren in die Hände kamen. Der erste Schriftsteller, der ein Buch im modernen Bulgarisch zu veröffentlichen wagte, war der Bischof Sofronij von Vraca, der im Jahre 1806 in Rymnik eine Sammlung Sonntagspredigten „Kiria-Kodromon", nach dem Griechischen bearbeitet, herausgab. Diese „Sonntagspredigten" wurden berühmt und verschafften der bulgarischen Sprache Heimatrecht in der Literatur, und so gilt Sofranij mit Recht als der „Vater der bulgarischen Literatur".

Ueber die erste Petroleummotorbahn lesen wir in Heft 10 der „Dokumente des Fortschritts": Die „Union Pacific Bahn" in den Vereinigten Staaten hat eine wichtige Veränderung in ihrem Eisenbahnbetrieb vorgenommen; sie hat soeben den Petroleummotor eingeführt. Die Vorversuche, die dieser wichtigen Veränderung vorangingen und die innerhalb der letzten Jahre ausgeführt wurden, haben äußerst günstige Resultate ergeben und jetzt ist der erste regelmäßige Petroleummotordienst zwischen Kearney und Callaway eingerichtet worden. Die Motorwagen, die ganz aus Stahl gebaut sind, laufen auf zwei vierrädrigen Drehgestellen und bieten für 57 Personen Platz. Ihr Gewicht beträgt nur 25 Tonnen. Der aufrecht stehende Petroleummotor hat eine Stärke von 200 Pferdekräften. Besonders was das Bremsen anlangt, ist der Petroleummotor der Lokomotive überlegen, denn bei einer Geschwindigkeit von 33 Kilometern kann der Wagen ohne große Erschütterung auf 30 Meter zum Stehen gebracht werden und im Falle der Gefahr auf einer Strecke, die etwa seiner Länge gleich ist. Auch was das Ueberwinden von Steigungen anbetrifft, soll der Motor Vorzügliches leisten, denn selbst in den Rocky Mountains ist eine Geschwindigkeit von 40 Kilometern möglich. Der einzige Mangel, den man dem Motor vorwerfen könnte, ist der, daß die Betriebskosten mit den Preisen der Feuerung schwanken; durchschnittlich jedoch betragen sie zwischen 50 und 60 Pfennigen für die Meile.

Humor und Satire.

— **Militärgerichtsbarkeit.** Bei einem Metzger war eine verdorbene Wurst beschlagnahmt worden, und es sollte ein Verfahren eingeleitet werden. Über die Wurst war aus dem Fleisch eines ehemaligen Militärpferdes gemacht und mußte daher vor das militärische Ehrengericht gestellt werden.

— **Schimpffreiheit.** Ich fragte neulich einen Agrarier, ob er seine Ernte gut hereingebracht habe. „Gott sei Dank," antwortete er, „jetzt kann man doch wieder „Rindvieh" und „Schafskopf" zu den Leuten sagen. Wenn sie jetzt fortlaufen, ist es mir ganz recht." („Simplicissimus.")

— **Russische Wissenschaft.** Nach der „Frankf. Ztg." hat die Aerztekommission in Moskau beschlossen, für die Cholerainpfungen keine Propaganda mehr zu machen, da die Schutzwirkung nur ein halbes Jahr dauert und die Impfung nach dieser Zeit doch wiederholt werden müßte. Die gelehrte Körperschaft hat, wie wir erfahren, ferner beschlossen, Sanierungsbauten in den verseuchten Städten gar nicht in Angriff zu nehmen, da das Geld dafür doch vorher gestohlen wird und die Cholera doch vorher zu Ende gehen würde. Sie hat ferner beschlossen, das Studium der Medizin überhaupt aufzugeben, da doch alle Menschen früher oder später sterben müssen. Und sie hat endlich beschlossen, sich selbst aufzulösen, da sie bei längerem Beisammensein doch nichts Klügeres mehr zum Vorschein brächte. („Jugend".)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Programm des Sarah Bernhardt-Gastspiels im Hebbel-Theater erfährt eine Aenderung. Donnerstag, den 22. Oktober, wird die (unvermeidliche) „Kameliendame" wiederholt.

— **Sudermann in Paris.** Sudermanns Drama „Stein unter Steinen" erzielte im Pariser Odeon, dem zweiten staatlich subventionierten Theater, einen starken Erfolg. Sein Direktor Antoine hatte ihm eine überaus wirksame Inszenierung zu teil werden lassen.

— **Lebende Denkmäler.** Angesichts der immer mehr und mehr wachsenden Denkmälerzahl in Frankreich erinnert ein Pariser Blatt an die hübsche Antwort, die Rossini einer Deputation gab, durch die ihm die Errichtung seines Denkmals in seiner Vaterstadt angekündigt wurde. Der Maestro fragte, wieviel wohl seine Statue in weißem Marmor kosten würde, und als er die Antwort erhielt: „12 000 Fr.", sagte er vergnügt: „Nun gut, geben Sie mir die Summe und bei allen feierlichen Gelegenheiten, oder wenn es sonst nötig ist, werde ich hinkommen und mich auf das Piedestal stellen. Sie werden dann an Stelle einer Kopie das Original haben und ich bin um 12 000 Fr. reicher."

— **1283 Kilometer unter Wasser.** Das französische Unterseeboot „Emeraude" (390 Tonnen) hat soeben eine bemerkenswerte Leistung ausgeführt, indem es eine Fahrt von 80½ Stunden in der See machte, bei der es 1283 Kilometer zurücklegte. Das Boot hielt dabei eine regelmäßige Geschwindigkeit von neun Knoten inne, und der Petroleummotor arbeitete während der ganzen Zeit ausgezeichnet. Die Mannschaft war von der außerordentlichen Strapaze zwar ermüdet, hat sie jedoch gut überstanden.

Branting (Schweden)

betont, daß in dieser internationalen Friedenskundgebung auch die Stimme der nordischen Völker ertönen müsse, denn die kleinen Völker, das zeige die jetzige Situation, sind die Avantgarde im Kampfe gegen den Militarismus. Branting verweist unter stürmischem Beifall auf die Wahlerfolge der schwedischen Partei, die ihre 17 Mandate auf 33 erhöht habe. Vor sechs Jahren gab es nur einen einzigen sozialdemokratischen Deputierten in Schweden.

Glasier (für die Unabhängige Arbeiterpartei Englands)

begrüßt im Namen seiner Partei die Erhebung der türkischen und bulgarischen Nation.

Vaillant (Vereinigte sozialistische Partei Frankreichs)

stürmisch als „Kommunard" akklamiert, rechnet in seiner Rede mit dem System Clemenceau und seiner Marokkopolitik ab. — Die Internationale muß die Wächterin des Friedens sein. Wir verhindern kein Volk an seinem nationalen Bewußtwerden und politischen Erhebung. Bei den erwachten Völkern wird die Friedensidee um so leichter durchbrechen und der Sozialismus sich Bahn schaffen. Es sprachen dann noch:

Hyndman (Social Democratic Party Englands)

und

Molkenbuhr (Deutschland),

der gleich anderen Rednern die Gefahren der Annexion für die konstitutionelle Türkei hervorhebt. Wenn je etwas dazu angetan ist, die Klassenherrschaft zu verurteilen, so die Tatsache, daß ständig die Möglichkeit der Ermordung von unschuldigen Volksmassen gegeben ist. Die ganze und volle Einigkeit des Weltproletariats wird den Frieden bringen.

Zum Schluß erhielt das Wort:

Viktor Adler (Oesterreich):

Mit Belgien verknüpfe Oesterreich noch ein anderes als das gewöhnliche internationale Band. Wir sind einander ähnlich im Temperament und klein wie Sie! Und oft haben wir unsere Kämpfe an Ihnen entzündet. „Belgisch" zu reden war lange ein Schlagwort bei uns, ein Wort, das uns Monate von Gefängnis gekostet hat. Auf die Annexion übergehend sagt Adler: Man spricht von Fortschritten, die in den Aktionen der Regierungen liegen sollen. Und man darf in der Tat in dem Vorgehen Bulgariens einen Fortschritt sehen und das Volk wird diesen Fortschritt auszunützen verstehen. — Was Bosnien und die Herzegowina betrifft, so muß man sich indes fragen: wem nützt diese Annexion? Die Völker Oesterreichs haben nicht das geringste Interesse an ihr. Vielmehr bedeutet sie eine doppelte Gefahr: eine Bedrohung des Friedens und die Gefahr nationaler Konflikte. Gewiß, ein Krieg mit Serbien wäre ein Wahnsinn — aber solchen Wahnsinn bezahlen die Völker. Das Schlimme ist, daß diese Arbeit der Diplomatie gemacht worden ist als Konterrevolution. Wenn die alten Zustände, das alte Chaos am Balkan wieder eintreten sollten, dann läge die Schuld an Oesterreich-Ungarn und die österreichische Fraktion würde die Regierung im Parlament zur Verantwortung ziehen. Das Ausland soll wissen, welche Stellung wir einnehmen!

Wir können den Gang der Dinge nicht ändern, aber wenn die Regierung in Bosnien die Konstitution und Rechtszustände einführt, so ist das der Rücksicht auf die starke Arbeiterbewegung in Oesterreich-Ungarn geschuldet. — Was den Krieg verhindern kann, das ist, daß in allen Ländern denkende Menschen sind und die Länder- und Raubgier der Herrschenden eingeengt wird von dem Gedanken, daß, wenn der Krieg anfängt, kein Mensch sagen kann, wie er aufhört... (Beifall.)

Genosse Furnemont-Belgien beantragt sodann folgende Resolution, die unter stürmischem Beifall akklamiert wurde:

„Die am 10. Oktober im „Maison du Peuple" vereinigte Versammlung bestätigt aufs neue den energischen Willen des Weltproletariats, den Frieden unter den Nationen zu erhalten und den die Völker bedrückenden kapitalistischen Militarismus aufs äußerste zu bekämpfen und vertraut den verschiedenen Sektionen der Arbeiter-Internationale, daß sie die Stuttgarter Beschlüsse ausführen werden."

Die machtvolle Manifestation endete unter dem Gesang der „Internationale".

Ein beleidigter Reichsverbands-Agitator.

Ein Agitator des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Herr Mertens in Altenburg, wehrt sich durch Beleidigungsklagen dagegen, daß man ihn als „Agitator des Reichslügenverbandes" bezeichnet. Herr Mertens hält es zwar nicht für unehrenhaft, im Dienste dieses Verbandes zu stehen, aber er fühlt sich dadurch beleidigt, daß man seinem Verbande die Bezeichnung „Reichslügenverband" gibt. Diese Bezeichnung, meint Herr Mertens, wäre nur dann berechtigt, wenn das Lügen der einzige und ausschließliche Zwecke des Reichsverbandes wäre. Daß dies nicht zutrifft, darin hat ja Herr Mertens recht. Der Zweck des Reichsverbandes ist bekanntlich die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Aber zur Erreichung dieses Zweckes sind dem Reichsverbande alle Mittel recht und die bisherige Tätigkeit des Verbandes hat bewiesen, daß Lügen und Verleumdungen der Sozialdemokratie und ihrer Anhänger zu denjenigen Kampfmitteln gehören, deren sich der Reichsverband mit so großer Vorliebe bedient, daß anständige Gegner der Sozialdemokratie jede Gemeinschaft mit dem Reichsverbande vermeiden.

Also der Reichsverbandsagitator Mertens will nicht als Agitator des Reichslügenverbandes bezeichnet werden. Der verantwortliche Redakteur unseres Zwickauer Parteiblattes, Genosse Schubert, der Herrn Mertens diese Bezeichnung beilegte, ist deshalb vom Gericht mit 100 M. bestraft worden. Der „Vorwärts" hatte diese Tatsache mitgeteilt in der Form, Schubert sei verurteilt worden, weil er einen Agitator des Reichslügenverbandes mit dem ihm gebührenden Titel belegte. In einer anderen Nummer des „Vorwärts" ist eine ähnliche Bezeichnung des Reichsverbandes gebraucht und ebenfalls auf Mertens Bezug genommen worden.

Wegen dieser beiden Bemerkungen hat Mertens unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Davidsohn, verklagt. Das Schöffengericht hatte, wie erinnerlich, Davidsohn zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt, ohne den Beweis dafür zuzulassen, daß der Reichsverband die Bezeichnung „Reichslügenverband" tatsächlich verdient.

Da Davidsohn gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt hatte, so kam die Sache gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Der Angeklagte und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Löwy, vertraten den Standpunkt, die als beleidigend unter Anklage gestellte Bezeichnung treffe nicht die Person des Klägers, sondern den Reichsverband, der aber nicht als Kläger auftreten könne. Die Bezeichnung „Reichslügenverband" sei so gebräuchlich, daß niemand daran Anstoß nehmen könne, wenn sie im politischen Tageskampfe angewandt werde. Sie werde selbst von dem Leiter des Reichsverbandes, General v. Liebert, nicht als Beleidigung empfunden, denn derselbe habe ja im Reichstage erklärt, der Verband werde den Titel „Reichslügenverband" als Ehrentitel annehmen. — Eine Reihe von Beweisen wurden dafür angeboten, daß der Reichsverband in hervorragendem Maße mit Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie kämpft. Weiter wurde unter Beweis gestellt, daß der Kläger nicht ein Mann sei, dessen Persönlichkeit einen so weitgehenden Schutz verdiene, wie ihn das Schöffengericht durch Bestrafung des Angeklagten mit 100 M. anerkannt habe. Es wurde angeführt, der Kläger bediene sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie keineswegs eines guten Tones, er werde deshalb, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten der Sozialdemokratie, von den sozialdemokratischen Versammlungen des Wahlkreises Altenburg ausgeschlossen. Ja, die Liberalen in Altenburg hätten bei der Wahl die Unterstützung des konservativen Kandidaten davon abhängig gemacht, daß der Kläger nicht in die Agitation eingreife. Aus diesen Gründen würde sich, wenn das Gericht nicht zu einer Freisprechung kommen sollte, wenigstens eine wesentliche Herabsetzung der Strafe rechtfertigen.

Das Gericht verwarf die Berufung. Der Kläger, hieß es in den Gründen dieses auffälligen Urteils, sei beleidigt, denn durch die Bezeichnung „Agitator des Reichslügenverbandes" werde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er sich in den Dienst des Verbandes stellte, obwohl er wußte, derselbe operiere mit Lügen. Der Wahrheitsbeweis in bezug auf das, was der Verband getan, komme für die Person des Klägers nicht in Frage und was in bezug auf diesen selbst angeführt wurde, sei für die Strafzumessung nicht erheblich.

Die Logik dieses Urteils ist sehr anfechtbar. Der Beweis, daß der Reichsverband mit Lügen gegen die Sozialdemokratie operiert, mußte zugelassen werden, denn wenn bewiesen wird — und das kann an Hunderten von Fällen bewiesen werden —, daß der Reichsverband mit Lügen gegen die Sozialdemokratie kämpft, dann verdient er die Bezeichnung „Reichslügenverband", und wenn man Personen, die sich in den Dienst dieses Verbandes stellen, als Agitatoren des Reichslügenverbandes bezeichnet, so trifft diese Bezeichnung das richtige und kann deshalb nicht strafbar sein. Das anerkennt auch § 186 des Strafgesetzbuchs ausdrücklich. Warten wir ab, ob auch das Kammergericht dem Reichslügenverband den Schutz des Majestätsbeleidigungsparagraphen zuerkennt und den Rechtssatz billigt: nach der Wahrheit darf beim Reichslügenverband nicht geforscht werden.

Aus Industrie und Handel.

Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Die Oktobernummer des Organs der Vereinigten englischen Maschinenbauer bringt erschreckende Mitteilungen über die Verschärfung der Wirtschaftskrise in England. Von der Gewerkschaft der Schiffbauer, 60 631 Mitglieder, waren nach dem letzten Bericht 15 255 = 25,2 Proz. arbeitslos! Zu gleicher Zeit 1907 betrug die Arbeitslosigkeit 9,8 Proz.! Von der Gewerkschaft der Holzarbeiter waren 8,7 Proz. arbeitslos; vorjährig sind es 4,3 Proz. gewesen. Im Baugewerbe zählte die Trade-Union der Zimmerleute 8,9 Proz. arbeitslose Mitglieder gegen 4,6 Proz. im Vorjahre.

Von den Mitgliedern des Maschinenbauerverbandes haben sich 14 228 = 13½ Proz. arbeitslos gemeldet! Nur zweimal hat diese berühmteste Arbeitsorganisation während ihres 57jährigen Bestehens einen noch etwas höheren Arbeitslosenstand zu verzeichnen gehabt. Das erste Mal 1879, wo von den 44 078 Mitgliedern 5879 gleich 13,3 Proz. beschäftigungslos waren. Sodann im Jahre 1897, nach dem großen Kampf mit den verbündeten Unternehmern. Damals wurden 91 944 von Mitgliedern 13 612 = 14,8 Prozent arbeitslos, zum bedeutenden Teil infolge Maßregelung und Boykottierung. Das war aber eine ziemlich rasch vorübergehende Erscheinung, denn schon ein halbes Jahr darauf fiel die Arbeitslosenziffer auf 8,1 Proz. und ein Jahr später rapide auf 2,4 Proz. Das Jahr 1908 dagegen zeigt von Februar an (mit 5 Proz. Beschäftigungslosen) ein beispiellos starkes Ansteigen der Arbeitslosenziffer, und es ist noch keine Aussicht auf merkliche Besserung vorhanden.

Ein Anzeichen tiefgehender Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse in Großbritannien ist auch, daß im September der Mitgliederbestand des Maschinenbauerverbandes sich wieder verringert hat. Der Verlust beträgt 299 im Vergleich zu August und 1108 gegenüber dem höchsten Stande von April. Die Mitgliederzahl ist auf 109 964 zurückgegangen.

Daß auch in Deutschland von einer Ueberwindung der Geschäftskrisis noch keine Rede sein kann, ergeben die neuesten Mitteilungen aus der Montanindustrie. Der bis in das erste Viertel 1908 anhaltenden Vermehrung der Arbeiter ist im zweiten Viertel ein Stillstand, teilweise schon ein Rückgang der Beschäftigten gefolgt. In Oberschlesien vermehrte sich die Grubenarbeiterzahl im 1. Quartal d. J. noch um über 8000 Köpfe; im 2. Quartal tritt eine Verringerung von rund 1700 ein. In Niederschlesien ist die Zahl der Beschäftigten um 61 gefallen, im Ruhrbecken, wo das 1. Quartal noch eine Vermehrung der Belegschaft von über 26 000 aufwies, sind im 2. Quartal nur noch 40 Arbeiter mehr gezählt. Mit Rücksicht auf die hier in den letzten Jahren ununterbrochen vor sich gegangene riesige Arbeitervermehrung bedeutet die letzte Ziffer einen relativen Rückgang von außerordentlicher Höhe. Auch die im Saargebiet mehr angelegten 480 Arbeiter lassen eine erhebliche Verschlechterung der Nachfrage im Vergleich zu der früheren Arbeitervermehrung erkennen. Ebenso bleibt die Vermehrung der Braunkohlenarbeiter um rund 2000 Köpfe hinter der des Vorquartals weit zurück. Es kann aber nicht verkannt werden, daß hinsichtlich der Arbeitervermehrung die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau immer noch günstiger wie im Steinkohlenbergbau liegen, und weit besser wie im Salzbergbau, denn hier ist eine absolute Verringerung der Arbeiterzahl um 815 Köpfe zu konstatieren.

Am deutlichsten tritt die Verschlechterung der Arbeiterexistenz in Erscheinung in den Lohnzahlen. Auch dort, wo noch im 2. Quartal dieses Jahres eine Arbeitervermehrung stattfand, ist das Lohneinkommen der Arbeiter gesunken. Gegenüber dem letzten Quartal 1907 sind die Lohnrückgänge der Bergarbeiter ungewöhnlich hoch. Es betrug der Durchschnittslohn eines Grubenarbeiters:

	im 4. Quartal 1907	im 2. Quartal 1908	der Rückgang beträgt in Prozent
Oberschlesien	254 M.	243 M.	4,3
Niederschlesien	255 „	240 „	5,9
Ruhrgebiet	390 „	364 „	8,7
Saargebiet	304 „	284 „	6,5
Wurmgebiet (Aachen) . .	366 „	347 „	5,2
Haller Braunkohlenbergbau	281 „	266 „	5,3
„ Salzbergbau . . .	300 „	278 „	7,3
Mansfelder Erzbergbau .	268 „	238 „	11,2
Siegener „ .	321 „	267 „	16,8

Das sind Lohnrückgänge, die von den Arbeitern bei den hochgebliebenen Lebensmittelpreisen doppelt schwer empfunden werden. Wenn man mit Rücksicht auf den Bergbau von verschlechterter Geschäftslage spricht, dann kann darunter nicht etwa eine geringere Verwertung der Kohlen, Koks und Briketts verstanden werden, wenigstens insofern das Inland in Betracht kommt. Die Inlandspreise für Kohle, Koks und Briketts stehen heute noch auf dem Hochkonjunkturstand. Trotzdem sind die Schichtverdienste der Kohlenbergarbeiter in der Mitte dieses Jahres bis zu 10, 12 und 17 Pf. reduziert worden! Diese Lohnabzüge gehen in die Hunderttausende und Millionen Mark monatlich für die großen Bezirke und können natürlich nur eine die allgemeine Geschäftsflaue noch verschärfende Wirkung haben. Stark sinkende Arbeitereinkommen bei gleichzeitiger Hochhaltung der Lebensmittelpreise, das ist jetzt die Signatur in den großindustriellen Bezirken Deutschlands.

Aus der Frauenbewegung.

Bessere Herrschaften!

Streiflichter auf die Ursachen der Dienstbotennot wirft ein Artikel in „Haus und Herd". Ein Dienstmädchen schildert ihre Erlebnisse bei der Bewerbung um „bessere" Stellung.

Die Schreiberin gibt an, 22 Jahre alt zu sein, Küche und Haushalt erlernt zu haben, im Nähen erfahren zu sein, so daß sie glaubte, einem guten, bürgerlichen „besseren" Haushalt vorstehen zu können. Sie ging getrosten Mutes auf die Stellungsuche. Die Dame Nr. 1 maß sie, im Hausflur verharrend, kritisch von oben bis unten, dann erst erwiderte sie den Gruß. Als sie die Stellungsuchende mit ihrer Hausordnung und den zu erwartenden Pflichten bekannt gemacht hatte, wagte diese die Frage zu stellen: „Wie groß ist Ihr Haushalt eigentlich? Wieviel Kinder haben Sie?" Das war aber genug. Sofort erhielt sie die Antwort: „Das hat mich noch keine gefragt. Sie als Dienstmädchen sollten froh sein, in einem Hause, wie bei mir, überhaupt aufgenommen zu werden. Ich bin es nicht gewöhnt, vom Dienstmädchen . . . . . ." Das Mädchen hörte nicht weiter zu. Der Dame Nr. 2 war sie zu jung, doch sollte sie Nachricht erhalten, falls keine Aeltere käme.

Nr. 3. erklärte: „Sie kommen hier in ein besseres Haus. Ich nehme auch nur bessere Mädchen. Ich bin es gewöhnt, bei meinem Mädchen morgens helle Kleider, nachmittags Wollblusen und nur weiße Schürzen zu sehen."

Der Haushalt umfaßt 8 Personen, dem „das Mädchen allein vorstehen sollte. Noch erklärte die „bessere" Dame, daß sie, da sie kränklich sei, sich auch nicht viel mit den Kindern befassen könne. Das Mädchen müsse auch nachts die drei kleinsten Kinder im Alter von 4, 2½ Jahren und 8 Monate übernehmen. (!) 10, im Höchstfalle 12 Mark, sollte der monatliche Lohn sein. Das Mädchen dankte und ging zu Nr. 4. Wir lassen die Schreiberin selbst erzählen, was sie da erlebte:

„Nachdem diese meine Zeugnisse durchgesehen hatte, sagte sie: „Sie sind mir eigentlich etwas zu groß. Ich will mal mit meinem Mann sprechen," und ging hinaus. Einen Augenblick nachher ging auch ihr kleines Töchterchen, welches bis dahin bei uns im Zimmer gewesen war, ihrer Mutter nach und ließ die Türe zum Nebenzimmer nur angelehnt, wodurch es mir möglich war, zu hören, was dort gesprochen wurde. Die Dame sagte gerade: „Paul, da ist wieder eine, sie hat bessere Zeugnisse wie die von heute morgen, aber sie ist so schrecklich groß, sie ißt wahrscheinlich auch soviel." „Aber, Ella, um die Sachen kann ich mich doch nicht kümmern, das mußt Du selbst wissen," entgegnete er. Darauf sie: „Ich weiß es auch gar nicht. Damals hatten wir einmal eine Große. Es konnte ja fast nicht soviel gekocht werden, wie sie aß. Ich will einmal sehen." Selbstverständlich verspürte ich nun schon keine Lust mehr, den guten Leuten alles aufzufessen."

Aus dem Erfahrungsschatz des Mädchens sei schließlich noch folgende Schilderung mitgeteilt:

„Endlich fand ich eine allem Anschein nach gute Stelle. Der Haushalt bestand aus zwei Personen und einem Hund. Diesen muß ich extra mitanführen, weil er nicht die unwichtigste Stelle im Hause einnahm. Die gute Dame war immer bange, daß ihr Hund zu wenig bekam und ich zuviel. Darum gab sie von allem zuerst dem Hund sein Teil, das übrige war für mich. Wenn es ihr dann allzu wenig schien, so war in solchem Notfall der Wasserkranen ja da und Mehl war auch gewöhnlich im Hause, und kann man bekanntlich mit Wasser und Mehl viele Speisen wunderbar vermehren. Arbeiten konnte ich dort nie genug. Außerdem hatte die Dame die löbliche Angewohnheit, über alles und jedes einen großartigen Krach zu machen, und so konnte sie immer etwas zu kritisieren finden."

Hier zeigen sich die Ursachen der so viel bejammerten „Dienstbotennot". Das Mädchen, das dies geschrieben hat, ist keine sozialdemokratisch „verhetzte" und „aufgewiegelte" Person, sonst hätte sie ihre Erlebnisse sicher nicht in einem katholischen Organ niedergelegt.

Die Schilderungen ergeben, wie notwendig es ist, daß sich die Hausangestellten in einer Organisation zusammenschließen. Und zwar in keinem Harmonieverein, wo die gnädigen Frauen das Regiment führen, sondern in Organisationen, die die Interessen der häuslichen Angestellten vertreten.

Um auf diesem Gebiete eine Bessergestaltung herbeizuführen, dazu bedarf es vor allem des Sturzes der vorzeitlichen Gesindeordnung.

Außer der Sozialdemokratie ist aber keine andere Partei dafür zu haben. Das zeigt zur Genüge, wo die wahren Freunde der Hausangestellten stehen.

Darum hinein in die freie Dienstbotenorganisation und in die politische Organisation der Sozialdemokratie!

Leseabende.

Zweiter Kreis. Donnerstag, 15. Oktober, bei Hemp, Urbanstr. 170.

Gerichts-Zeitung.

Material für den Reichslügenverband.

Das Landgericht in Lübeck verurteilte am Sonnabend den Schmied Niedballa wegen Unterschlagung, die er als Kassierer des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter begangen hat, zu zwei Monaten Gefängnis.

Haftung der Stadtgemeinde für Löcher im Bürgersteig.

In der Bismarckstraße in Koblenz befand sich im Frühjahr 1905 ein Loch von 70 Zentimeter Breite, welches sich bis zu 49 Zentimeter senkte. Ein Herr Cahen stürzte am 24. März 1905, abends ½8 Uhr, in dieses Loch und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Er verklagte die Stadtgemeinde auf Schadenersatz und erreichte in der ersten Instanz, daß die Stadt dem Grunde nach verurteilt wurde. Das Oberlandesgericht Köln wies die Berufung der Stadt Koblenz zurück und setzte die zu zahlenden Beträge fest. Die Stadt hatte geltend gemacht, daß die Bismarckstraße noch nicht fertig und demnach nicht als dem öffentlichen Verkehr übergeben angesehen werden könne. Festgestellt wurde aber, daß sie bereits seit acht Jahren dem Verkehr übergeben sei. Die Beklagte hatte weiter eingewendet, der Kläger sei selbst an seinem Unfall schuld, da er nicht genügend auf den Weg geachtet habe. Es befinde sich acht Meter von der Unfallstelle eine Laterne, die so hell leuchte, daß man bei ihr einen Brief mit kleiner Schrift lesen könne. Das Gericht hat diesem Einwand insoweit Rechnung getragen, daß es dem Kläger ein Drittel der Schuld aufbürdete, der Stadt dagegen zwei Drittel. Der Kläger habe die erforderliche Sorgfalt nur wenige Augenblicke außer acht gelassen, die Stadt aber lange Zeit.

Gegen das Urteil des Oberlandesgericht hatte die Stadt Koblenz Revision eingelegt. Es wurde wiederum auf die ausreichende Beleuchtung hingewiesen und betont, der Kläger sei ortskundig, und die Straße selbst sei wenig belebt. — Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts wies am Montag die Revision als unbegründet zurück.

Wesen und Bedeutung des Gesundbetens

wurde gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow einer längeren Erörterung unterzogen. Anlaß hierzu bot eine Anklage gegen die „Szientistin" Berta Reinke aus Wilmersdorf, die wegen Betruges angeklagt war. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte sie seinerzeit zu 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte Berufung eingelegt. Fräulein Reinke ist Anhängerin einer aus Amerika herübergekommenen Sekte, die sich „Szientisten" nennt. Es sind dies Gesundbeter, die auch in Berlin zahlreiche Anhänger gewonnen haben, und in ihren Versammlungen im „Choralion-Saal", Bellevuestraße, über die wunderbaren Erfolge berichten, die durch inständiges Gebet zu Gott bei zahlreichen, von Aerzten längst aufgegebenen Kranken erzielt sein sollen. Geleitet werden die hiesigen Anhänger der Sekte von dem „Vorsitzenden der Mutterkirche der Ersten Kirche Christi". Im Mai d. J. erschien eine Frau Anders mit ihrem Töchterchen bei der Angeklagten, um für letzteres bei ihr Heilung zu suchen. Das Kind war nervös und ihm gingen, weil es den Kopf allzu lange der Sonne ausgesetzt hatte, die Haare aus. Auf die Frage der Mutter, ob denn Heilung zu erwarten sei, soll die Angeklagte gesagt haben: „Bei Gott sind alle Dinge möglich, ich arbeite und überlasse das weitere Gott." Sie fügte hinzu, daß sie an manchen Tagen für 14 Leute gebetet habe, und daß für die erzielten Erfolge Gott allein die Ehre gebühre. Die Frau A. ging mit ihrem Töchterchen mit großen Hoffnungen immer

wieder zu der Angeklagten, ohne daß sie Erfolge sah. Sie mußte immer wieder kommen, weil, wie gesagt wurde, sie noch nicht fest im Glauben war, und es wurde ihr dringend angeraten, fleißig in der Bibel und in dem Organ der Sekte, „Herold", zu lesen. Dies geschah auch mit großem Eifer, die Erfolge ließen aber auf sich warten. Auch der Vater des Mädchens, Arbeiter Anders, machte eine Gesundbetekur durch. Er hatte das Reißen und eine schiefe Schulter, und hoffte, von diesem Schönheitsfehler durch die Angeklagte befreit zu werden. Auch ihm gegenüber wurde viel von Gottes Liebe und Allmacht gesprochen und ihm das Studium der Bibel und der Werke der Miß Eddy (die in englischer Sprache abgefaßt sind) empfohlen. Wie er behauptet, habe die Angeklagte, wenn er zur Sitzung erschien, ihm aufgegeben, an den lieben Gott mit geschlossenen Augen zu denken; sie selbst habe kurze Zeit mit geschlossenen Augen ihm gegenüber gesessen und dann sei die Sitzung beendet gewesen. Für diese Gesundbeterei bezahlte Anders nach und nach zirka 60 M., natürlich ohne einen Erfolg verzeichnen zu können. Er fühlte sich übervorteilt, strengte eine Zivilklage an und stellte auch Strafantrag wegen Betruges. — Das **Schöffengericht** kam zur Verurteilung, und zwar aus folgenden Erwägungen: Die Grundsätze der Christian Science, nach denen geheilt werden solle, gehen dahin: eine tiefe Verbindung mit Gott, ein Verständnis Gottes und seines Wesens, das Vertrauen und die Erkenntnis Gottes, sowohl auf seiten der Behandelnden **wie auf seiten des Patienten**, sollen zur Heilung zusammen wirken. Diese Grundsätze hat nach Ansicht des Schöffengerichts die Angeklagte gegenüber den Zeugen unterdrückt und entstellt wiedergegeben. Die Heilung sei von ihr als eine „metaphysische" bezeichnet worden. Sie habe zwar Bibelsprüche hergesagt und von Gottes Liebe und Allmacht gesprochen; sie habe aber die Leute nicht über das wahre Wesen der Christian Science aufgeklärt, sondern sei bei reinen Aeußerlichkeiten geblieben. Sie habe den ungebildeten Leuten die englisch geschriebenen Werke der „Miß Mary Baker G. Eddy" und das Studium der Bibel empfohlen, ohne daran zu denken, daß dieses gründliche Studium diesen einfachen Leuten sehr schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein würde. Sie hätte die Leute in wirklich ernster und verständnisvoller Weise dahin unterrichten müssen, daß eben ein sehr tiefes Studium der Bibel zu dem Wesen der Christian Science gehöre. Die angebotenen Beweise über wirklich stattgehabte Heilungen hatte das Schöffengericht nicht für ausschlaggebend gehalten, da es ja allgemein bekannt sei, daß die Einbildungskraft der Kranken selbst günstige Einwirkung auf den Krankheitsverlauf haben kann. Hierhin gehöre auch die Autosuggestion, mit der manche Erfolge erzielt werden. Niemand werde aber behaupten können, daß ein hervorstehender Schulterknochen durch Gebete zurückgetrieben werden könne. Eine Handlungsweise, bei der Gott, je nach der Leistungsfähigkeit der Patienten für 1, 2 oder 3 M. um Hilfe angerufen werde, erscheine geradezu als **eine Verhöhnung Gottes**, und durch eine solche Methode werde armen und unverständigen Leuten das Geld aus der Tasche gezogen. — Bei der gestrigen Verhandlung vor der Berufungskammer beantragte **Staatsanwalt Xaver** auf Grund der Beweisaufnahme die **Verwerfung der Berufung** gegen das verständige Urteil. — Rechtsanwalt **Niemir** legte in längerer Rede die Grundsätze der Christian Science dar und behauptete, daß der Schöffenrichter die Grundsätze falsch ausgelegt habe und der Angeklagten zu Unrecht vorwerfe, daß sie nicht nach den Leitsätzen der christlichen Wissenschaft vorgegangen sei. Die Christian Science umfasse viele Tausende Kirchengemeinden und habe viele Hunderttausend Mitglieder, auch in Berlin. Die Angeklagte habe einen Kursus in Amerika durchgemacht und sich mit dieser Heilmethode viel beschäftigt. Der Verteidiger erbot sich, den Beweis dafür anzutreten, daß durch ihr Gottvertrauen und ihre Gewissenhaftigkeit zahlreiche Heilungen erzielt worden seien. Er beantragte die Einholung von Gutachten des Vorsitzenden der Mutterkirche der Ersten Kirche Christi der Scientisten und der „Christian Science Publishing Society", sowie zahlreicher von ihm namhaft gemachter Lehrer der Christian Science. — **Das Gericht** sah von dieser Beweiserhebung ab, da es auch ohne diese zu einer **Freisprechung** kam. Das Gericht billigte der Angeklagten den guten Glauben zu, indem es ihr glaubte, daß sie von der Heilkraft ihrer Gebete persönlich überzeugt sei, und in dieser Ueberzeugung den Wünschen des meist unverständigen Publikums, welches an sie herantrete, entspreche. — Mit anderen Worten: hängt dem Betrug das Mäntelchen des Glaubens um, glaubt Eurem Schwindel oder Unsinn; nehmt von denen, die auch in der Residenzstadt Berlin nicht alle werden, vielmehr nach Tausenden zählen, in vielen Fällen Geld ab, und Ihr seid **straffrei**. Angenehme Perspektiven für heuchlerische Betrüger.

Der Sonntag als Wahltag.

Der Stadtmagistrat Schwabach hat, als bis jetzt einzige Gemeindebehörde in Bayern, die Gemeindewahlen auf den 29. November, einen Sonntag, entsprechend einem sozialdemokratischen Antrage, festgesetzt. Andere Gemeindeverwaltungen, wie die „freisinnige" Nürnbergs, haben den gleichen Antrag abgelehnt und sich dabei auf eine Ministerialverordnung aus dem Jahre 1869 gestützt, die besagt, daß an Sonntagen Wahlen nicht vorzunehmen seien. Wenn es dem Nürnberger Magistrat nicht um etwas anderes zu tun wäre, als um diese ganz veraltete und fast vergessene Verordnung, so hätte er es, wie jetzt der Stadtmagistrat Schwabach, ruhig darauf ankommen lassen können, ob die Regierung, die selbst schon Landtagswahltermine auf einen Sonntag festgesetzt hat, die Verordnung noch als gültig betrachtet.

Militärkonzert unter Verletzung des Urheberrechts.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II war gestern der Oekonom des Arbeiterversammlungen nicht geöffneten Restaurants „Hofjäger" in der Königgrätzerstraße, Heller, angeklagt. In dem Etablissement des H. finden täglich Militärkonzerte statt, die von verschiedenen hiesigen und auswärtigen Militärkapellen abwechselnd ausgeführt werden. Die Genossenschaft der Tonsetzer hatte im September und Oktober vorigen Jahres feststellen lassen, daß an verschiedenen Abenden Musikstücke zum Vortrag gebracht worden waren, deren Aufführungsrecht sie von den Komponisten erworben hatte. Es handelte sich zumeist um moderne Musikstücke, die natürlich auch tantiemepflichtig waren. Da weder der Wirt, noch die Dirigenten der Militärkapellen das Aufführungsrecht von der Tonsetzergenossenschaft erworben hatten, so lag im Sinne des Gesetzes eine **Verletzung des Urheberrechtes vor**, welches das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. Zu der gestrigen Verhandlung waren als Zeugen geladen der **Kapellmeister Becker** von dem Kaiser-Franz-Garde-Regiment, der **Kapellmeister Bartz** von dem Garde-Dragoner-Regiment, der **Kapellmeister Tschätsch** vom 2. Garde-Regiment, der Kgl. **Musikdirektor Lehmann** aus Potsdam und andere. Die Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß sie sich nach einer Versammlung der Stabshoboisten an die Genossenschaft der Tonsetzer um Aufnahme gewendet hätten. Diese sei ihnen aber **abgelehnt** worden mit dem Bemerken, daß die Genossenschaft die einzelnen Kapellmeister gar nicht heranziehen wolle, sondern mit den Wirten und Saalbesitzern einen Vertrag schließen wolle. Sämtliche Dirigenten wären deshalb der Meinung gewesen, daß sie selbst ohne weiteres auch tantiemebelastete Stücke spielen dürften, und daß es Sache der Wirte gewesen sei, sich mit der Genossenschaft ins Einvernehmen zu setzen. Der **Angeschuldigte** behauptete seinerseits, daß er gar nicht in die Lage versetzt sei, stets das ihm fertig vorgelegte Programm dahin zu prüfen, ob sich tantiemefreie Stücke darunter befinden oder nicht. Er selbst habe auch die betreffenden Dirigenten wiederholt gebeten, solche Musikstücke nicht zu spielen. Ob dies trotzdem geschehen sei, habe er überhaupt nicht kontrollieren können. Wiederholt sei es auch vorgekommen, daß er den Dirigenten mitgeteilt habe, daß er nicht die Genehmigung habe, gewisse Stücke aufführen zu lassen. Ihm sei dann wiederholt zur Antwort geworden, daß der Kapellmeister selbst die Erlaubnis habe. In anderen Fällen sei ihm von den Verlagsanstalten selbst ein Musikstück zugeschickt worden, um durch die Aufführung eine möglichst große Popularität herbeizuführen. — Das **Gericht**, welches die sämtlichen vernommenen **Kapellmeister unbeeidigt** gelassen hatte, kam nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der **Angeklagte** alles getan habe, was in seinen Kräften stand, um sich davon zu überzeugen, daß die bei ihm aufgeführten Stücke auch tantiemefrei waren. Da er auch wiederholt den Dirigenten mitgeteilt hatte, daß tantiemebelastete Stücke bei ihm nicht gespielt werden dürften, so sei ein strafbares Verschulden nicht festzustellen. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung.

Werden nunmehr **die Kapellmeister zur Verantwortung gezogen werden?**

Die Flucht des Rechtsanwalts Dr. Ehrenfried.

In einem Artikel der „Großen Glocke" war der Rechtsanwalt Dr. Brat beschuldigt, seinen Schwager Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried widerrechtlich aus Vermögensinteresse ins Irrenhaus gebracht zu haben. Ehrenfried ist bekanntlich später dem Irrenhause entflohen. Gestern stand der Redakteur Felix Wolff unter der Anklage der Beleidigung des Rechtsanwalts Brat durch den Artikel der „Großen Glocke". Dr. Zimmer, Dr. Juliusburger und Dr. Störmer begutachteten, Dr. Ehrenfried sei seinerzeit gemeingefährlich geisteskrank gewesen. Der Verteidiger Rechtsanwalt v. Palmowski trat u. a. durch Berufung auf das Gutachten der Psychiater Dr. v. Gudden, Prof. Dr. Forel und Dr. Speyer den Beweis für die Geistesgesundheit des Dr. Ehrenfried an und verlangte die Ladung des auswärts weilenden Dr. Ehrenfried. Das Gericht lehnte die Beweisanträge aber ab. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der Inhalt des Artikels durchaus unwahr sei; Dr. Ehrenfried sei damals geisteskrank und gemeingefährlich gewesen und die in dem Artikel erhobenen Vorwürfe seien ohne jede Berechtigung erhoben. Mit Rücksicht auf die Schwere der Vorwürfe verurteilte das Gericht den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis und sprach dem Nebenkläger die Publikationsbefugnis zu.

Der Kampf mit einem Automobil.

Ein eigenartiger Automobilunfall ereignete sich am 27. August 1905, als die Kaufleute B. und St. mit ihrem Chauffeur eine Rundfahrt durch die Kreise Geldern und Kempen unternahmen. Auf der Landstraße in der Nähe der Ortschaft L. stellte sich dem Automobil plötzlich der 36jährige Fabrikarbeiter Br. aus L., der eben mit verwandtschaftlichem Anhang aus einem Wirtshause gekommen war und dort auch des Guten etwas zu viel genommen hatte, mit ausgebreiteten Armen entgegen. Er wollte das Automobil anscheinend aufhalten. Der das Automobil leitende B. gab Warnungssignale, und riefen ihm auch die Leute von der Straße zu. Wie die Insassen des Automobils behaupten, soll Br. sogar den ausweichenden Bewegungen des Automobils treulich gefolgt sein, um zuletzt auf das Fahrzeug loszuspringen. Hierbei ist er auf den Maschinenkasten zu liegen gekommen, mit dem Gesicht nach unten. Der Kraftwagen rannte darauf gegen einen Baum, da, wie der Chauffeur behauptet, der Verunglückte mit einem Fuß in die Steuerung gekommen sein müsse und die Herrschaft über das Automobil verloren gegangen war. Infolge des Anpralles wurde der Verunglückte in den Chausseegraben geschleudert, wo er den Verletzungen erlag.

Die von dem Verunglückten unterstützten Eltern machten Schadenersatzansprüche gegen die Inhaber und den Lenker des Automobils geltend.

Das Landgericht **Düsseldorf** erkannte auf Abweisung der Kläger, indem es annimmt, daß sich der Unfall so zugetragen habe, wie die Beklagten es darstellen, und daß deshalb die Kläger wegen eigenem groben Verschulden des Verunglückten abzuweisen seien. Dahingegen erkannte das **Oberlandesgericht Düsseldorf** in teilweiser Abänderung des erstinstanzlichen Erkenntnisses dahin, daß der jeweilige Lenker des Automobils, der Kaufmann B., für den Unfall zur Hälfte einzustehen habe. Das Oberlandesgericht führt gleichfalls aus, daß den Angaben der Insassen des Automobils, die den Hergang auf der Straße schon von fern her übersehen konnten, mehr Glauben zu schenken sei. Jedoch sei dem Beklagten B., als Lenker des Automobils, eine Mitschuld beizumessen, da er beim Heranfahren die Fahrgeschwindigkeit nicht ermäßigt habe. Wenn er gesehen habe, daß Br. sich auf die Straße stellte und die freie Durchfahrt hemmte, so hätte er, so ungehörig dessen Tun auch gewesen sei, doch sein Automobil zum Stillstehen bringen oder mindestens so langsam fahren müssen, daß er jeden Augenblick anhalten konnte. Allerdings wäre der Unfall nicht eingetreten, wenn der Br. nicht direkt in das Automobil hineingelaufen wäre. Mit solchen Vorkommnissen hätte aber B. auch rechnen müssen. Daß die Fahrgeschwindigkeit des Automobils eine große war, beweise die Wucht, mit welcher dasselbe in den Straßenbaum hinein gefahren ist.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte B. Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der VI. Zivilsenat kam zur **Aufhebung des Vorderurteils, soweit es** zu ungunsten des B. ergangen war, und erkannte auf **vollständige Abweisung der Kläger.**

Amtlicher Marktbericht der städtischen **Markthallen-Direktion** über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft matt, Preise teilweise etwas nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 14. Oktober.
Anfang 7½ Uhr:
Königl. Opernhaus. Die Bohème.
Königl. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches. Kabale und Liebe.
Kammerspiele. Lysistrata. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues kgl. Opern-Theater. Der Herrgottsschnitzer von Ammergau.
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. (Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Mercadet.
Neues. Wahrheit.
Kleines. Lady Frederick.
Komische Oper. Manon Lescaut. (Anfang 7½ Uhr.)
Residenz. Das Glück der andern. Der selige Octave.
Hebbel. Ninon de l'Enclos. (Anfang 7½ Uhr.)
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Familientag.
Schiller Charlottenburg. Julius Cäsar.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Trianon. Die Liebe wacht.
Bernhard Rose. Das Kätchen von Heilbronn.
Luisen. Freiheit.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Hüttenbesitzer.
Apollo. Ein Sonntagmorgen in Rußland. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

8 Uhr **Neues Theater** 8 Uhr
Mittwoch: **Wahrheit.**
Gastspiel d. sizilianischen Tragödin
Mimi Aguglia.
Donnerstag, 15. bis Sonntag, den 18. Okt.: Malia (Die Beherzte).
Montag, 19. Oktober: Peccatrice (Die Sünderin).
Dienstag, 20. Okt.: Cavalleria rusticana und F. Carbunara.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3½ Uhr zu halben Preisen: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 14. Oktober, Anfang 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Donnerstag: Wilhelm Tell.
Freitag: Wilhelm Tell.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Ninon de L'Enclos
von Friedrich Freksa.
Anfang 7½ Uhr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Freiheit.
Donnerstag: Freiheit.
Freitag: Helga.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Freiheit.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Ab.: Freiheit.
Montag: Freiheit.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Familientag.** Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Familientag.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Ein Teufelskerl.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Julius Cäsar.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Herr Ministerialdirektor.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Opferlamm.**

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 14. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr: Grande Soirée equestre. Elite-Programm. U. a.: **Hodgini,** der beste Jongleur und Equilibrist der Jetztzeit zu Pferde. **36** Sie Hassan Ben Alis Original-Marokkaner. **36** 9 fliegende Menschen 9 Roeders-Reinalds Luft-Voltigeure. Rowland-Truppe, 8 Personen. Auftreten der Schulreiterin Fräul. Dora Schumann. Clown Armando mit seinem dressierten Tierpark. Dir. Alb. Schumann mit seinen 16 Rekruten u. sämtl. Spezialitäten.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Mercadet.**
Morgen: Erotik. Erinnerungsfest.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das große Programm.
Unter anderem:
Ein Sonntag-Morgen in Rußland.
Russisches Ballett.
Solotänzer! Solotänzerinnen!

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.
Lustspiel in drei Akten von Francis de Croisset.
„Der selige Oktave."
Bis Freitag, 16. Okt.: Das Glück des andern u. Der selige Oktave.
Sonntag, 18. Okt. zum erstenmal: Kümmere Dich um Aurelie.
Sonntag 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Kätchen von Heilbronn.
Wochentagspreise.
Donnerstag: Herr Paragraph.
Freitag: Kabale und Liebe.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Progr.
Im Tunnel: Regimentskapelle rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Gastspiel Frl. Paula Klär.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Ohnet.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der grüne Zweig.
Freitag zum erstenmal: Militärstaat.

Passage-Panoptikum.
Letzte Tage!
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen **Pisjakoff.**
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Kranke Herzen.
Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, 17. Oktober Premiere: Der verlorene Sohn.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Mittwoch, den 14. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Fest-Vorstellung
anläßlich der Oktobertagung 1908 des Vereins Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin.
Um ca. 9 Uhr:
Mr. Houdini
Nur noch kurze Zeit.
Herrn Ernst Schumanns Neudreff.
Um 9¾ ca.:
Barbarossa!!
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Rixdorfer Theater Bergstr. 147
Mittwoch, den 14. Oktober 1908:
Zum 2. Male:
Der Dieb.
Ein Stück in 3 Akten v. Henry Bernstein.
Anfang 8 Uhr.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Café Meyer Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunk. 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Rauchen Sie **Phänomen** Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Wintergarten

Neues Programm

Anne Dancrey

Schwestern Merkel, Kontorsionist. Tortola Valencia, spanische Tänzerin. De Onzo Brothers, Flaschenspringer. Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. Philliparts, Diabolospieler. Die drei Merrills, komische Radfahrer. Agoust Familie, Jongleure. Cliffe Berzac, komischer Dressurakt. Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. Fuller's Serpentintänzerin.

Biograph.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.

Größtes Spezialitäten-Theater Berlins

3000 Personen fassend! 3000!

Das wunderbare

Oktober-Programm!

12 Attraktionen 12

Unter anderem:

Antonie Gates.

Billettverkauf von 11 Uhr vorm. ab. Preise der Plätze 2, 1,50, 1, 75, 50 Pf. Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Das Oktober-Programm.

Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!

Familie August Knoche.

August Knoche: Dir. Hans Berg. Sonntag 4 Uhr: Reezengasse 8a.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.

Heute:

Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp“.**

Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

57 Kommandantenstr. 57

Die beiden Bindelbands!!!

Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Vorher:

Künstlerteil. u. a.:

Madame D'Ormays Ballettesen-Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble. Saratoff, Russen-Trio. Lena Hansen, Vortrags-Meisterin.

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsch. Sänger

und Tanzkränzchen.

Durchweg neues Progr.

Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Morgen:

Gr. Elite-Soiree. Tanzkr.

Nächsten Freitag Gastsp. d. Berliner Volksoper: Die lustigen Weiber von Windsor.

Gustav

Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Die kleinen Mädchen von Berlin.

Große Ausstattungsoperette.

Arlette und Esra, die stärkste Dame und ihr Partner.

Jean Nega, Charaktergemälde.

Klara Wegner. Soubrette.

Duskes Vitograph.

10 Spezialitäten 10.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Reichshallen-Theater

Täglich:

Stettiner Sänger

Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader.

Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Lene Land

Paul Schneider-Duncker

und das großartige Oktober-Programm

14 neue Variété-Spezialitäten.

Prachtsäle des Nordens.

(Pharus-Säle)

Müllerstraße 142.

Jeden Mittwoch:

Original-Harburger Sänger

Direktion: Karl Frick.

Anfang 8½ Uhr. Entree 40 Pf.

Vorzugskarten 20 Pf.

Nach der Soiree: **Freitanz.**

Gelegenheitskauf!

Von dem kürzlich im „Vorwärts“ abgedruckten Roman

Auf Irrwegen

von **Jonas Lie**

haben wir eine Buchausgabe am Lager, die wir zu billigem Preise abgeben.

Statt 3,— M. nur **75 Pf.**

Expedition des „Vorwärts“

Lindenstr. 69 (Laden).

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenaden 11. (Städt. Börse).

Brauerei-Ausstellung

der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin

10. bis 18. Oktober

Institut für Gärungsgewerbe N., Seestr.

Brauerei-Maschinen-Ausstellung

Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung

Wissenschaftliche Ausstellung

Ausstellung und Verkauf von Arbeitspferden

Vorführung der Pferde täglich 1 Uhr

Geöffnet 9-5 Uhr. Eintritt 3 Mark

Strassenbahnlinien: Nr 22.24.25.26.28.29.31 39.42.68.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — B. Jehmlich.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. 2161b*

Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — **Ständige Eisbahn.**

Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: Großes Konzert. Abends 9 und 10 Uhr: **Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen,** u. a. **Broor Meyer** und **Nadja Franck,** preisgekr. Meisterläufer, nur noch b. Donnerstag inkl. Um Freitag bleibt d. Eispalast weg. d. Wohltätigkeitsfestes v. 6—8 Uhr geschl.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.

Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Novität: **Mausi sei süß,** Schwank v. Otto Richter. **Franz Sobanski, Cilly Lilling, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy,** Operndueltisten, **D'Alettas,** Jongleur-Akt. Um 10 Uhr: **Liebesleid und Freud,** Volksstück mit Gesang in 2 Bildern.

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. **Kleine Raten!**

L. Matzner, Auguststr. 50.

Nur Postkarte erbeten.

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115 1, a. Drabg. -Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Konsumgenossenschaften Groß-Berlins.

Dem Inserat vom Sonntag ist noch nachzutragen:

Zehlendorf: Konsum-, Produktiv- und Sparverein:

Zehlendorf a. d. Wannseebahn, Teltowstraße 1.

Wir empfehlen, auch diesen Verein bei allen Einkäufen zu berücksichtigen.

Die Propaganda-Kommission.

4535L*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! — Preisliste kostenlos!

Modernes Waschmittel

garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten

für jede Waschmethode passend

alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte

Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Besuch vormittags erbeten, nachmittags ist der Andrang zu stark!

Nicht die Eleganz der Gebäude

sondern **gediegene Ware** u. **billige Preise** bieten **Vorteil!**

Daher kaufen Sie am besten **vornehme, moderne Damen-Konfektion** nur im

Spezial-Konfektionshause Westmann,

Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstr. 37a** { kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemer Straße,

und **Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115** { kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße.

Mäntel! Jacketts! Kostüme! Original-Modelle! Reisemuster! Kopien!

Das Neueste dieser Saison! Astrachan-, Plüsch-, Frauen-, Abend- u. Theatermäntel, Pelzjacketts und -Stolen, nur echte Pelzarten!

Jedes gewünschte Façon ist auch für die stärkste Figur passend am Lager!

Die Preise sind bereits auf ⅓ des Wertes herabgesetzt!

Anfangend von Mk. 5.— 6.— 8.— 10.— 12.— 15.— 20.— 25.— 30.— bis Mk. 220.—

Uebergangsmäntel zu Mk. 8.— per Stück **zum Aussuchen!**

470 Stück Röcke und **210 Stück Blusen** werden vom 14. bis 17. Oktober cr **gratis an meine Kundschaft** verteilt.

Eleg. Trauer-Magazin — Separat-Abteilung — Auswahl & Preise konkurrenzlos.

Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer!

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein unvergeßlicher Mann

Ferdinand Preschel

am Freitagabend 11 Uhr nach schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Frau **Ernestine Preschel** und Nichte.

2187b

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Charité aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee, statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Schwieger- und Großvaters

Emil Genetzky

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 2188b

Die trauernden Hinterbliebenen.

---

† Weitmanns †

Trauermagazin

Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstraße 37a, kein Eckhaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Eckhaus, erreicht **seine Leistungsfähigkeit** und **seine billigen Preise** durch Raumersparnis u. geringe Spesen **Geschmackvolle Auswahl in fertiger Trauer-Garderobe** für **Damen und Mädchen.**

Stolas,

Kolliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Baretts, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Verkf. bis 9 abends. Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermstr.

Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 8917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

City-Hotel

52/53. Dresdener Straße 52/53.

Für die bevorstehende Wintersaison sind unsere **Festsäle für Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten usw.** unter kulanten Bedingungen zu vergeben.

Wir verkaufen

jetzt noch billigst

□R **4 Mark** an in **Petershagen,** Ostbahn,

□R **10 Mark** an **Seegefeld,** am Bahnhof,

□R **15 Mark** an **Kaulsdorf,** am Bahnhof,

□R **10 Mark** **Bahnhof Sadowa. Biesdorf-Kaulsdorf-Süd,**

□R **30 Mark** an **Biesdorf,** Stadtbahn, a. Bahnhof.

Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstr. 16.

Ein donnerndes Hoch unserem Bezirksführer **Albert Eisenhauer** zum halben Hundert!

Die Genossen d. 148. Bezirks

Todes-Anzeige.

Heute nacht ¼12 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager, der Zahnkünstler 280/14

Fritz Rau

im 57. Lebensjahre.

Dies zeigen im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Alfred Rau.

Helene Klackow geb. Rau.

Otto Klackow.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags ½5 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Köpenicker Viertel.)

Bezirk Nr. 203, Teil II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zahnkünstler

Fritz Rau

Brangelstr. 86

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krugallee, aus statt.

220/19 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein

für

Schöneberg.

Bezirk 5a.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied

Paul Hellmund

am 12. Oktober nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Oktober, nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes, an der Blanken Hölle, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

16/1 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Schöneberg.

Am 12. Oktober 1908 verstarb nach langen Leiden unser langjähriges treues Mitglied, der Tischler

Paul Hellmund.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Oktober, nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Gemeindefriedhofes (Blanke Hölle) aus statt.

91/16 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein

Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Chauffeur

Joseph Kothe

(13. Bezirk)

verstorben ist. 236/18

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 9. Oktober starb nach jahrelangem Leiden, im Alter von 55 Jahren, unser Mitglied, der Zimmerer

Ferdinand Preschel

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle der Königlichen Charité aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

2194b **Der Vorstand.**

Danksagung.

Sage allen Bekannten und Verwandten für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes herzlichsten Dank.

Witwe Voß und Kinder.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zahlabende.

Heute abend finden außer den bereits gemeldeten noch in folgenden Orten Zahlabende statt:

Stralau in allen Bezirken.

Karlshorst bei Sabrowski, Treskow-Allee.

Friedrichshagen in allen Bezirken.

Nieder-Schönhausen. Im Zahlabend müssen die Sammellisten vom Parteitag mit den Bezirksführern abgerechnet werden.

Oranienburg. 1. Bezirk bei Vorwerk; 2. Bezirk bei Heider; 3. Bezirk bei Schumann.

Zehlendorf. 1. Bezirk bei Mieck, Karlstr. 12; 2. Bezirk bei Löbell, Grunewaldstr. 2; 3. Bezirk bei Mickley, Potsdamer Straße 25; 4. und 5. Bezirk bei Kühne, Flensburger Straße 7.

Marienfelde bei Berger, Dorfstraße. Nach dem Zahlabend Rezitationen berühmter Dichter.

Johannisthal. Morgen abend findet laut Beschluß der letzten Generalversammlung unser Zahlabend für beide Bezirke bei A. Godin, Roonstr. 2, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag: „Warum müssen sich die Frauen organisieren?“ Pflicht der Parteigenossen ist es, ihre Frauen zu diesem Zahlabend mitzubringen!

Erkner. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 Uhr im Vereinslokal bei Degebrodt statt. Genosse Düwell erstattet Bericht vom Nürnberger Parteitag.

Der Vorstand.

Oranienburg. Am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal „Waldhaus“, Sandhausen, die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse W. Dentzer. Diskussion. Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Eisenbahnbehörde und Hochbahnunglück.

Aus Anlaß des Unfalles vom 26. September 1908 hat die königl. Eisenbahndirektion in Berlin eine außerordentliche Untersuchung der gesamten Betriebsverhältnisse der Hoch- und Untergrundbahn vorgenommen und teilt hierüber folgendes mit:

„Die baulichen und betrieblichen Einrichtungen entsprechen dem gegenwärtigen Stande der Technik.

Die Sicherungseinrichtungen sind nach den gleichen Grundsätzen wie auf der Berliner Stadt- und Ringbahn ausgeführt. Die Zugfolge wird durch das auf den Stadtbahn- und Schnellzugsstrecken der deutschen Staatsbahnen erprobte Blocksystem in der vierfeldrigen Form unter Mitwirkung des Zuges gesichert. Die in Verbindung mit der Streckenblockung den Betrieb sichernden mechanischen und elektrischen Stellwerke einschließlich der Signalanlagen sind von der auf diesem Gebiete bewährten Firma Siemens u. Halske in Berlin ausgeführt; sie sind sachgemäß unterhalten und durchaus betriebstüchtig. Dies gilt insbesondere auch von den Sicherungsanlagen des sogenannten Gleisdreiecks.

Durch die Untersuchung ist ferner von neuem festgestellt worden, daß das Betriebspersonal mit der Handhabung der bestehenden Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen durchaus vertraut war.

Wenn sich auch die Zugfolge der Hoch- und Untergrundbahn bei den gestiegenen Verkehrsanforderungen mehr und mehr verdichtet hat, so sind doch ihre Betriebsverhältnisse so übersichtlich, daß bei Anwendung eines nur mäßigen Grades von Aufmerksamkeit seitens des Zugfahrers und Zugbegleiters ein Unfall wie der am 26. September erfolgte sich nicht hätte ereignen können.

Das lehrt schon der Umstand, daß seit der Betriebseröffnung der Bahn rund zweieinhalb Millionen Züge mit mehr als 220 Millionen Reisenden das Gleisdreieck unbehindert befahren haben.

Aus Anlaß des Unfalles sind in der Presse und in Zuschriften Vorschläge zur Erhöhung der Betriebssicherheit auf der Hoch- und Untergrundbahn gemacht worden, die von der technischen Aufsichtsbehörde bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ausnahmslos geprüft worden sind. Es ist hier nicht der Ort, um auf alle Einzelheiten einzugehen. Wir bemerken deshalb folgendes:

Vielfach wird die Anbringung von selbsttätigen Bremsvorrichtungen verlangt. Es darf nicht übersehen werden, daß solche Einrichtungen den Betriebsapparat komplizierter und damit Mängeln und Fehlern leichter zugänglich machen, daß sie auch geeignet sind, das Fahrpersonal sorgloser zu machen und seine Aufmerksamkeit zu verringern im Vertrauen darauf, daß die selbsttätigen Einrichtungen in ihrer Wirksamkeit nicht versagen werden. Bei der Einführung von solchen Vorrichtungen ist daher äußerste Vorsicht geboten. Ihre Verwendung im regelmäßigen Betriebsdienst kann erst dann erfolgen, wenn sie sich als hinreichend zuverlässig erwiesen haben. Dies gilt ebenso von der Wiedergabe der Signalstellung durch sichtbare oder hörbare Zeichen in dem für den Zugführer vorgesehenen Raum.

Die mehrfach vorgeschlagene gänzliche Beseitigung der Vereinigungs- und Abzweigungsweichen im Gleisdreieck ist zurzeit schon aus Verkehrsrücksichten nicht erwünscht, weil sonst das allgemein als lästig beklagte Umsteigen nicht vermieden werden könnte. Insbesondere würde auch am Gleisdreieck ein für den Umsteigeverkehr ausreichender Bahnhof nur unter der Voraussetzung geschaffen werden können, daß die Ostlinie selbständig nach dem Westen durchgeführt und nur der weniger starke Verkehr zwischen dem Osten und der Stadt auf Umsteigen verwiesen würde. Diesen Plan hat die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn bereits vor dem Unfall gefaßt, jedoch nicht aus Gründen der Betriebssicherheit, sondern um den mit der Zeit entstandenen Verkehrsanforderungen besser Rechnung zu tragen.

Die technische Aufsichtsbehörde steht auf dem Standpunkt, daß alle infolge des Unfalles vom 26. September zu treffenden Anordnungen in erster Linie Maßnahmen enthalten müssen, die eine Verschärfung der Kontrolle herbeiführen und die geeignet sind, die Beobachtung der Signale seitens des Zugfahrers zu unterstützen. Zugleich wird auch an die versuchsweise Verwendung selbsttätiger Sicherheitsvorrichtungen gegangen werden. Demzufolge wird

1. von nun an die Einhaltung der vorgeschriebenen verminderten Geschwindigkeit an den in Frage kommenden Stellen durch besondere elektrische Vorrichtungen fortlaufend überwacht werden,

2. ist beabsichtigt, den Zugbegleiter, der schon jetzt an seinem Standort im Zuge in der Lage ist, im Falle der Gefahr durch einen kurzen Handgriff die Notbremse zu bedienen und zugleich den Fahrstrom auszuschalten, bei Beobachtung der Signale in erhöhtem Maße heranzuziehen. Zu diesem Zweck sollen die Wagen entsprechend eingerichtet werden.

3. Außerdem sollen mit Vorrichtungen zur selbsttätigen Bremsung der Züge Versuche angestellt werden. Erweisen sich die Vorrichtungen hierbei als hinreichend zuverlässig, so sollen sie am Gleisdreieck in dauernde Verwendung genommen werden.“

Das Ergebnis der Untersuchung ist ein sehr dürftiges. Im wesentlichen wird betont, daß alles in Ordnung war und eigentlich kein Grund zu besonderen Reformen vorliegt. Dabei ignoriert die Eisenbahnbehörde vollkommen die Tatsache, daß am Gleisdreieck wiederholt Züge einander überfahren haben, nur daß bis vor dem 26. September ein Unglück durch die Fahrer noch verhütet wurde. Es ist also nur ein reiner Glücksumstand, daß gerade infolge der Einrichtungen des Gleisdreiecks nicht schon früher schweres Unglück heraufbeschworen wurde. Und bleibt die jetzige Betriebseinrichtung so wie bisher erhalten, liegt die Wiederkehr eines Unglücks immer im Bereiche der Möglichkeit.

Wir finden in der Erklärung der Eisenbahndirektion auch kein Wort über die lange Dienstzeit und über die Behandlung des Fahrpersonals. Zur Erhöhung der Fahrsicherheit gehört zweifellos, daß das Personal nicht übermäßig lange arbeiten und nicht fortgesetzt durch schikanöse Anordnungen von Betriebsleitern in nervöse Erregung hineingehetzt wird. Anstatt hier anzufassen und für ein gut ausgeruhtes und damit auch sicherer fahrendes Personal zu sorgen, soll eine schärfere Kontrolle ausgeübt werden. Damit wird der bisherige Zustand des Fahrpersonals nur verschlimmert, aber nicht gebessert. Was die sonstigen Versuche betrifft, die erprobt werden sollen, so ist nicht viel dagegen einzuwenden, sie treffen aber leider nicht den Kern der Sache.

Die Ballonwettfahrten.

Fortgesetzt laufen Nachrichten über erfolgte Landungen der aufgestiegenen Ballons ein. Einer, der amerikanische Ballon „St. Louis“, ist in der Nordsee niedergegangen, die Insassen sind aber durch den Wilhelmshavener Schoner „Langeroog“ gerettet worden. Ueber das Ergebnis der Zielfahrt am Sonnabend haben wir bereits berichtet, über die Resultate der am Sonntag und Montag veranstalteten Ballonfahrten werden wir berichten, wenn das Endresultat feststeht.

Unter den Veranstaltern herrscht eine gewisse Mißstimmung, weil der Kaiser nicht gekommen ist; man hatte in den leitenden Kreisen bestimmt damit gerechnet und extra zu diesem Zwecke einen Fürstenpavillon errichtet. Fiasko haben auch die Unternehmer erlitten, die die Tribünen erbaut haben. Infolge der hohen Platzpreise waren die Plätze nur mäßig besetzt.

Ein Opfer der Fleischvergiftungen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege Berlins macht unterm 12. d. M. öffentlich bekannt, daß im Rudolf-Virchow-Krankenhaus die Stelle des Küchenverwalters sofort zu besetzen ist. Die Bewerber sollen neben der Befähigung zur Erledigung der in der Küchenverwaltung vorkommenden schriftlichen Arbeiten namentlich Erfahrungen in der Beurteilung der Güte und Beschaffenheit von Lebensmitteln aufweisen können.

Hiermit wird öffentlich zugegeben, daß es mit der Qualifikation des bisherigen Chefs der Küche sehr gehapert haben muß. Nach unserer Kenntnis der Dinge scheint bei der Abnahme der gelieferten Lebensmittel eine große Nachlässigkeit geherrscht zu haben, die je eher je besser beseitigt werden muß. Auch bei der Verteilung der Speisen herrscht heute noch in allen Krankenhäusern eine Willkür, wie sie schlimmer kaum denkbar ist. Zahlreiche Kranken beschweren sich, daß sie oft nicht einmal das erhalten, was der Arzt verordnet hat. Gewisse Oberschwestern schalten und walten nach eigenem Gutdünken. Es wäre ja Sache der Krankenhausleitungen, hier nach dem Rechten zu sehen. Da man sich aber auch an diesen Stellen nicht allzu eifrig an eine Kontrolle macht, müssen ständige unvermutete Revisionen in den Krankenhäusern gefordert werden.

Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Post. Im „Berl. Lokal-Anzeiger“ vom Montag früh lesen wir folgendes:

„Gegen das Spielen in auswärtigen Lotterien wird seitens der hiesigen und auswärtigen Staatsanwaltschaften mit großer Schärfe vorgegangen. Diese haben die Postanstalten ersucht, die bei ihnen aufgegebenen und an die namentlich aufgeführten, ausländischen Losehändler adressierten Briefe und Postanweisungen anzuhalten und der Polizei zu übergeben. Die Absender erhalten zwar ihr Geld zurück; in allen bisher vorgekommenen Fällen wurden sie aber, trotzdem sie die Unkenntnis des Gesetzes nachzuweisen vermochten, in erhebliche Geldstrafen genommen.“

Man wird hierdurch unwillkürlich an die entrüstete Erklärung des Staatssekretärs des Reichspostamts erinnert, als Genosse Singer im Reichstage Beschwerde führte, daß Briefe, die an sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und andere Parteiführer gerichtet waren, vor der Bestellung geöffnet und wieder geschlossen worden sind. Damals glaubte Herr Kraetke mit allem Nachdruck versichern zu dürfen, daß jede Beteiligung der Postverwaltung an solcher Verletzung des Briefgeheimnisses völlig ausgeschlossen sei. Er nahm sogar seine Beamten gegen die Möglichkeit in Schutz, daß etliche von ihnen sich hätten bestimmen lassen, die betreffenden Briefe für ein gutes Trinkgeld Polizeispitzeln in die Hände zu spielen. Ist denn das vorliegende Wegfangen von Briefen und Postanweisungen mit der Adresse auswärtiger Losehändler und die Auslieferung derselben an die Polizei etwas anderes als eine Verletzung des Briefgeheimnisses? Hier wird doch in ungeniertester, wieder mal an russische Zustände erinnernder Form ein Prinzip durchbrochen, von dem man bisher im großen und ganzen immer noch annahm, daß es in Deutschland als heilig galt. Mit demselben Rechte kann schließlich jede Korrespondenz geplündert werden, aus deren vermutetem Inhalt die Staatsanwaltschaft oder die Polizei eine strafbare Handlung konstruieren zu können glaubt. Wenn unsere Polizeibehörden erst solche dunklen Wege einschlagen müssen, um hinter strafbare Handlungen zu kommen, können wir auf ihre Fähigkeiten wahrhaftig nicht stolz sein. Der Staatssekretär des Reichspostamts wird sich im Reichstag darüber zu verantworten haben, weshalb er das Ansinnen der Staatsanwaltschaften nicht glatt abgelehnt hat. Zum mindesten hätte er verfügen müssen, daß Postanweisungen mit der Adresse der fraglichen Losehändler an den Schaltern zurückzuweisen sind. Auch dazu muß Zeit sein, wenn die Zeit hinreicht, um nachträglich die ungezählten Tausende aufgelieferter Postanweisungen durchzuschnüffeln. Gewöhnliche Briefe an auswärtige Losehändler brauchen doch noch keineswegs immer eine strafbare Handlung zu involvieren? Sie können zum Beispiel einen namenlosen Zettel mit der Aufschrift enthalten: Wer das Briefgeheimnis verletzt, ist ein Schleicher und macht sich strafbar!

Was steckt dahinter?

Die Inseratenplantage des „Lokal-Anzeiger“ von gestern enthielt folgendes Inserat:

„Suche ersten Hausdiener, welcher in besserem Geschäfte tätig war. Nur solche, welche prima Zeugnisse besitzen, im Alter von 28 bis 35 Jahren, mögen sich melden Jägerstraße 18, III rechts, Pohl, von 10—12 Uhr.“

Auf dieses Inserat hin meldeten sich zahlreiche Leute. Der Herr „Pohl“ ließ sich die Zeugnisse vorlegen und gab Bescheid, nachmittags noch einmal vorzusprechen, einstweilen wolle er die Zeugnisse nachprüfen. Als die Bewerber sich später wieder einfanden, war Herr Pohl nicht anwesend. Auf Befragen im Hause stellte sich heraus, daß der betreffende Herr sich erst kurz vorher als Chambregarnist eingemietet habe, aber nach Empfangnahme zahlreicher Zeugnisse sich mit seinen in einer Handtasche bestehenden Habseligkeiten auf und davon gemacht hätte. Vom Bahnhof aus hat er durch einen Dienstmann die Schlüssel zurückgesandt. Da der Mann noch nicht einmal polizeilich angemeldet werden konnte, so liegt der Verdacht nahe, daß sein Name in Wirklichkeit ein ganz anderer ist als der Name Pohl. Was der Verduftete mit den Zeugnissen anfangen will, ist nicht ganz klar, so viel scheint festzustehen, daß er lautere Zwecke damit nicht verfolgt.

Ueber den Tod des früheren Gemeindevorstehers von Pankow, Bürgermeisters a. D. Gottschalk, meldet das „Berl. Tagebl.“ noch folgende Einzelheiten: In Pankow zirkuliert das Gerücht, daß Gottschalk sich nicht erschossen, sondern bei seiner verheirateten Tochter, die in der Nähe von Biesenthal wohnt, aus dem Fenster gestürzt habe. Als er am 1. April 1890 zum Gemeindevorsteher gewählt wurde, zählte Pankow nur 6000 Einwohner. In den ersten Jahren seiner amtlichen Tätigkeit fand Gottschalk in der Gemeinde große Anerkennung. Das änderte sich, als er auch zum Amtsvorsteher ernannt wurde. Es wurden Stimmen laut, die ihn beschuldigten, daß er seine persönlichen Interessen in den Vordergrund stelle, und daß er bei Erteilung von Baukonsensen an ihm befreundete Personen den gesetzlichen Boden verlasse. Tatsächlich führte auch ein Fall der letzten Art zu seinem Sturz. Aus Gefälligkeit hatte er dem Hofbaumeister Hackradt einen Bauabnahmeschein für ein von diesem errichtetes Wohnhaus ausgestellt, das Verstöße gegen die Vorortbauordnung aufwies. Als einige Tage später der Regierungsbaumeister Langen den Bau besichtigte und Kenntnis von dem Bauabnahmeschein erhielt, erstattete er Anzeige. Die Folge davon war eine vom zuständigen Landrat eingeleitete Untersuchung, die dahin führte, daß Bürgermeister Gottschalk sich am 5. Mai 1906 zur Niederlegung seiner Aemter genötigt sah. Später bewilligte ihm die Gemeindevertretung Pension in voller Höhe. Gottschalk blieb zwar in Pankow wohnen, verfiel aber in Schwermut. Vor einigen Tagen reiste er zum Besuch zu seiner Tochter, wo er jetzt den Tod gefunden hat.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr im Betriebe der Graphischen Gesellschaft in der Lindenstraße 16/17. Dort war eine Arbeiterin Else Sauer aus der Gleimstraße an der Lichtdruckpresse beschäftigt. Während die Maschine im Gange war, wollte das Mädchen eine Flasche Kienöl von einer bestimmten Stelle hervorholen. Dabei bückte es sich, verpaßte aber den Augenblick und wurde zum Entsetzen ihrer Mitkollegen von dem sogenannten Schlitten mit dem Kopfe an einen Balken gedrückt, wobei ihm der Hinterkopf vollständig eingedrückt wurde. Die Aermste gab nur noch einige Laute von sich, worauf der Tod eintrat.

In den Landwehrkanal gesprungen und ertrunken. Großes Aufsehen rief gestern die Tat eines Lebensmüden am Maybachufer hervor. Der 27 Jahre alte Arbeiter Karl Kleinschmidt, Rogatstr. 26, sprang vor den Augen zahlreicher Passanten in den Kanal hinab und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle sein konnte. Andauernde Arbeitslosigkeit hat den jungen Menschen angeblich in den Tod getrieben. Die Leiche konnte bald gelandet und dem Schauhause zugeführt werden.

An einem verschluckten Gebiß verstorben ist in der königlichen Klinik in der Ziegelstraße der Schuhmacher Brenuke aus einem Dorfe bei Perleberg (Westprignitz). Beim Essen hatte sich das Gebiß gelockert und war dem Manne in den Schlund gedrungen. Die Angehörigen sowie ein hinzugerufener Arzt bemühten sich vergeblich, die falschen Zähne zu entfernen und B. mußte mit dem nächsten Zuge nach Berlin gebracht werden. Während der beinahe vierstündigen Bahnfahrt verschlechterte sich der Zustand des Schuhmachers derartig, daß sofort nach Ankunft des Mannes in der Klinik zu einer Operation geschritten werden mußte. Die Entfernung des Gebisses konnte nur dadurch ermöglicht werden, daß der Hals an der linken Seite geöffnet wurde. Die Operation war auch gut verlaufen, doch ist Brennke nachträglich an einer Herzlähmung gestorben.

Durch die Entgleisung eines Kohlenzuges entstand in der Nacht in der Gitschinerstraße eine Verkehrsstörung. Ein von der Gasanstalt kommender Leerzug befand sich auf der Fahrt nach dem Görlitzer Bahnhof an der Ecke der Prinzenstraße, als plötzlich aus der Mitte des Trains mehrere Wagen aus den Schienen sprangen. Glücklicherweise befand sich der Zug nur in ganz langsamer Bewegung, sodaß er fast augenblicklich zum Stehen gebracht werden konnte. Im anderen Falle würde eine Zerstörung der Hochbahnpfeiler eingetreten sein. Die Arbeiten für die Wiedereingleisung wurde mit Hilfe der Angestellten der Gaswerke sofort vorgenommen und in verhältnismäßig kurzer Zeit beendet. Während dieser Zeit war jedoch der Verkehr durch die Gitschiner- und Prinzenstraße gesperrt.

Vom Unglück verfolgt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr in der Badstraße. Der 65 Jahre alte beschäftigungslose Arbeiter Gustav Michaelis hatte am 1. Oktober seine Wohnung räumen müssen, weil er mit der Miete im Rückstande war, und war infolgedessen genötigt, in dem städtischen Familienobdach Unterkunft zu suchen. Gestern wollte er einen Bekannten in der Grünthaler Straße besuchen, um diesen zu veranlassen, ihm irgendeine Beschäftigung zu verschaffen. Als M. den Fahrdamm der Badstraße an der Einmündung der Grünthalerstraße überschreiten wollte, glitt er aus und fiel so unglücklich, daß er unter die Räder eines Pferdeomnibusses der Linie Prinzen Allee—Bahnhof Friedrichstraße geriet. Michaelis erlitt eine Gehirnerschütterung, Bruch des rechten Unterschenkels, Quetschung des linken Unterschenkels und wurde von der Unfallstation in der Badstraße, woselbst ihm die erste Hilfe zuteil geworden war, nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhause übergeführt.

Zu dem gestern von uns gemeldeten Sturz eines Kindes aus dem vierten Stockwerk ersucht uns der Vater, den Bericht dahin richtig zu stellen, daß die Mutter des verunglückten Kindes nicht in der Nebenstube gearbeitet habe, sondern die Küche nur einen Augenblick verlassen hätte, um etwas aus der Stube zu holen. Während dieser kurzen Zeit hat das Kind einen Stuhl an das Fenster gerückt und ist herausgestürzt. Das Befinden des Kindes, das einen Schenkelbruch erlitt, ist zufriedenstellend.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr wurde in der letzten Nacht nach der Behrenstr. 24 gerufen, wo ein Automobil brannte. Gleichzeitig erfolgte ein blinder Alarm nach dem Warenhause von H. Tietz am Alexanderplatz. Oel und anderes brannte in einem Lagerraum in der Chausseestr. 72, und Holzwolle auf einem Wagen in der Schwedenstr. 7. Der 7. Zug hatte in der Rüdersdorfer Straße 26 zu tun, wo in einer Holzbearbeitungsfabrik die Transmission in Brand geraten war. Vor dem Hause Friedrichstr. 273 am Belle-Alliance-Platz war ein Mann von einem Automobil, und auf dem Kölnischen Fischmarkt eine Frau von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren worden. Wegen eines Küchenbrandes wurde der 11. Zug nach der Nostizstr. 46 gerufen, und wegen eines Wohnungsbrandes der 5. Zug nach der Wrangelstr. 9. Dieser Zug hatte dann noch in der Adalbertstr. 60 zu tun, wo ein Pferd in eine Grube gestürzt war. Ferner hatte die Wehr noch in der Greifswalder Straße 40, Kösliner Straße 22 und anderen Stellen zu tun.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte gestern abend einen sehr gefährlichen Brand am Sachsendamm 43 zu löschen. Dort war in einer großen Schaubude Feuer ausgekommen. Die Feuerwehr

mußte mit mehreren Rohren Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Den Arbeitern sind Kleidungsstücke und Werkzeuge usw. verbrannt. Ein Küchenbrand, bei dem zwei Kinder in Lebensgefahr schwebten, beschäftigte die Wehr in der Sedanstr. 5. Außerdem mußte ein Schaufensterbrand in der Martin-Luther-Straße 53/54 gelöscht werden, der nachts um 3½ Uhr dort aufgekommen war.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Stadtrats und Stadtältesten Heyl. Der Oberbürgermeister hob in einem Nachruf die Verdienste des Verstorbenen hervor, der 37 Jahre in leitender Stellung in der Gemeindeverwaltung Schöneberg ehrenamtlich tätig gewesen ist.

Angenommen wird sodann ein Antrag, im Laufe des Sommers 1909 eine Volksbibliothek im Berliner Ortsteil und ein Jahr später eine solche im Friedenauer Ortsteil einzurichten.

Der Antrag, die Planierung der für die Rathauserweiterung und zur Errichtung von Schulen vorgesehenen städtischen Terrains zu beschleunigen und auf diesem Platze einen provisorischen Spielplatz einzurichten, wird ebenfalls angenommen.

Zugestimmt wurde darauf einem Antrage der liberalen Fraktion, worin der Magistrat ersucht wird, die von der Stadtverordnetenversammlung geforderte Vorlage betreffs Regelung der Pflichtstunden der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen mit Beschleunigung einzubringen. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, daß bereits im Jahre 1905 ein derartiges Ersuchen an den Magistrat gerichtet worden ist, aber bis heute sei noch nichts geschehen. Da jetzt der Zuzug nach Schöneberg nachgelassen habe, so sei die günstigste Zeit für die Durchführung des Antrags vorhanden.

Der Erziehungsanstalt Zionshilfe werden auf ihren Antrag 50 Freistellen an den hiesigen Gemeindeschulen für die von auswärts aufgenommenen Kinder bewilligt. Eine Kommission hatte die Verhältnisse der Anstalt einer Prüfung unterzogen, die zu Klagen keine Veranlassung gab.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird die Schaffung einer besonderen Spielplatzdeputation beschlossen; die vom Magistrat beantragte Ueberweisung der Spielplatzangelegenheiten an die Schuldeputation wird abgelehnt.

Ein Antrag des Magistrats verlangte die Einrichtung eines Ruderraumes im Keller des Reformrealgymnasiums in der Martin-Luther-Straße. Der Antrag brachte eine sehr umfangreiche Debatte, in welcher fast von allen Seiten die Ablehnung verlangt wurde. Einzelnen Rednern war es unerklärlich, wie der Magistrat einen derartigen Antrag mit seinem hygienischen Gewissen vereinbaren konnte. Jeder Arzt muß eine derartige Einrichtung in einem Keller auf das entschiedenste zurückweisen. Stadtv. Bäumler (Soz.) empfahl die Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß. Wenn eine derartige Einrichtung für die höheren Schulen geplant werden soll, dann verlange er auch dasselbe für die Gemeindeschulen. Notwendig sei es auch, daß der Magistrat dafür sorge, daß die Jugend auch im Schwimmen unterrichtet werde. Bis heute sei in Schöneberg noch kein Schwimmbassin vorhanden. Bürgermeister Blankenstein erklärte, daß er den Anregungen des Stadtverordneten Bäumler durchaus sympathisch gegenüberstehe. — Der Antrag des Magistrats wird darauf abgelehnt.

Ueber eine Petition, die sich gegen die Errichtung von Zeitungskiosken wendet, wird zur Tagesordnung übergegangen. Ein bei dieser Gelegenheit gestellter Antrag, zur Errichtung moderner Zeitungskioske in Schöneberg die erforderlichen Schritte zu tun, wird zunächst einem Ausschuß überwiesen.

Ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen wird über eine Petition, in welcher die Aufhebung des Wochenmarktes am Dürerplatz verlangt wurde. Die Abhaltung dieses Wochenmarktes sei allseitig als eine Notwendigkeit anerkannt worden.

Die Versammlung nahm darauf den Bericht des Ausschusses entgegen, der dem Magistrat in der Angelegenheit betr. die Konzessionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn zur Seite gestellt war. Stadtv. Gottschalk (lib. Frakt.) berichtete über den Stand der Angelegenheit und bezeichnete das Vorgehen der Großen Berliner Straßenbahn als illoyal, das weder formell noch materiell berechtigt und einer Vertragsumgehung gleichbedeutend sei. Die Aufsichtsbehörde hätte die Pflicht gehabt, die Große Berliner Straßenbahn zunächst auf die Revision ihrer Verträge hinzuweisen. Das „Nein", das der Magistrat in dieser Angelegenheit bereits erteilt hat, müsse durch die Stadtverordnetenversammlung noch verschärft werden. Es würde eine Katastrophe für Groß-Berlin bedeuten, wenn sich die Regierung in dieser Angelegenheit auf seiten der Privatgesellschaft stellen würde. — Eine Debatte schloß sich an diesen Bericht nicht.

Hierauf kam ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung:

„Der Magistrat wird ersucht, ebenso wie dies in Berlin geschieht, auch in Schöneberg am 17. November d. J. und am 15. Februar nächsten Jahres Arbeitslosenzählungen vorzunehmen und die nötigen Vorbereitungen gemeinsam mit Berlin unverzüglich zu treffen. Ueber die dazu erforderlichen Mittel ist der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen."

Nachdem die Dringlichkeit des Antrages von der Versammlung anerkannt wurde, führte Stadtv. Küter (Soz.) in seiner Begründung aus, daß in Berlin eine Arbeitslosenzählung geplant werde. Dieselbe habe aber nur einen Wert, wenn sich auch die Vororte daran beteiligen und zwar in derselben Weise und an demselben Tage. Ein großer Teil von Arbeitern, die in Berlin ihrer Beschäftigung nachgehen, hat in den Vororten seinen Wohnsitz. Auch hat die Stadt Schöneberg selbst ein Interesse daran, wie groß in ihrer Gemeinde die Arbeitslosigkeit ist.

Stadtv. Kutznitzky (lib. Frakt.) befürwortet ebenfalls den Antrag und bedauert, daß die Arbeiten für den Bau der Untergrundbahn noch nicht genügend Beschäftigung bieten. Nach seiner Information werden zurzeit nur 18 Mann beschäftigt, und auch diese müßten noch entlassen werden, wenn nicht die Beseitigung des Sandbergs, durch den die Untergrundbahnarbeiten aufgehalten werden, beschleunigt wird. Diese Arbeiten sind aber einem Unternehmer übertragen, der die Schöneberger Arbeiter entlassen habe, weil sie einen Stundenlohn von 40 Pfennige verlangten. Der Unternehmer hat daraufhin Galizier und Polen eingestellt, denen er einen Stundenlohn von 38 Pf. zahlt. Redner verlangt, daß der Magistrat hier eingreift, um den Grundsätzen Geltung zu verschaffen, die bisher in Schöneberg maßgebend waren. Man soll es auch nicht bei dem ersten Spatenstich für die Untergrundbahn bewenden lassen, sondern dafür sorgen, daß die Arbeiten schneller vorwärts gehen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird darauf ohne Widerspruch angenommen.

Nach dem Bericht des Ausschusses wird sodann der Antrag der Unabhängigen Vereinigung „zur Hebung des Kleingewerbes Elektromotoren zu verpachten", ohne Debatte abgelehnt.

Der Anschaffung eines Automobil-Straßenwaschwagens wird nach längeren Auseinandersetzungen in nichtöffentlicher Sitzung zugestimmt.

Rixdorf.

Arbeitslosenstatistik. In seinem amtlichen Publikationsorgan, dem „Rixdorf. Tagebl.", einem in Arbeiterkreisen so gut wie gar nicht gelesenen Blatte, veröffentlicht der Rixdorfer Magistrat eine Bekanntmachung, die die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik am 15. Oktober anordnet. Im Gegensatz zu Berlin wird diese Zählung vorgenommen, ohne irgend eine Gruppe der Beteiligten vorher gehört zu haben. Das System ist deshalb auch ein solches, daß schon jetzt die Brauchbarkeit dieser Statistik sehr angezweifelt werden muß. Viel zweckmäßiger zur Feststellung der wirklichen Notstandsverhältnisse würde es sein, wenn der Rixdorfer Magistrat am selben Tage wie Berlin die Zählung vornehmen würde, um einheitliche Resultate für Groß-Berlin zu erzielen.

Es wird notwendig sein, daß die an der Arbeitslosenzählung in erster Reihe interessierte Arbeiterschaft zu der Veranstaltung des Rixdorfer Magistrats noch in letzter Stunde Stellung nimmt, um womöglich noch etwas Brauchbares zu erzielen. Dazu dürften die heutigen Zahlabende die rechte Gelegenheit bieten.

Bildungsbestrebungen.

Der kürzlich ins Leben gerufene Bildungsausschuß der Arbeiterschaft Rixdorfs beginnt in der nächsten Zeit seinen ersten Vortragszyklus. Als Referent ist der Genosse Max Grunwald gewonnen worden, der über „Einführung in die Nationalökonomie" sprechen wird. Der Zyklus umfaßt sechs Vorträge, die Montags und zwar am 26. Oktober, 2., 9., 16., 23. und 30. November abends 8 Uhr im Lokal von Hoppe stattfinden. Die Teilnahme an diesen Kursen ist vollständig unentgeltlich, jedoch werden zu statistischen Zwecken Teilnehmerkarten ausgegeben. Diese sind bei den Zahlabendleitern sowie bei den Gewerkschaftsvorständen zu haben. Am Sonntag, den 25. Oktober, findet im Rixdorfer Stadttheater eine Theatervorstellung statt. Zur Aufführung gelangt die Komödie „Kater Lampe" von Emil Rosenow. Im November gelangt das Drama „Nora" von Henrik Ibsen zur Aufführung. Der Preis der Billetts für diese Vorstellungen beträgt 60 Pf. inklusive Garderobe und Programm. Zur Einführung in die Dichtungen sind die vom Bildungsausschuß der Partei herausgegebenen Schriftchen zum Preise von 5 Pf. zu haben.

Lankwitz.

Ungültige Wahlen.

Am 11. März wurden bekanntlich bei der Wahl zur Gemeindevertretung die Genossen Reinhold Theurig und Paul Radicke gewählt. Die Wahl wurde jedoch später von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt. Die beim Kreisausschuß angestrengte Klage der beiden Genossen kam in der letzten Sitzung des Ausschusses zur Verhandlung. Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen. Die Schuld an der Ungültigkeit der Wahl trifft den Gemeindevorsteher. Wie der im Termin als Berichterstatter über die Klage fungierende Kreissyndikus Borgmann erklärte, hat der Gemeindevorsteher selbst zugegeben, daß die von ihm getroffenen Wahlanordnungen sich als unzweckmäßig erwiesen haben!

Dem gesunden Menschenverstand wird es freilich schwer verständlich sein, daß die beiden Genossen noch die Kosten für unzweckmäßige Wahlanordnungen anderer Personen tragen müssen. Viel begreiflicher und logisch richtiger wäre es, daß der Gemeindevorsteher die Kosten der Klage, deren Wertobjekt durch den Kreisausschuß auf 2000 M. festgesetzt wurde, zu zahlen hätte.

Für unsere Genossen gilt es nun, die durch die Schuld anderer Personen kassierten Mandate wieder zu erobern. Hoffentlich werden die Wahlanordnungen bei dieser Wahl sachgemäßer getroffen, so daß nicht von neuem eine Kassation der Mandate eintritt.

Mariendorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte zu dem Antrage der Großen Berliner Straßenbahn auf Konzessionsverlängerung Stellung zu nehmen. Nach Mitteilung des bezüglichen Schreibens des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg legte der Gemeindevorsteher den ablehnenden Standpunkt der Gemeinde durch Verlesung der von ihm beabsichtigten Antwort dar. Darin wird nachdrücklichst auf die verschiedenen wirtschaftlichen Nachteile hingewiesen, die auch u. a. der Gemeinde durch Stillegung des Zuzuges und durch den Rückgang der Bevölkerungszahl bei Durchführung des Planes erwachsen würden. Die Vertretung stimmte für Ablehnung obigen Antrages. In der Behandlung des weiteren Punktes der Tagesordnung betreffend Ausbau der Dorfstraße bediente sich der Vorsteher eines ganz merkwürdigen Verfahrens. Es handelte sich bei der ziemlich heftig geführten Debatte, an der sich auch die Genossen Reichardt und Weber beteiligten, darum, ob die Dorfaue in der angeblich von der früheren Vertretung projektierten Weise ausgebaut werden soll, daß nämlich der Fahrdamm in der Mitte und zu beiden Seiten Schmuckanlagen, oder ob, wie es die jetzige Mehrheit der Vertreter und mit ihnen der weitaus größte Teil der Einwohnerschaft wünscht, eine Promenade in der Mitte und zu beiden Seiten je ein Fahrdamm anzulegen seien. Der Gemeindevorsteher war sich offenbar von vornherein darüber klar, daß ihn nichts von seiner Absicht, das erste Projekt zur Ausführung bringen zu lassen, abhalten wird. Statt gleich eine diesbezügliche Erklärung abzugeben, bat er alle möglichen Sachverständigen, einen Landschaftsgärtner, den Schulrektor und den Baurat auf, ließ hierzu sogar Anträge von Gegnern dieses Projektes zu und erklärte dann schließlich, nachdem ausgerechnet von dem durch eben so lange wie inhaltslose Reden sich auszeichnenden Vertreter Dr. med. Leutloff Schluß der Debatte beantragt war: es habe sich ja hier nur um eine — Besprechung gehandelt, eine Abstimmung, die Genosse Reichardt beantragte, lasse er nicht zu. Wer mit dieser Art der Erledigung der strittigen Frage sich nicht einverstanden erklären könne, möge sich über ihn beschweren! Was kümmern diesen Herrn die Wünsche der Mehrheit der Einwohner; die Hauptsache ist die, daß den Anliegern der Dorfstraße, „den Alteingesessenen, den Eingeborenen", wie sie der eine Sachverständige so schön titulierte, die Dorfaue in der bisherigen Form und die Ruhe erhalten bleibt.

Zehlendorf.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Wunsche, den hiesigen Arbeitern durch Arrangierung von Theaterabenden edlere Kunstgenüsse zu bieten. Es wurde beschlossen, das Anerbieten eines Berufsschauspielers zu akzeptieren, der mit seiner Gesellschaft am 28. November das soziale Drama „Ausgewiesen" aufführen wird. Der Eintrittspreis für diese Veranstaltung wurde auf 50 Pf. festgesetzt. — Sodann weist Genosse Scheler auf die herrschende Arbeitslosigkeit hin. Es sei zwar genügend Arbeitsgelegenheit durch den Neubau der Kanalisation vorhanden, doch werden an diesen Bauten vorwiegend Polen, darunter auch eine Anzahl Frauen, beschäftigt. Um den Umfang der Arbeitslosigkeit am Orte festzustellen, wird im Anfang November eine Statistik aufgenommen werden. Für die vorbereitenden Arbeiten wurde eine Unterkommission von vier Genossen gewählt. Das Gerücht, der Zweigverein Schlachtensee des Allgem. deutschen Gärtnervereins habe in einem gesperrten Lokal ein Vergnügen abgehalten, ist falsch. In der Sitzung wurde festgestellt, daß es sich um einen blauen Verein handelt.

Baumschulenweg.

Anläßlich eines am Sonntagabend auf dem Kohlenplatz von Pink an der Köpenicker Landstraße ausgebrochenen Feuers stand die freiwillige Feuerwehr durchaus nicht auf der Höhe. Die Mannschaften waren auf dem Depot wohl zur Stelle, aber es fehlten die Pferde für die Wagen. So verging wohl eine halbe Stunde, ehe sie auf dem Brandplatze erschienen. Gerügt muß auch das Verhalten der dann eintreffenden Gemeindediener werden, die sich dem Publikum gegenüber nicht in der zurückhaltenden Weise verhielten, wie es angebracht war. Denn lange schon, ehe Feuerwehr und Polizei auf dem Plane erschienen, hatten hilfsbereite Hände nach Möglichkeit die Rettungsarbeiten verrichtet.

Erkner.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorboot und zwei Kähnen hat sich gestern nachmittag auf der Oberspree ereignet. In der Nähe von Erkner hatten mehrere Männer mit zwei großen Kähnen an dem Gelände einer Sandsteinfabrik angelegt und mit dem Aufladen von Schienenteilen begonnen. Während die Leute bei der Arbeit waren, kam ein Motorboot so dicht an den beiden Fahrzeugen vorübergefahren, daß sie gestreift wurden und eines von ihnen ein Leck erhielt. Es dauerte nicht lange, so hatte sich das beschädigte Fahrzeug mit Wasser gefüllt. Es sank unter und das zweite Boot, das an das erste angebunden war, mußte infolgedessen ebenfalls mit in die Tiefe. Der Arbeiter Benz, der noch von der Ladung etwas retten wollte, wurde mit in den Strudel hinabgerissen. Nur noch als Leiche konnte B. aus dem Wasser herausgezogen werden.

Köpenick.

Die erste Vorstellung der vom Gewerkschaftskartell arrangierten Theaterabende findet Donnerstag, den 15. d. Mts. statt. Zur Aufführung gelangt „Der rote Leutnant". Eintrittskarten sind an den bekannten Stellen zu haben. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen regen Besuch zu agitieren.

Von einem Motorboot abgestürzt und ertrunken ist gestern der Zimmermann Otto Neubecker aus Rummelsburg. Er hatte mit einem Motorboot bei Köpenick angelegt und verlor das Gleichgewicht, so daß er ins Wasser stürzte. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Brudenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

42. 1. und 2. Das ist möglich. 3. und 4. Das hängt von dem Belieben der Behörde ab. 5. Etwa 50 M. — **W. G. 25.** 1. Ja. 2. Ja, aber die Entscheidung hängt von dem Nachweise ab, daß ohne das Quittungsbuch eine Arbeitsgelegenheit erschwert wurde. — **75. C. D.** Eine Klage hätte kaum Aussicht auf Erfolg. — **A. G. 40.** Das ist verschieden. — **T. Oe. B. S.** Nein. — **Hartmann.** In Ihrem Falle ist das Kaufmannsgericht in Sonneberg, nicht in Saalfeld, zuständig. — **Beruhigung 3.** Der Fiskus wird schon mit der Kostenrechnung kommen, mahnen brauchen Sie ihn nicht. Bezahlt er die Einforderung, desto besser für Sie, ein Nachteil erwächst Ihnen daraus nicht. Die Gerichtskosten verjähren in vier Jahren. — **O. M. 100.** Leider ist das gesetzlich zulässig. Die Ausübung dieses Rechts ist aber unerhört. Wir werden nähere Erkundigungen zwecks event. Veröffentlichung einziehen und bitten Sie, die in Betracht kommenden Schriftstücke bereit zu halten. — **W. M. 23.** Noch nicht. — **Paul 100.** Im Falle einer Klage würde voraussichtlich auf etwa 20 Mark Geldstrafe erkannt werden. — **Hochverrat.** Nach dem Gesetz fallen in einem ehrengerichtlichen Verfahren gegen einen Anwalt, der freigesprochen wird, die Kosten der Anwaltskammer (nicht dem Staate) zu, der der Freigesprochene angehört. — **G. L. 1/2.** Auch eine Geldstrafe ist eine Strafe. Der Angeklagte braucht überhaupt nicht anzugeben, ob er vorbestraft ist. Ein Zeuge wird in der Regel nach anderen Vorstrafen als der wegen Meineids nicht befragt. Ersucht er vorher das Gericht schriftlich unter Mitteilung seiner Strafen, die Vorstrafen nicht zur Erörterung gelangen zu lassen, so kann er, von besonderen Ausnahmen abgesehen, sicher sein, daß eine Befragung unterbleibt. — **O. R. 100.** Nein. — **G. 401.** Das Amtsgericht Eberswalde ist zuständig. — **H. H. 100.** 1. Keineswegs hat eine Sparkasse im Fall des Ausbruchs eines Krieges die Gelder an den Staat zu zahlen, ebensowenig werden die Gelder einer Sparkasse für den Staat gesperrt. Die Sparkasse bleibt vielmehr völlig sicher den Sparern. 2. Die Sparkasse. — **Paul.** Der Vater ist zur Zahlung nicht verpflichtet. — **V. R. 77.** Eine Klage gegen den Wirt, den Raum heizbar herzustellen, event. Ihnen zu gestatten, einen Ofen zu setzen, hätte Aussicht auf Erfolg. — **H. T. 35.** Wenn in Ihrem Vertrage eine entsprechende Vereinbarung steht (in Berliner Mietsverträgen ist das leider üblich) ja. Steht keine derartige Klausel in dem Vertrag, so können Sie vollen Schadenersatz verlangen. Die notwendigen Reparaturen müssen Sie aber ausführen lassen. — **Rixdorf M. W.** 1. Das Gesetz gibt keine bestimmten Gegenstände an, die als unpfändbar zu erachten sind, sondern bezeichnet die unentbehrlichen Gegenstände als unpfändbar. Was unentbehrlich ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. Ja. 3. Der Wirt geht vor. Gleichviel, ob der Pfandvertrag gerichtlich oder notariell geschlossen ist. — **J. 99.** Ja. — **F. W.** Nein, Sie müssen zahlen. Wer im Jahre 1907 ausgetreten ist, hat noch bis zum Schluß des Jahres 1908 die Kirchensteuer zu zahlen. — **R. B. 10.** 1. Eine Erlaubnis braucht nicht nachgesucht zu werden. Das Gericht ist aber in Kenntnis zu setzen. 2. Zieht die Frau ohne Einwilligung des Ehemannes und ohne daß ein vom Gericht als berechtigt erachteter Grund vorliegt, vom Manne fort, so ist der Mann zu ihrem Unterhalt nicht verpflichtet. Sachen, die die Frau mitnimmt, kann der Mann zurückfordern. Zur Wiederaufnahme der Frau ist der Mann verpflichtet. — **B. R. 112.** Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt, Kölnischer Park 8. Die Anstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, künstliche Gebisse oder einen Beitrag dazu zu gewähren. — **R. J. 16.** 1. Nein. Die Unterlassung hätte aber Nachteile. 2. In der Regel nein. Insbesondere dann nicht, wenn ein Vergleich stattfindet. 3. Die Verjährungsfrist für solche Warenverkäufe, die für das Geschäft eines anderen geliefert sind, beträgt vier Jahre. Die Forderung für im Jahre 1904 gelieferte Waren würde demnach mit Ablauf des Jahres 1908 erlöschen. War die Ware für den persönlichen Gebrauch geliefert, so beträgt die Verjährungsfrist zwei Jahre. Es würde also die Forderung für eine im Jahre 1906 für den Privatgebrauch eines anderen gelieferte Ware Ende 1908 verjähren. — **M. S. 500.** 1. und 2. Nein. — **H. H. 99.** Diese Handlung kann als Betrug sich charakterisieren. Der Vertrag hat insoweit Geltung, als der betrogene Pächter Schadenersatz verlangen kann. — **B. 21.** Bei Ecke, Zehdenickerstr. 2. — **L. G. 35.** Ja, aber die Geltendmachung des Rechts ist unwahrscheinlich. — **A. S. 81.** Die Austrittserklärung muß innerhalb des 29. bis 42. Tages nach dem Tag erfolgen, an dem die schriftliche Anmeldung beim Gericht eingelaufen ist. In Ihrem Falle würden Sie also frühestens am 28. Oktober und spätestens am 10. November die Austrittserklärung vor Gericht erklären müssen. Eine Vorladung erfolgt in der Regel nicht. — **G. G. 1908.** Wenden Sie sich an den Deutschen Metallarbeiterverband, Charitéstr. 3. — **K. S. 6.** Treten Sie mit dem Stadtverordneten Bagels, Rixdorf, Reckarstr. 2, in Verbindung. — **K. 100.** „Wassersport", Friedrichstraße 239. — **W. P. 5.** Leider ist die Betreffende nicht krankenversicherungspflichtig und müßte für Krankheitskosten selbst aufkommen.

Witterungsübersicht vom 13. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	770	OSO	2	Nebel	11	Haparanda	753	SW	6	halb bd.	9
Hamburg	769	ONO	3	Nebel	8	Petersburg	764	WSW	2	Nebel	9
Berlin	769	SO	1	Nebel	11	Scilly	761	OSO	2	halb bd.	13
Frankf. a. M.	767	SW	1	Nebel	10	Aberdeen	765	SW	1	halb bd.	9
München	769	SO	1	heiter	6	Paris	766	Still		bedeckt	11
Wien	771	Still		halb bd.	7						

Wetterprognose für Mittwoch, den 14. Oktober 1908.

Mild, bisweilen trüb und neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12.10. cm	seit 11.10. cm¹)	Wasserstand	am 12.10. cm	seit 11.10. cm¹)
Memel, Tilsit	141	+1	Saale, Grochlitz	76	+11
Pregel, Insterburg	−21	−1	Havel, Spandau²)	37	+3
Weichsel, Thorn	78	0	„ Rathenow²)	21	−1
Oder, Ratibor	97	−2	Spree, Spremberg²)	68	−2
„ Krossen	81	−4	„ Beeskow	67	0
„ Frankfurt	97	+1	Weser, Münden	−101	+4
Warthe, Schrimm	28	0	„ Minden	−27	+6
„ Landsberg	14	−4	Rhein, Maximiliansau	390	−2
Netze, Nakel	−7	−4	„ Kaub	165	−4
Elbe, Leitmeritz	−64	−6	„ Köln	151	−7
„ Dresden	175	−1	Neckar, Heilbronn	38	+11
„ Barby	88	−2	Main, Wertheim	106	−1
„ Magdeburg	59	−1	Mosel, Trier	94	+2

¹) + bedeutet Wachs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112. BERLIN Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

Gruppen 35 u. 36

Damen-Konfektion

Zwischenstock

Blusen ▪ Faltenröcke ▪ Jupons

Bluse	aus bedrucktem Barchend mit Vorderfalten u. Paspel, in dunklen Farben, sehr praktische Hausbluse ...	1.75
Bluse	Hemdfasson, aus Baumwollstoff in hellen aparten Chevronstreifen, Vorderteil in breiten Falten, zum Durchknöpfen	2.60
Bluse	Hemdfasson, aus gestreiftem Baumwollstoff, mit Säumchenvorderteil, Satin-Paspel u. Knöpfchengarnit.	4.25
Bluse	Hemdfasson, aus reinwollenem Flanell, Vorderteil in Falten gelegt mit abnehmbarem Kragen, auf Futter	6.90
Bluse	aus gemustertem Tüll mit Taffetgarnierung, auf Futter	9.75
Bluse	Hemdfasson, aus gemustertem Tüll, vornehme Form mit breiter Seidenkrawatte, auf Futter	11.75
Bluse	aus Taffet, sehr aparte Form, mit Rüschenkragen und Tüllkrawatte, in allen modernen Farben	12.25
Bluse	aus gemustert. Tüll mit Entredeux-Einsatz, Rüschenkragen und Taffetgarnierung, auf Chiffonmull gefüttert	12.50
Bluse	aus gemustertem Tüll, Passenform mit reicher Seidengarnitur auf Futter	19.50

Faltenrock	aus gestreiftem Stoff	7.25
Faltenrock	aus gemustertem Stoff engl. Charakters	8.50
Faltenrock	sehr weit geschnitten, aus Tuch mit modernen Karo-Mustern	19.75
Jupon	aus Melton mit gebranntem, angesetztem Volant und Tressengarnierung	3.75
Jupon	aus Velours mit hohem Volant und reicher Tressengarnierung, in vielen Farben	5.25
Jupon	aus Ia Melton, hoher Volant mit schwarz-weisser Tressengarnierung, in vielen Farben	7.25
Jupon	aus Ia Taffet mit hohem gebranntem Volant	9.50
Jupon	aus Ia Velour mit aufgesetztem Volant aus Zierstich und gebrannter Seide	10.50
Jupon	aus Ia Taffet mit reichem Säumchen-Volant, in allen modernen Farben	16.50
Jupon	aus schwarz-weiss gestreiftem Taffet mit hohem gebranntem Volant und Rüschengarnierung	22.50

Gruppe 27

Handschuhe

Erdgeschoss

Neueste elektrische Einrichtung zum Handschuhweiten. Richtige Passform. Bequemstes Aufziehen!

Fachmännisch geleitet, bietet diese Abteilung durch Ausschaltung des Zwischenhandels Vorteile, wie sie von keiner Seite übertroffen werden können.

Jedes bei uns gekaufte Paar Leder-Handschuhe wird einmal gratis gewaschen!

Der gediegenste Strapazier-Handschuh: **Herren- und Damen-Stepper** aus edelstem Lammleder . 2.90

Spezial-Qualität: **Ziegenleder** für Damen, bestes Fabrikat, weiss, schwarz und farbig ..... Paar 1.90

„Unerreicht" **Ziegenleder-Mousquetaires** ca. 12 Knopflänge ..... Paar 3.90

Damen-Trikothandschuhe vorzügliche Qualität, farbig, weiss, schwarz, 2 Druckknöpfe ..... Paar 45 Pf.

Herren-Trikothandschuhe vorzügliche Qualität, farbig oder schwarz, mit Druckverschluss ..... Paar 55 Pf.

Lange Halbhandschuhe weiss oder schwarz ..... Paar 45 Pf.

Für den Eis-Palast: Weisse, lange reinwollene

Damen-Ringwoods

Paar 75 Pf.

Reinseid. Halbhandschuhe weiss oder schwarz ..... Paar 95 Pf.

In der Passage nachmittags von 4 bis 8 Promenaden-Konzert.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

Bezirk 1. Donnerstag, den 15. Oktober, bei Funke, Triftstraße 65.
„ 2. Freitag, den 16. Oktober, bei Frisch, Badstraße 12.
„ 3. Freitag, den 16. Oktober, bei Kranz, Dunckerstraße 8.
„ 4. Freitag, den 16. Oktober, bei Merkowsky, Andreasstraße 26.
„ 5. Donnerstag, den 15. Oktober, bei Golling, Britzer Straße 19.
„ 6. Freitag, den 16. Oktober, bei Liehr, Grenadierstraße 35.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.

75/19 Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Laut geltendem Tarifvertrag regelt sich die Arbeitszeit in den Wintermonaten auf Bauten wie folgt:

Vom 15. Oktober bis 15. November Anfang 7½ Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr, Feierabend 4½ Uhr, tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.

Vom 16. November bis 15. Januar Anfang 8 Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr. Feierabend 4 Uhr, tägliche Arbeitszeit 7 Stunden.

Vom 16. Januar bis 15. Februar Anfang 7½ Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr, Feierabend 4½ Uhr, tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.

Wir erwarten, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit diese Abmachungen unbedingt eingehalten werden. 174/1*

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

Herren-Stoff-Reste zu Herrenanzügen spottbillig, feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von 4 M. an per Meter, reine Wolle. 8/5 **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II.** (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat fertige Herrenanzug, 20 M. 2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam **ohne Konkurrenz gold. Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II.** (Alexanderpl.) Gegr. 1892

Spezialität: Winterpaletot kompl. nach Maß „Napoleon" M. 36,00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft!

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! **Putzer.** Achtung!

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 Saal IV:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht vom Verbandstage. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Agitiert für den Besuch der Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

134/20* Der Vorstand. J. A.: Ernst Schulze.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. — Verwaltungsstelle Berlin. Charlottenstraße 3. — Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Donnerstag, den 15. Oktober 1908, abends 8 Uhr:

Versammlung

aller in der Gold- u. Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.

Tages-Ordnung: 1. „Die Antwort der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme." Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung wird Ihnen die Antwort der Arbeitgeber auf unseren letzten Vorschlag mitgeteilt werden. Da es notwendig ist, daß Sie zu dieser Angelegenheit endgültig Stellung nehmen, ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, als auch für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Niemand darf fehlen, alle müssen zur Stelle sein.

NB. Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Zahlstelle von Sauer, Schönhauser Allee 135, nach E. Schäde, Kopenhagener Straße 74, verlegt worden ist.

123/8 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Durch die am 1. Oktober cr. abgelaufene Wahlzeit ist eine Neuwahl sämtlicher Vertreter erforderlich.

Es sind zu wählen:
145 Arbeitnehmervertreter und 67 Arbeitgebervertreter.

Die Wahlen finden am
Mittwoch, den 28. Oktober cr., abends von 6—10 Uhr,
im Restaurant „Prälaten", hier, Lehderstraße 122
statt und zwar wählen
die Arbeitnehmer von 6—8 Uhr und die Arbeitgeber von 8—10 Uhr.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 277/6*

Die Arbeitnehmer haben das Quittungsbuch bei der Wahl vorzulegen. Die Arbeitgeber wollen sich zum Zwecke ihrer Legitimation ebenfalls mit einem Ausweise versehen.

Weißensee, den 8. Oktober 1908.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Weißensee.
Fuhrmann, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Steppdecken größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmandel,
Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
W. 15, Joachimsthaler Straße 25/26.
Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Schönhauser Allee 50, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2923R*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 1212R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver-Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 181.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 181. *

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunenddilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichhausmahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Nähmaschinen, Vergüte bis 20,00, wer kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brausers Nähmaschinen-Geschäft, Frankfurter Allee 101. 2155b*

Warenverkauf! Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Großberlins Einkaufsvorteil! Staunenddilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Wanduhren! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! „Anerkannt allererste Billigkeit"! Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †106

Märkische Wanderfahrten. Einbis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Winterpaletots! Herrengarderobe! Möbelstücke! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Spottpreise! 1293R*

Bronzegaskrone, Hängelicht, dreiflammig, mit kompletten Grätzinbrennern, Glas, Glühstrümpfen 20 Mark. Zugampel, Grätzinlicht, 12 Mark komplett. Alte Jakobstraße 125. 1083R*

Tischdecken (reich gestickt), in Viktoriatuch 1,85—3 Mark, in Velvetplüsch 4,85—5,65. Salon-Extrapreiste Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1153R*

Drehrollen, Hausmangeln, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Berliner Drehrollen-Fabrik, Wahlmannstraße neunundzwanzig. 1268R*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

„Vorwärts"-Leser erhalten auf meine bekannt billigen Preise fünf Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1251R*

Steppdecken, seidenglänzend, volle Größe 5 Mark, Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1252R*

Gardinen, Stores, Reisemuster, für halben Wert. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1253R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenjuwel), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig. Fabrikniederlage Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2157b*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Kolenthalerstraße 10. 265/9*

Parteilokal krankheitshalber sofort zu verkaufen. Fr. Groebke, Schöneberg, Ebersstraße 37. †146

1000 neue Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, gebe auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1305R*

Kinderwagen, hochelegant, billig, Exerzierstraße 25, III links. †150

Nebenverdienst. Neues Zigarrengeschäft, Hauptgegend, welches eingeführt ist, gegen Gehalt, Provision abzugeben. Strebsame Leute mit Barkapital bitte Meldungen Tabako-Gesellschaft, Kontor Mendelssohnstraße 5. 186/8

Restaurateure erhalten Einrichtungen oder Kaufhilfsgelder von erstklassiger Großbrauerei. Offerte „Bierperle", Postamt 102. 2183b*

Steppdecken, Wollatlas und Stuttgarter Seide 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1322R*

Plüsch- und Tischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 5,00. 1324R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1325R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1326R*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. 1327R*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1328R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330R*

Hökerwagen billig Stettinerstraße 12, Wende. †93

Geschäftsverkäufe.

Milchgeschäft, gutgehend, sofort krankheitshalber billig zu verkaufen. Näheres „Vorwärts"-Spedition, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 10 I. *

Grünkramgeschäft mit Rolle verkauft billig Rodenbergstraße 4. †75

Wegen Verheiratung Milchgeschäft verkäuflich Naunynstraße 80. †19

Destillation zu verkaufen. Auskunft: Bäckerei Samariterstraße 8.

Gangbares Kohlengeschäft verkäuflich Boddinstraße 61. †106

Möbel.

Kastanien-Allee 100. Möbelkeller. Selten günstige Gelegenheitskäufe. Nußbaum Kleiderschrank 30,00. Muschelbettstelle mit gutem Federboden 45,00. Trumeauspiegel 40,00. Taschensofa 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplette Einrichtungen für Brautleute spottbillig. Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. 1265R*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzigtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270R*

Auf Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 20755*

Metallbetten, Kinderbettstelle, spottbillig Ritterstraße 90 III. 1296R*

Schlafsofa, einfriges Spind, runden Bronzespiegel verkauft Sperling, Naunynstraße 7. †19

Für Möbelkäufer sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptsächlich für Verlobte! Fast kein Möbelhändler oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen als ich! Warum? Ich bin gezwungen dazu, weil ich mehrere Lagerräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, früher 370, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 460, 500, 530, 620 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Lederstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Bettstellen, Büfette, Schreibtische, Umbaue, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsofas! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8—½9 Uhr. Sonntags 8—2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aufbewahrung frei. Hasemanns Speicherei, Lothringerstraße 28, Schönhauser Tor. Reellen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zahlungs-Erleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Wochenraten. 2165b*

Möbel staunend billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, bietet sich augenblicklich Gelegenheit, infolge Raummangels, Möbel zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zu kaufen, und sollten Brautleute, Pensionate usw. nicht versäumen, ihre Möbel schon jetzt zu kaufen, da auch unter anderem 20 zurückgesetzte und wenige gebrauchte Einrichtungen am Lager stehen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere schon Wirtschaften zu 140,—, 190,—, 250,—, 300,—, 400,— Mark, elegantere bis 10 000 Mark. Nußbaumbüfette 90,—, Paneelsofa mit Säulen 85,—. Muschelbettstelle mit Patentmatratze 65,—, Waschtoilette mit Marmor 23,—, Muschelvertiko, Muschelschränke 27,—. Säulentrumeau 29,—, elegante Schreibtische mit Aufsatz 35,—, Taschendiwan 42,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, große Garderobenschränke 35,—, Ruhebettstellen 21,—, Sofa 32,—, modern gestrichene Küchen 68,—. Augenblicklich am Lager befindliche Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, gebrauchter Altmahagoni-Empresalon spottbillig. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1062R*

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Straßenrenner, billig, Exerzierstraße 25, Mitschke. †140

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Unke, Swinemünderstraße 17. †64*

Patentanwalt Geisel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Kunstopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Abendkurse zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für Elektrotechnik und Maschinenbau. Prospekte frei. Technische Akademie Berlin 45, Markgrafenstraße 100. *

Kupfer, Messing, kauft höchstzahlend Rob. Riedel, Blumenstr. 51.

Lassan (Pommern). Ehemalige Schüler Lehrer Möllers werden ersucht, am Sonntagvormittag im Restaurant Abendrotz, Adalbertstr. 61, zu erscheinen. August Krüger, Engelufer 10. †114

Handwäscherei Frau Seiler, Köpenick, Charlottenstraße 23, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstag. 1317R

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer (ein oder zwei Herren) bei Wesemann, Fürstenstraße 22, I. 8/6

Möbliertes Zimmer für Herren sofort billig zu vermieten Weserstraße 9, Köppe. †88

Schlafstellen.

Zwei alleinstehende Frauen vermieten an Herren gut möblierte Schlafstelle. Knappenst, Seitenflügel II, Schwarze, Seitenflügel IV, Mendelssohnstraße 15. †140

Schlafstelle für Herren Wienerstraße 31, vorn 2 Treppen, Michalski.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren oder Damen sofort oder 1. November Sorauerstraße 23, vorn I. †19

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Gelaß für Fahrräder, Preis 12 Mark, Hermann, Grünauerstr. 9, Seitenflügel 1 Treppe. †19

Möblierte Schlafstelle Melchiorstraße 33 III, Kötebusch. †134

Schlafstelle, zwei Herren, auch Mädchen, Prinzenstraße 94, Seitenflügel III, Paul. 21935

Schlafstelle, separat, Ritterstr. 124, Hof I, Brandshagen. †134

Möblierte Schlafstelle. Strefemann, Schmidstraße 10. 2192b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Reellen Kollegen zum Hausieren gesucht. Offerten G. Hensel, Thum in Sachsen. 2182b*

Schildermaler verlangt Wilmersdorferstraße 38. †111

Rahmenmacher, der auch zu schneiden, verlangt Roack, Sebastianstraße 5. 2191b

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen"

Zentrum: Fritz Zinke, Mauerstr. 89. M. Hahnisch, Auguststr. 50.
Westen: G. Schmidt, Kirchdachstr. 14.
Osten: W. Mann, Petersburgerplatz 4. R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3. Gustav Vogel, Koppenstr. 83.
Nordosten: L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Neal, Barnimstr. 42.
Norden: H. Raschke, Ackerstr. 36. F. Trapp, Stettinerstr. 10. Karl Marx, Lychenerstr. 123. Karl Weise, Nazarethkirchstr. 49. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124.
Nordwesten: Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. Weckert, Gotzkowskystr. 29.
Südwesten: H. Werner, Gneisenaustr. 72. Dehne, Hagelbergerstr. 27.
Süden: St. Fritz, Pringenstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 9.
Südosten: Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg: G. Scharnberg, Seelenheimerstr. 1.
Friedrichsberg: O. Seikel, Kronprinzenstr. 4.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstr. 7. Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wild. Bänmler, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee: K. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Jul. Schillert, König-Chaussee 30a.
Reinickendorf: P. Gursch, Kamekestr. 12.
Treptow: 245/2* R. Gramenz, Kiehboltzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.